

## PROTOKOLL

über die 11. ordentliche Sitzung des Gemeinderates der  
Stadt Steyr am Dienstag, 16. Dezember 1980, im Rathaus,  
1. Stock hinten, Gemeinderatssitzungssaal.

Beginn der Sitzung: 14.00 Uhr

### ÖFFENTLICHE SITZUNG

#### Anwesend:

##### VORSITZENDER:

Bürgermeister Franz Weiss

##### VIZEBÜRGERMEISTER:

Heinrich Schwarz  
Karl Fritsch

##### STADTRATE:

Rudolf Fürst  
Anna Kaltenbrunner  
Konrad Kinzelhofer  
Manfred Wallner  
Leopold Wippersberger  
Johann Zöchling

##### GEMEINDERATE:

Hermann Bachner  
Ingrid Ehrenhuber  
Roman Eichhübl  
Franz Enöckl  
Karl Feuerhuber  
Walter Heumann  
Karl Hochrathner  
Karl Holub  
Wilhelm Kern  
Walter Köhler  
Herbert Lang  
Hermann Leithenmayr  
Öttilie Liebl  
Johann Manetsgruber  
Winfried Mausz

Franz Mayr  
Rudolf Pimpl  
Josef Radler  
Friedrich Reisner  
Erich Sablik  
Erwin Schuster  
Herbert Schwarz  
Ernst Seidl  
Rudolf Steinmaßl  
Franz Steinparzer  
Otto Tremel  
Helmut Zagler

##### VOM AMT:

Magistratsdirektor Obersenatsrat  
Dr. Johann Eder  
Magistratsdirektor-Stellvertreter  
Senatsrat Dr. Franz Knapp  
Präsidialdirektor Oberamtsrat  
Roland Postler  
Rechnungsdirektor Oberamtsrat  
Ludwig Stary  
Senatsrat Dr. Kurt Wabitsch  
Oberamtsrat Walter Kerbl  
Oberamtsrat Walter Radmoser

##### PROTOKOLLFÖHRER:

OAR. Walter Radmoser  
VB. Gerda Gugenberger

# T A G E S O R D N U N G

ERÖFFNUNG DER SITZUNG, FESTSTELLUNG DER ORDNUNGSGEMASSEN EINBERUFUNG,  
DER BESCHLUSSFÄHIGKEIT UND BEKANNTGABE DER PROTOKOLLPRÜFER

BEHANDLUNG VON ALLFÄLLIGEN ANFRAGEN

MITTEILUNGEN DES BORGERMEISTERS

KENNTNISNAHME VON BESCHLOSSEN DES STADTSENATES GEM. § 51 ABS. 3 STADT-  
STATUT. (Die Unterlagen wurden zu den jeweiligen Stadtsenatssitzungen  
an alle Gemeinderatsmitglieder zugestellt. Eine listenmäßige Aufstel-  
lung der gefaßten Beschlüsse liegt dieser Einladung bei.)

VERHANDLUNGSGEGENSTÄNDE

AKTUELLE STUNDE

Zu Pkt. 4 der Tagesordnung:

Beschlüsse des Stadtsenates gemäß § 51 Abs. 2 StS:

- |               |                                                                                                                |
|---------------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------|
| Ha - 5161/80  | Friedrich Gradisnik - Herausgabe eines Kunstbandes;<br>Druckkostenbeitrag.                                     |
| Ha - 7187/80  | Erdbebenhilfe für Italien; Sofortmaßnahmen der Steyrer<br>Serviceklubs.                                        |
| Präs-983/80   | Erdbebenhilfe für Italien; Solidaritätsaktion des<br>Österr. Städtebundes.                                     |
| GHJ2-4784/80  | Amtsgebäude Redtenbachergasse 3; Umbau der Hauswart-<br>wohnung; Ergänzung des StS.-Beschlusses vom 28.8.1980. |
| San - 6847/80 | Deckung des Mietzinsausfalles für die Arztpraxen im<br>Resthof.                                                |
| GHJ2-3732/80  | Errichtung eines Kinderspielplatzes in der Wohnsiedlung<br>Resthof; Subvention.                                |
| Ha - 6760/80  | Gewährung von Subventionen an kulturelle, caritative<br>und soziale Organisationen im Jahre 1980.              |
| GHJ1-6759/80  | Ankauf von Waschbecken für das Zentralaltersheim.                                                              |
| SH - 6295/80  | Ferienaktionen diverser Jugendorganisationen; Subven-<br>tionierung.                                           |
| SH - 2087/76  | Ankauf eines weiteren Zustellfahrzeuges für die Aktion<br>"Essen auf Rädern".                                  |
| VetR-2512/80  | Tierkörperverwertungsgebühren; Kreditüberschreitung.                                                           |

Zu Pkt. 5 der Tagesordnung:

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

K - 5800/80            Veranstaltungen im Alten Stadttheater, Steyr,  
Promenade 3; Festlegung der Eintrittspreise.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Bau2- 920/78            Veränderungen im Bestande des öffentlichen Gutes  
Bau2-6193/79            im Zusammenhang mit der Bauplatzschaffung für das  
BMW-Steyr-Motorenwerk

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FORST:

Ha - 4960/80            Voranschlag 1981.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates, ich begrüße Sie zur heutigen Sitzung. Es ist bekanntlicherweise die letzte in diesem Jahr 1980. Mein Gruß gilt auch der Presse soweit sie vertreten und der anwesenden Beamten-schaft unter der Leitung des Magistratsdirektors. Ich stelle fest, daß die Einladung zur heutigen Sitzung ordnungsgemäß ergangen ist, daß die Be-schlußfähigkeit durch die Anwesenheit der Gemeinderatsmitglieder ebenfalls erfüllt ist und daß zu Protokollprüfern heute Gemeinderat Herbert Lang und Gemeinderat Winfried Mausz vorgeschlagen werden. Beide Herren nehmen die Funktion an. Danke schön. Entschuldigungen liegen keine vor, sodaß ich die vollzählige Anwesenheit der Mitglieder des Gemeinderates konstatieren kann. Ich bitte um Verständnis. Es wird etwa kurz nach Beginn der Sitzung Herr Gemeinderat Enöckl für einige Zeit weggehen müssen, daß bitte dann dem Pro-tokoll nur einzuverleiben. Zum Punkt 2 der heutigen Tagesordnung stelle ich fest, daß keine Anfragen hier eingelangt sind, damit erübrigt sich die Behandlung des Punktes 3 betreffend die Mitteilungen des Bürgermeisters. Ich möchte es einigermaßen kurz machen. Es liegen keine konkreten Anlässe vor. Nur allgemein gesagt, daß was schon teilweise im letzten Amtsblatt steht, wurde vom Pensionistenverband der Sektion Gleink-Dietach der Gemeinde Steyr bitte, der Gemeinde als Körperschaft, das goldene Ehrenzeichen des Pensi-onistenverbandes anlässlich der letzten Kulturausschußsitzung überreicht. Das Ehrenzeichen und die Urkunde wurden dem Archiv einverleibt und wir danken auf diesem Wege für die Anerkennung, denn die Ehrung erfolgte in Anbetracht der Leistungen der Stadt Steyr für die ältere Generation bezüglich "Essen auf Rädern", Bau von Pensionistenwohnhäusern, Betreuung durch Heimhilfe etc. mehr, Hauskrankenpflege und Altersheim. Bitte auch hier diesen Bericht im Gemeinderat entgegen nehmen zu wollen. Im weiteren kann ich mitteilen, daß für das Bürgerservice oder für den Bürgerservice, wie Sie es wollen, ein neues Fahrzeug angeschafft wird, dank einer Spende der Merkur Wechselseiti-gen Versicherungsanstalt in Graz, die uns einen Betrag von S 80.000,-- zum Ankauf dieses Fahrzeuges zur Verfügung stellt. Ich glaube, es ist im Sinne des Gemeinderates, wenn ich hier offiziell auch den Dank für diese Leistung an uns für die Bürger in Steyr ausspreche. Schriftlich haben wir das auch bereits von der Magistratsdirektion aus gemacht. Der Bericht des Arbeitsamtes Steyr vom November 1980 wurde zwar in der Lokalpresse bereits kommentiert, ich möchte aber doch hier in dem Kreis, der über so wichtige Entscheidungen fuer das städtische Geschehen zu befinden hat, noch zur Kenntnis bringen, daß gegenwärtig auch für die nächste Zeit keinerlei Anlaß für Beunruhigung auf dem Arbeitsmarkt gegeben ist. Daß hier gerade in der metallverarbeitenden Industrie, Fahrzeugindustrie und die angeschlossenen Bereiche gut be-schäftigt sind und sogar noch offene Arbeitsstellen sich beim Arbeitsamt be-finden. Der Ausbau des Motorenwerkes geht zügig weiter und im Baugewerbe haben wir auch durchaus eine gute Auslastung zum gegenwärtigen Zeitpunkt. Das ist wichtig insbesondere in Anbetracht des bevorstehenden oder schon an-gebrochenen Winters. Ich glaube, daß wir auch hier durch die Investitions-beschlüsse, die heute im Rahmen des Budgets zu treffen sind, globaler Art, daß wir hier auch einen wertvollen Beitrag zur Beschäftigung in dieser Branche leisten können. Unsere Bemühungen auf dem Wege von Interventionen, Zuschüs-sen und Subventionen von Bundes- und Landesstellen zu erhalten, sind nicht ohne Erfolg geblieben. Wir konnten vom Wasserwirtschaftsfonds erhebliche Mittelzuteilungen zugesichert bekommen für die Periode unserer Bautätigkeit von 1981 bis 1985. Wenn wir den Betrag von der vorhergehenden Phase mitnehmen sind es deren 105 Millionen Schilling. Damit können wir unsere weiträumigen Kanalbauten zügig fortsetzen. Die Post hat durch ihre Maßnahmen einen wert-vollen Beitrag geleistet, insoferne, als sie bereits begonnen hat mit dem Aushub für den Bau eines neuen Postpaketgebäudes am Hauptbahnhof, das auch im kommenden Jahr noch begonnen wird am Jägerberg anstelle der vorhandenen

Holzbaracken eine ordentliche Postbusgarage zu errichten. In beiden Fällen werden zusammen rund 80 Millionen Schilling eingesetzt werden. Die Bundesbahn ist ja bekanntlich mit ihrem Garagenbau weitestgehend fertig. Ich möchte Ihnen diese Mitteilungen nur gemacht haben, damit Sie auch von meiner Seite über diese Vorgänge informiert sind. Wir kommen dann zum Punkt 4 unserer heutigen Tagesordnung. Hierzu darf ich Ihnen diese Änderung berichten. Wir nehmen künftighin Abstand von der Verlesung jener Beschlüsse, die der Stadtsenat getroffen hat, wie sie noch zuletzt Kollege Fürst als Finanzreferent zum Vortrag brachte, weil sich ja mit der Vorlage der Beschlußberichte aus dem Stadtsenat der Kreis der Information schließt, beginnend mit der Zusendung an alle Gemeinderäte der Unterlagen, die der Stadtsenat bekommt, mit der Antragstellung und mit der Vorlage der Beschlußberichte ist auch jedes Mitglied des Gemeinderates ausführlich über alle Entscheidungen, die der Stadtsenat getroffen hat, informiert. In diesem Sinne, glaube ich, können wir künftig auch die Verlesung der Beschlüsse, die ja nur Wiederholungen vorliegender Akten und Anträge sind, verzichten. Diese Lösung entspricht im übrigen auch dem Statut in voller Weise. Nur damit das klargestellt ist. Wir kommen nun zu Punkt 5 Verhandlungsgegenstände und hier bitte ich den Kollegen Schwarz um den Vorsitz für einen Bericht, den ich Ihnen zu unterbreiten habe.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich übernehme den Vorsitz und erteile dem Herrn Bürgermeister das Wort zur Berichterstattung.

BERICHTERSTATTER BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Stadtsenat, meine Damen und Herren, hat am 4. Dezember 1980 den Antrag beschlossen, einvernehmlich die Festlegung der Eintrittspreise für Veranstaltungen im Alten Theater, Promenade 3, früher Berggasse 10 betreffend. Ich möchte, nachdem Sie alle Unterlagen in der Hand haben, darauf verzichten, die einzelnen Positionen vorzulesen, darf aber dabei doch darauf verweisen, daß zu den angesetzten Beträgen hier in den einzelnen Bereichen der Besucherkategorien noch in besonderen Fällen auch der Magistratabteilung IX dem Amtsvorstand vorbehalten sein soll, Sondervereinbarungen zu treffen. Das betrifft vor allem auf Veranstaltungen mit besonders hohen Honoraren der auftretenden Künstlern oder engagierten Künstlern. Hier muß ja dann im Einzelfall wirklich **auch** noch verhandelt werden. Weiters die Schülerkonzerte, Jugend- und Kindervorstellungen, Veranstaltungen für ältere Mitbürger, Vorträge usw. Ich glaube, es ist im Sinne unserer gemeinsamen Bemühungen gelegen, gerade in den zuletzt genannten, durch die Möglichkeit auch unter die Grenzen, die hier gelegen sind, zu gehen, durchaus auch eine Bestätigung für unsere kulturellen Auffassungen und für unsere kulturellen Bemühungen im Dienste der Bevölkerung unserer Stadt zu sehen. Ich bitte Sie also, diesem Antrag in der vorgelegten schriftlichen Form Ihre Zustimmung nicht zu versagen.

1) K-5800/80

Festlegung der Eintrittspreise für  
Veranstaltungen im Alten Theater,  
Steyr, Promenade 3 (früher Berggasse 10)

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Eintrittspreise für Veranstaltungen im Alten Theater, Steyr, Promenade 3, werden wie folgt festgesetzt:

a) Eintrittspreise für Theatervorstellungen:

Logenplätze:	S 105,--
Parkettsitze:	S 85,--
Balkonsitze:	S 65,--
Notsitze:	S 50,--
Stehplätze:	S 25,--

b) Eintrittspreise für Kammerkonzerte:

Logenplätze	S 100,--
Parkettplätze	S 80,--
Balkonplätze:	S 60,--
Notsitze:	S 50,--
Stehplätze:	S 25,--

c) Eintrittspreise für Solistenkonzerte und Dichterlesungen:

Logenplätze:	S 80,--
Parkettplätze:	S 60,--
Balkonsitze:	S 40,--
Notsitze:	S 30,--
Stehplätze:	S 20,--

In besonderen Fällen (Veranstaltungen mit hohen Honoraren, Schülerkonzerte, Jugend- und Kindervorstellungen, Veranstaltungen für ältere Mitbürger, Vorträge usw.) wird der Vorstand der Magistratsabteilung IX ermächtigt, die Eintrittspreise entsprechend abzuändern.

Weiters werden folgende Sitze als Dienstsitze bestimmt:

- Parkett: Reihe 1 - Sitz Nr. 1 (Arzt)  
Reihe 2 - Sitz Nr. 1 (Feuerwehr)  
Reihe 3 - Sitz Nr. 1 (Polizei/Konzeptsbeamter)  
Reihe 4 - Sitz Nr. 1 (Vorstand der MA IX)  
Reihe 10- Sitz Nr. 1 (Leiter der Veranstaltung)
- Balkon: Seitenbalkon links - Sitz 1 (Polizei/Sicherheitswache)  
Seitenbalkon rechts - Sitz 1 (Feuerwehr)

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Sie haben den Antrag gehört. Wünscht jemand dazu zu sprechen? Kollege Eichhübl bitte.

GEMEINDERAT ROMAN EICHHÜBL:

Geschätztes Präsidium! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Ich möchte den Antrag doch zum Anlaß nehmen, um darauf hinzuweisen, daß ich bei der Gemeinderatssitzung am 16. ~~Dezember~~ <sup>September</sup> d. J. seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion den Zusatzantrag gestellt habe, man möge den Schülern, Lehrlingen, Präsenzdienern und Studenten eine 50%ige Ermäßigung auf alle Veranstaltungen und alle Tarifbereiche geben. Diesem Antrag sind die Kollegen der ÖVP beigetreten. Dieser wurde aber hier bei diesem Gremium nicht weiter behandelt, sondern dem Kulturausschuß zugeleitet. Dieser hat in seiner letzten Sitzung nach einer Diskussion festgestellt, daß es nicht notwendig wäre, hier Ermäßigungen zu geben, da ohnehin für die Jugend gesonderte Veranstaltungen abgehalten werden und weil auch hier der Bedarf sehr groß ist und daß keine Restkarten vorhanden sind, um hier Preisnachlässe zu ermöglichen. In dem einen Punkt muß ich Ihnen sicherlich Recht geben, es ist nicht möglich, für etwas einen Nachlaß zu geben, das nicht vorhanden ist. Aber im anderen muß ich doch sagen, daß das nicht der Sinn meines Antrages war und nicht der Sinn dieses Zusatzantrages der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion. Ich darf hier im besonderen Maße eine Personengruppe aus diesem Kreis hervorheben, nämlich die Präsenzdienner, und darauf hinweisen, daß Steyr eine Garniconstadt ist und daß es durchaus üblich ist, in anderen Städten Österreichs, daß gerade allen Präsenzdienern alle Möglichkeiten geschaffen werden, mit Preisnachlässen alle Veranstaltungen auf kultureller Ebene sich ansehen zu können. Meine sehr verehrten Damen und Herren der sozialistischen Mehrheitsfraktion! Haben Sie doch einmal den Mut, die Anträge und auch Anregungen der anderen sich im Gemeinderat befindlichen Fraktionen und Parteien zu berücksichtigen und vor allen Dingen ihnen jenen Stellenwert zuzugestehen, denen einfach aufgrund einer sachlichen Betrachtung

und Beurteilung zustehen müßte. Und haben Sie auch den Mut, in den Ausschüssen hier diese Anträge dementsprechend vorzubringen, so als wären es Ihre eigenen, damit hier nicht der Sinn verfälscht wird und damit nicht am Ende diese Anträge deswegen abgelehnt werden, weil sie nicht aus Ihrem Kreis kommen.

Geschätztes Präsidium! Meine sehr verehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Diese, meine Worte, sollen sicherlich nicht dazu beitragen, um hier die vorweihnachtliche Stimmung zu trüben, sondern sie sollen doch Anlaß bieten, um darüber nachzudenken, ob es in der kommenden Zeit, in den kommenden Jahren, nicht möglich sein könnte, den Anträgen der freiheitlichen Gemeinderatsfraktion mit etwas mehr Wohlwollen gegenüber zu stehen. Wir werden diesem Antrag aber doch die Zustimmung geben. Vorbehaltlich jedoch, daß wir es nicht zur Kenntnis nehmen können, daß aus den vorhin angeführten Gründen des Kulturausschusses dieser unser Antrag abgelehnt wurde. Wir verweisen darauf, daß wir alle Möglichkeiten nützen werden, um hier darüber zu berichten und darauf hinzuweisen, wie notwendig es ist, daß es im gesamten gesehen der Jugend ermöglicht werden sollte und im besonderen Maße jener Personengruppe, die ich wiederholt erwähnt habe, zu besonders günstigen Bedingungen am kulturellen Leben der Stadt Steyr teilhaben zu können. Danke schön!

VICEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht zu diesem Antrag noch jemand zu sprechen? Kollege Holub bitte.

GEMEINDERAT KARL HOLUB:

Natürlich, meine Damen und Herren des Gemeinderates, geschätztes Präsidium, muß ich mich auch zu diesem Tagesordnungspunkt zu Worte melden, zumal ich ja seinerzeit im September zum Antrag der Freiheitlichen Partei im Namen meiner Fraktion Stellung genommen habe und im Namen meiner Fraktion diesen Antrag befürwortet habe. Ich bedauere in der Tat, daß es so weit gekommen ist, daß dieser Antrag im Kulturausschuß nicht positiv behandelt werden konnte. Die Begründung für dieses Nicht-positiv-behandeln möchte ich mir zu wiederholen ersparen. Ich bedauere weiters, daß in der gegenständlichen Sitzung des Kulturausschusses durch dienstliche Verhinderungen unsere Fraktion geschlossen ausgefallen ist, was nicht mit dem Verhandlungsgegenstand zu tun hat, sondern mit des Menschens Geschick oder Mißgeschick. Ich bin nicht anmaßend genug, um festzustellen, daß, wenn wir anwesend gewesen wären, daß wir den Gang der Dinge wesentlich im Interesse der Jugend beeinflussen hätten können, dagegen sprechen ja die bestehenden Mehrheitsverhältnisse. Ich möchte aber doch nicht anstehen festzustellen, daß es doch richtig gewesen wäre, allen Jugendlichen den Zutritt zu allen Veranstaltungen zu ermöglichen, wenn gleich es zweifellos notwendig ist, festzustellen, daß die Veranstaltungen, die das Kulturreferat durchführt, ausgezeichnet an der Bedarfssituation der Jugend orientiert sind und auch ausgezeichnet abgewickelt werden. Nur wäre es halt schön gewesen, den jungen Menschen auch den Zutritt zu der Form von Kultur begünstigt zu ermöglichen, die insbesondere in den Theatern abgewickelt wird. Denn ich glaube, man sollte nicht so avantgardistisch sein, daß man das schon wieder als Unkultur und unjugendgemäß grundsätzlich von der Begünstigung ausschließt. Ich wünsche mir von ganzem Herzen, daß man noch einmal über dieses Thema reden wird können und bei diesen Gesprächen ausschließen könnte, daß es sich hier um parteipolitische Auseinandersetzungen handelt, sondern daß es sich tatsächlich um das Bemühen handelt, jungen Menschen zu jeder Form von Kultur den Zutritt zu ermöglichen, das müßte ja an sich auch in der Dialektik der Mehrheitsfraktion hier in diesem Hause begründet sein, daß jeder Mensch die gleichen Chancen haben sollte und gerade es auch bei Kultur es nicht vom Einkommen der Eltern abhängig sein sollte, welche Veranstaltungen zugänglich gemacht werden können und welche nicht. Bitte, meinen Appell in der Richtung aufzufassen, daß man gemeinschaftlich über dieses Thema nochmals nachdenken sollte. Ich wünsche von ganzem Herzen,

daß dieses Nachdenken im Interesse der Jugend ausgehen kann.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Wünscht noch jemand das Wort zu diesem Tagesordnungspunkt? Kollege Treml.

GEMEINDERAT TREML OTTO:

Vererhtes Präsidium, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich wollte ursprünglich nicht zu diesem Tagesordnungspunkt sprechen, weil ich ja reichlich Gelegenheit hatte, allerdings als die kleinste Fraktion, im Kulturausschuß sehr eingehend mit diesem Antrag der Freiheitlichen, eingeschlossen auch die Zustimmung der ÖVP, daß diese Frage im Kulturausschuß behandelt wird. Ich kann jetzt nur der Mehrheit das gute Zeugnis ausstellen, ich glaube, ich kann mich nicht erinnern, daß in den letzten Jahren so ausführlich über einen Punkt diskutiert wurde, auch nach der Länge nach als wie gerade zu diesem Antrag. Und wenn Sie heute sagen, man hat es leicht hingenommen, so kann ich das für meine Person aber auch gleichzeitig für die Mehrheitsfraktion doch feststellen, daß hier sehr gründlich vorgegangen wurde und es richtig war, daß die Mehrheitsfraktion einschließlich meiner Person diesen Antrag einem Ausschuß zugewiesen hat und daß er behandelt gehört. Denn es ist in der Öffentlichkeit wunderbar und es ist auch in den Zeitungen gestanden, man will Begünstigungen für die jungen Menschen usw. und dem stimme ich zu sowie auch die Mehrheitsfraktion. Aber es wäre eine Augenauswischerei gewesen, nämlich der Antrag lautete im Bezug besonders bei Theaterpreisen im Neuen Stadttheater. Und es wäre eine Augenauswischerei wenn man sich nämlich diese Frage genauer ansieht und prüft, wieviel Freikarten eigentlich zur Verfügung stehen. Also fast keine. Bei musikalischen Stücken glaube ich ca. 12 bis 14, wie uns die zuständigen Beamten hier mitgeteilt haben. Aber im besonderen, daß auch den jüngeren Menschen, Studenten, Schülern und auch jenen, die beim Bundesheer dienen, Möglichkeiten geboten sind, schlägt sich auch jetzt in diesem Antrag nieder. Nämlich, daß es hier Begünstigungen gibt, nämlich dort, wo wir solche Veranstaltungen durchführen. Das wird weitgehend wahrscheinlich sein auch im Alten Stadttheater sowie in anderen Sälen, die uns noch zur Verfügung stehen. Ich glaube, daher kann man auch ohne weiteres, dieser Tarifregelung, wie sie im Wortlaut vorgeschlagen wird, zustimmen.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Danke für diesen Beitrag. Weitere Wortmeldungen? Nicht der Fall. Ich gebe dem Herrn Bürgermeister das Schlußwort.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Geschätzter Gemeinderat! Der Beitrag des Herrn Gemeinderates Eichhübl scheint mir deswegen nicht sehr zielführend und dem ursprünglichen Antrag entsprechend, weil er von völlig falschen Voraussetzungen ausgeht. Es ist die Frage, ob unsere Kulturarbeit oder die Bemühungen unserer kulturellen Betätigung nur darin zu suchen ist, die eine oder andere Gruppe mit Begünstigungen zu versehen in dem Angebot, das besteht. Als Kulturreferent und im völligen Einvernehmen mit der Kulturverwaltung des Hauses stehe ich auf einem anderen Standpunkt, daß wir heute bestimmte Altersgruppen vor uns sehen müssen, die ihre bestimmten Interessen haben. Und diese Interessen liegen sicherlich in der Mehrheit, bei der Jugend, nicht ausschließlich im Theaterbesuch, sondern mehr dort, wo es die Jugendlichen, Einstellungen und Interessen musikalischer, tänzerischer und sonstiger Art betrifft. Wir können daher sagen, daß wir und ich als Kulturreferent meine Arbeit dort sehe, das Angebot an kulturellen Einrichtungen zu erweitern. Dieses Angebot zu vergrößern ist insofern möglich als wir nunmehr Gebäude zur Verfügung haben, Kultursäle, die dieses Angebot aufnehmen können und wenn ich mir nur die Berichte ansehe vom Kulturreferat, so ist die Ausweitung der Kulturtätigkeit im musikalischen Bereich,



im Veranstaltungsbereich, ja in überwiegendem Maße auf die Jugend zugeschnitten. Also hier gehen die Ansichten über Kultur scheinbar doch etwas weiter auseinander. Ich bin Ihnen deswegen gar nicht gram. Aber da unterscheiden uns vielleicht nicht einmal so sehr politische Welten als andere Auffassungen. Wie überhaupt ich in dieser Frage keine parteipolitische Auseinandersetzung sehe, sondern eine Auseinandersetzung über die Ansichten in Kulturarbeit grundsätzlich. Zur Information der übrigen Damen und Herren des Gemeinderates möchte ich aber doch noch hinzufügen, der Gemeinderat Holub als mein Stellvertreter im Ausschuß hat es ja schon gesagt, aus dienstlichen Gründen waren sie verhindert, aber es war auch scheinbar auch Ihnen nicht möglich zu kommen, es wurde keine Entschuldigung vorgebracht, warum? Sie waren als Antragsteller nicht in dieser bewußten Kulturausschußsitzung anwesend, obwohl Sie zwar nicht Stimme aber Sitz haben, sowie auch der Kollege Tremel namens seiner Partei und wir haben eigentlich Ihre Teilnahme deswegen vermißt, weil Sie damals der Antragsteller waren. Ein Antrag, der völlig korrekt, und daß muß ich hier zurückweisen, daß hier von so andeutungsweise nicht korrekter Behandlung gesprochen wurde. Der Antrag wurde gemäß Statut und Geschäftsordnung völlig korrekt hier entgegengenommen, wurde völlig korrekt entschieden durch Abstimmung. Nämlich Zuweisung an den Kulturausschuß und er wurde dort völlig korrekt diskutiert und durch Entscheidung auch behandelt. Also hier, glaube ich, sind unsere Meinungen doch etwas auseinanderreichend. Ich wäre froh gewesen, wenn Sie an dieser wirklich sehr sachlich fundierten und ausreichenden und ausführlichen Diskussion teilgenommen hätten. Im übrigen sei es Ihnen nocheinmal gesagt, es wurde Ihnen auch der Bericht des Kulturausschusses zugemittelt. Sie sind ja bereits vor dieser heutigen Sitzung davon informiert worden. Also Sie können nicht von unzureichender Information unter Umständen sprechen. Wenn ich nur die Veranstaltungen der letzten Monate heranziehe, so waren im September 1980 fünf Veranstaltungen, die ausschließlich oder speziell für die Jugendinteressen irgendwie zugeschnitten waren. Es waren hier neun Veranstaltungen solcher Art im Oktober. Wir haben zwölf im November durchgeführt und wir haben im Dezember dieses Jahres fünf Veranstaltungen dieser Art - morgen ist das letzte im Jazz-Corner vorgesehen. Also hier muß man schon sagen, da sind ja immerhin ganz schöne Vorarbeiten erforderlich und auch nicht unerhebliche Kosten damit verbunden. Und damit Sie auch erkennen mögen, daß wir nicht leichtfertig oder nur kurzfristig uns mit dieser Frage beschäftigen, ist auch bereits der Plan für jener vor uns. Hier haben wir sechs Veranstaltungen vorgesehen. In diesem Bereich sind drei im Februar, sechs im März dieses Jahres, vier im April und vier im Mai. Wir wissen aus Erfahrung, daß dann, wenn sich noch irgendwelche Terminfreiheiten und Möglichkeiten anbieten, wir auch zwischendurch noch Konzerte oder Veranstaltungen verschiedener Art einschalten. Es wurde auch darauf hingewiesen, daß - und das wurde auch im Kulturausschuß sehr breit erörtert - durch den Ausbau des Neuen Theaters die Sitzzahl von 960 auf rund 638 glaube ich, zurückgegangen ist. Wir haben mehr als 300 Sitzplätze verloren und die Abonnements, soweit es musikalische Veranstaltungen betrifft, sind durchwegs ausverkauft. Der Restkartenverkauf ist dermaßen gering, daß er nicht einmal den Normalbedarf decken kann. Umgekehrt müssen wir als Stadtverwaltung in unserer ganzen Kulturtätigkeit aber auch danach trachten, womöglich volle Häuser zu haben, wobei es dann dem einzelnen Abonnementinhaber überlassen bleiben muß, ob er die Veranstaltung besucht oder nicht. Jedenfalls von dieser Seite her wurde alles unternommen um schon so quasi prophylaktisch ausverkaufte Häuser zu haben, mit dem Nachteil, daß der Freiverkauf in solchen Fällen denkbar gering oder überhaupt nicht möglich ist. Andererseits bei Sprechstücken, wo die Kapazitäten vorhanden wären, der Bedarf auch von der Seite, die Sie ansprechen, kaum bemerkbar wird und, so wurde mir gesagt, überhaupt bisher nicht aufgetreten ist. Aus dieser Sicht muß ich nochmals wiederholen, meine Bitte an Sie, meinem Antrag Ihre Zustimmung zu geben.

VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Ich danke dem Herrn Bürgermeister für sein Schlußwort und wir kommen zur Abstimmung. Wer dem Antrag die Zustimmung gibt, bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. Danke. Ist jemand gegen den Antrag? Enthält sich jemand der Stimme? Ich kann die Einstimmigkeit feststellen. Ich übergebe den Vorsitz wieder dem Herrn Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Ich darf den Bericht gleich weitergeben an Kollegen Schwarz.

BERICHTERSTATTER VIZEBÜRGERMEISTER HEINRICH SCHWARZ:

Meine Damen und Herren des Gemeinderates! Ich habe Ihnen einen Antrag zur Beschlußfassung vorzutragen. Im Zusammenhang mit der Schaffung des BMW-Werkes in Steyr sind nunmehr wieder verschiedene Veränderungen im Bestand des öffentlichen Gutes notwendig. Insgesamt sind aus den öffentlichen Grundparzellen 183 m<sup>2</sup> öffentliches Gut aufzulassen, davon sind 93 m<sup>2</sup> den Ehegatten Walter und Betty Freyka zuzuschreiben. Es handelt sich dabei um Flächen, die ursprünglich dem öffentlichen Gut nach dem alten Bebauungsplan abzutreten waren, die aber jetzt durch die Bebauungsplanveränderung wieder frei verfügbar werden und daher den Abtretenden zurückgestellt werden müßte. Die Restflächen werden dem Bauplatz der BMW-Steyr-Motoren GesmbH. zugeschrieben und gelten als Teil der vereinbarten Beitragsleistung der Stadt zu den Aufschließungsmaßnahmen dieses Werkes. Der entsprechende Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat darf ich auch kurz verlesen.

2) Bau 2-920/78

Bau 2-6193/79

Veränderungen im Bestande des öffentlichen Gutes im Zusammenhang mit der Bauplatzschaffung für das BMW-Steyr-Motorenwerk

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Auflassung von Teilen der öffentlichen Wegparzellen 126/9 und 273/1, Kat. Gem. Hinterberg, im Ausmaß von 183 m<sup>2</sup> und deren Übertragung in privates Eigentum laut obigem Amtsbericht und nach Maßgabe der Vermessungsurkunde des Dipl.-Ing. Oswald Daxinger vom 21. 9. 1979, GZ. 1330/79, sowie der Übernahme von 19 m<sup>2</sup> in das öffentliche Gut im Zuge der Bauplatzschaffung für das BMW-Steyr-Motorenwerk wird zugestimmt.

Ich bitte Sie um Ihre positive Bestätigung.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Wünscht zu diesem Antrag eine Wortmeldung? Ich sehe das ist nicht so. Ich frage Sie, ob Sie gegen den Antrag stimmen. Nicht der Fall. Enthaltung? Auch nicht. Der Antrag ist einstimmig beschlossen. Danke für den Bericht. Wir kommen nun zum nächsten und voraussichtlich letzten Punkt in der heutigen Tagesordnung, das ist die Behandlung des Voranschlages für 1981 und Sie wissen, daß diese Position die wichtigste Aufgabe im ganzen Jahr ist. Ich bitte den Finanzreferenten Stadtrat Fürst zum Rednerpult.

Herr Gemeinderat Enöckl verläßt um 15.00 Uhr die Sitzung.

BERICHTERSTATTER STADTRAT RUDOLF FÜRST:

Hochgeschätztes Präsidium! Verehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir sind heute wieder mit der Aufgabe konfrontiert, für das Rechnungsjahr 1981 einen Haushaltsvoranschlag zu erstellen bzw. zu beschließen. Daß die einschlägigen Bestimmungen, wie sie das Statut der Stadt bestimmt, bei der Erstellung eingehalten wurden, sei als eine Selbstverständlichkeit nur am Rande erwähnt. Bevor ich auf das Zahlenwerk des Voranschlages 1981 eingehe gestatten Sie mir, verschiedene Fakten aufzuzeigen, die mir für die Beurteilung desselben als wesentlich erscheinen.

Die Grundlagen für eine sichere Schätzung der Einnahmen stellen einen Widerspruch dar. Einerseits die düsteren Wirtschaftsprognosen, die Ankündigung einer Rezession, andererseits, seit mehreren Jahren konstant steigende eigene Steuereinnahmen und Ertragsanteile, weiters durch das 1000-Jahr-Jubiläum, abnormal hohe Zuschüsse seitens des Landes und des Bundes. Die Annahme der Höhe der Einnahmen im Jahre 1981 beruht also auf die urgierenden bzw. keinen sicheren Hinweisen.

Sicher ist hingegen, daß die Kreditaufnahme auf dem Kapitalmarkt, infolge hoher Kosten dafür als Einnahme und Bedeckungsmittel nur in einem unbedingt notwendigen Ausmaß gehandhabt werden kann. Bedenken Sie doch, daß auch Kommunalkredite 11,75 bis 12 %

Ein vorsichtiges Budgetieren ist bereits in guten und stabilen Zeiten ein Element einer verantwortungsbewußten Kommunalwirtschaft. Umso mehr muß dies in einer Zeit zum Tragen kommen, wo die Kreditzinsen mit der Tilgung eine Höhe von 37,3 Millionen erreichen, ein Betrag, der vergleichsweise 43,3% der Summe der Ausgaben des ao. Haushaltes im nächsten Jahr erreicht. Das finanzielle Ziel bei den Einnahmen für das Jahr 1981 ist, im ordentlichen Haushalt inklusive des Schuldendienstes, einen womöglich großen Betrag zur Finanzierung der Ausgaben im ao. Haushalt zu erwirtschaften. Es ergibt sich daraus auch natürlich die Aufgabe und Notwendigkeit der Optimierung der Aufbringung eigener Deckungsmittel.

Es werden darüber hinaus weiterhin energische und beharrliche Bemühungen zur Erlangung von Bedarfszuweisungen seitens des Landes und Bundes für die zügige Fortsetzung des Wohnbaues, des Straßenbaues sowie der Wasseraufbringung und Abwasserbeseitigung, nur um vorrangige Sparten zu nennen, sehr notwendig sein. Nur mit Hilfe dieser Bedarfszuweisungen ist es möglich, den Investitionsbedarf im ao. Haushalt ohne übermäßige Kreditaufnahme zu realisieren. Hier muß klar und deutlich die Tatsache ausgesprochen werden, daß die Finanzausstattung der Gemeinden überhaupt aufgrund eigener Steuern, sowie jener Mittel, die der Stadt aufgrund des Finanzausgleichsgesetzes zukommen, gemessen an den unbedingten kommunalen Notwendigkeiten, sprich Investitionen, mehr als unzureichend ist.

Bei den Verhandlungen zur Erreichung des letzten Finanzausgleichsgesetzes wurde dieser Umstand bereits aufgezeigt und zum Ziel von Verhandlungen, die eine Abschaffung der Landesumlagen zu Gunsten der Gemeinden erreichen sollten, gemacht. Das Ergebnis war eine minimale Senkung um Prozentpunkte dieser Umlage. Die Verbesserung für uns gesehen, gleicht dem Tropfen auf dem heißen Stein.

Eine Betrachtung des Investitionsbedarfes für die nächsten Jahre zeigt, daß dieser nicht sinken wird, hingegen das mögliche Investitionsvolumen. Diese Behauptung ist leider nicht aus der Luft gegriffen. Der Investitionsbedarf für die Wasseraufbringung und Abwasserbeseitigung, der in Steyr noch immer herrschende quantitative Wohnungsfehlbestand und der notwendige Ausbau der Verkehrswege alleine erfordert Hunderte Millionen Schilling. Das mögliche Investitionsvolumen wird aber, wenn keine anderweitigen Einnahmen ins Haus stehen, aus dem erreichten Grad der Verschuldung der Stadt, aber sinken. Dazu kommen verstärkt auch die Folgekostenbelastungen zum Tragen, welche aus bereits realisierten Vorhaben resultieren. Dies ist eine Erscheinung, die aber nicht nur auf Steyr zutrifft, sie findet ihren Ausdruck in einer Erhebung

des kommunalen Finanzbedarfes der Gemeinden Österreichs bis einschließlich 1982, welche der Städte- und Gemeindebund zusammen mit den Sparkassen und Landeshypothekenanstalten durchführte. Sie konnten dies in der Folge 8/80 der Österreichischen Gemeindezeitung lesen. Verglichen damit, zeigt sich das Investitionsvolumen für Wasser- und Abwasserbeseitigung in unserem Voranschlag um 10 % geringer, weist aber darauf hin, daß mit dem Bau der Kläranlage, dessen Kosten allein mit 125 Millionen Schilling zu Buche stehen, sprunghaft über diese Norm steigen werden. Das Investitionsvolumen 1981 zeigt im Vergleich mit dieser Studie, daß wir beim Schul- und Kindergarten-sektor, wo wie überall in Österreich der Investitionsbedarf ein sinkender ist, in der Norm liegen, ebenso beim Sektor Straßen- und Verkehrsbauten. Der Spielraum für eine Fremdmittelaufnahme ist laut dieser Erhebung, allgemein seit 1976 von 42 % bei Investitionen oder wenn Sie wollen bei den ao. Haushalten, auf 34,7 % im heurigen Jahre gesunken. Einen Vergleich in unserer Stadt für die Jahre 1979 und 1980 ersparen Sie mir, er wäre infolge der Ausnahmesituation wegen außerordentlicher Maßnahmen bzw. Kreditnahme für das 1000jährige Steyr nur irreführend. Hingegen bewegt sich die 1981 beim ao. Haushalt vorgesehene Kreditaufnahme von 22,3 Millionen, das sind 29,47 % des aoH., sogar noch um rund 5,2 % unter der in dieser Studie ausgewiesenen Norm.

Bei meinen Versprechungen mit den im Gemeinderat vertretenen Parteien im Bemühen um einen womöglich breiten Konsens, war der Tenor meiner Ausführungen ein Budget zu erreichen, welches möglichst viele Wünsche berücksichtigt und trotzdem Ansätze zu erreichen, die in vergleichbaren Normen liegen. Daß dies bei der Vorlage für den Haushalt 1981 der Fall ist, habe ich an Hand von Vergleichen mit den zitierten Städtebunderhebungen zu beweisen versucht, was aber die angespannte Situation bei den Finanzen nicht verniedlichen soll. Nun gestatten Sie mir zu den Ziffern bzw. zum Inhalt des Voranschlages 1981 selbst Stellung zu nehmen.

Der Voranschlag umfaßt den gesamten Haushalt (den ordentlichen wie auch den außerordentlichen), die Stadtwerke, die Stiftung und den Reinhaltungsverband. Beigefügt sind außerdem die erforderlichen Nachweise und der Dienstpostenplan. Die Übersicht über den Gesamthaushalt zeigt, daß der ordentliche Haushalt ausgeglichen ist, der außerordentliche Haushalt jedoch mit einem Abgang schließt wie folgt. Wir verzeichnen im ordentlichen Haushalt Gesamteinnahmen von S 409,617.000,-- und Gesamtausgaben in derselben Höhe.

Der außerordentliche Haushalt umfaßt Gesamteinnahmen von S 56,319.900,-- und Ausgaben von 75,660.000,--. Das ergibt Gesamteinnahmen von S 465,937.500,-- und einen Gesamtausgabenrahmen von S 485,277.600,--. Daraus resultiert der Abgang des außerordentlichen Haushaltes in der Höhe von S 19,340.100,--, so daß der Gesamtrahmen der Ein- und Ausgaben S 485,277.600,-- ausmacht.

Durch das Ausscheiden der im ordentlichen Haushalt enthaltenen Vergütungen zwischen den Verwaltungszweigen ergeben sich die Reineinnahmen bzw. die Reinausgaben des Gesamthaushaltes. Die Vergütungen zwischen den Dienstzweigen betragen in den Einnahmen und Ausgaben 24,290.000,--, sodaß sich die Gesamtsumme Reineinnahmen und Reinausgaben bei den Einnahmen mit S 441,647.500,-- und die Reinausgaben mit S 460,987.600 belaufen.

In diesen Summen sind noch die im ordentlichen Haushalt vorgesehenen Mittel zur Teildeckung des außerordentlichen Haushaltes und die Rücklagengebarung enthalten. Nach Aussonderung dieser verbleibt bei den Einnahmen der tatsächliche Finanzertrag der laufenden Gebarung und bei den Ausgaben der wirksame, echte Aufwand.

Die Reineinnahmen in Höhe von 441,647.500,--, Zuführungen an den außerordentlichen Haushalt S 22,219.900,-- und eine Entnahme aus Rücklagen in Höhe von S 5,550.000,--, das ergibt den Finanzertrag der Gebarung von S 413,877.600,--.

Bei den Reinausgaben in der Höhe von S 460,987.600,--, die Zuführung an den aoH. S 22,219.900,-- und die Zuführungen an die Rücklagen S 5,820.000,--, sodaß ein wirksamer Aufwand bei den Ausgaben in der Höhe von 432,947.700,--

zu Stände kommt und eine echte Rücklagenzuführung von S 270.000,--.

Der Vergleich mit den Vorjahren zeigt folgende Entwicklung:

Der Finanzertrag ist vor allem gegen den Nachtragsvoranschlag in der Höhe von 463,491.700,-- im Voranschlag auf 413 Millionen gesunken, ebenso der wirksame Aufwand von rund 468 Millionen auf rund 432 Millionen und die Rücklagenzuführung auf 270.000,--.

Der Finanzertrag weist gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1980 einen niedrigeren Betrag aus. Dies ist bedingt durch die geringen Darlehensaufnahmen für die bereits erwähnten weggefallenen Ausgaben. Dies ergibt eine Senkung des Finanzertrages von S 49,6 Millionen und eine Senkung des wirksamen Aufwandes von S 35,3 Millionen. Soweit der gesamte Haushalt.

Der ordentliche Haushalt ist mit S 409,617.600,-- gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1980 in der Höhe von S 398,491.600,-- um 11,126.000,-- oder 2,79 % höher, was aber im Hinblick auf die allgemeine Indexsteigerung und den erhöhten Kreditkosten eine Minderung gegenüber 1981 darstellt. Die Einnahmen verdienen hier die größte Aufmerksamkeit. Die eigenen Steuern und Abgaben, Ertragsanteile mit S 309,601.000,--. Sie werden mir gestatten, daß ich auf diesen Posten separat zurückkomme. Die Einnahmen aus Leistungen mit S 71,762.000,--, das heißt auf Klartext übersetzt die Einnahmen aus Leistungen betreffen, die Vieh- und Fleischbeschaugebühren, die Gastschulbeiträge, die Kindergartenbeiträge, Eintrittsgebühren, Leihgebühren, Kostenersätze, Altersheimgebühren und Leistungen des Wirtschaftshofes. Die Transfereinnahmen in der Höhe von S 8,442.100,--, diese Transfereinnahmen betreffen die Zuschüsse, Zuwendungen, Beiträge, Beihilfen und dgl. Sonstige Einnahmen S 15,648.500,--. Rückzahlung von investitionsfördernden Darlehen 3,5 Millionen Schilling, nur um die wesentlichsten zu nennen. Ich habe Sie gebeten, mir zuzuhören, wenn wir den größten Posten besprechen, das heißt die Einnahmen aus eigenen Steuern und Abgabenertragsanteilen. Die Grundsteuer B wird angenommen für 1981 wird angenommen mit S 13,700.000,-- gegenüber 1980 mit dem Nachtrag S 13,500.000,--. Die Gewerbesteuer mit S 35,000.000,--, hier ist die angenommene Zahl im Nachtragsvoranschlag eine irreführende, ist doch bei konstant sinkender Eingangslage gerade in den letzten Tagen eine größere Nachzahlung erfolgt, sodaß diese Ziffer etwas irreführend ist und sie wird so wie im Voranschlag 1980 mit 35 Millionen unverändert angenommen.

Die Lohnsummensteuer 58 Millionen gegen 55 Millionen, die Anzeigenabgabe mit 800.000,--, die Getränkesteuer mit 14,5 Millionen Schilling, unverändert die Lustbarkeitsabgabe mit S 620.000,-- gegen 570.000,--, die Gebrauchsabgabe 1,5 Millionen gegen 1,4 Millionen, die Verwaltungsabgabe 1,3 Millionen gegen 1,130.000,--, die Kanalbenützungsgebühr 18 Millionen gegen 14,6 Millionen und die Müllabfuhrgebühr 5,1 Millionen gegen 4,8 Millionen Schilling und die Abgabenertragsanteile 151 Millionen gegen 144,060.000,--. Man kann sagen, im gesamten eine Tendenz geringer Steigerungen. Ausnahmen bilden die Gewerbesteuer, welche stagnierend ausgewiesen wird. Bei der Lohnsummensteuer wird wegen der guten Beschäftigungslage eine kräftige kontinuierliche Steigerung angenommen, ebenso bei der Kanalbenützungsgebühr infolge von Netzausweitungen und notwendig gewordener Tarifkorrekturen.

Nun zu den Ausgaben des ordentlichen Haushaltes. Der Großteil der Ausgaben im ordentlichen Haushalt besteht aus Pflichtausgaben. Nur 8,95 % oder 36,695.000,-- bedürfen noch einer weiteren Beschlußfassung. Trotzdem verdient der ordentliche Haushalt große Aufmerksamkeit, gibt er doch Auskunft über die Entwicklung der Personalkosten, des Sachaufwandes und des Zuschußbedarfes in den einzelnen Verwaltungszweigen. Die Leistungen für das Personal mit S 151,878.000,-- für Aktive und 21,580.000,-- für Pensionisten, sowie die Aufwandsentschädigungen für die Funktionäre mit 5,5 Millionen Schilling, weisen Steigerungen auf, die auf den Abschlüssen von Gehaltsabkommen und Beförderungen zum geringen Teil ruhen. Die Personalveränderungen werden beim Dienstpostenplan besprochen. Wenn Sie mir erlauben, möchte ich diesen vorziehen. Er gehört sinngemäß zu den Personalausgaben und ich darf Ihnen diesen vielleicht zur Kenntnis bringen.

Einschließlich der Stadtwerke ist der Personalaufwand wie folgt vorgesehen. Im Soll und im Ist. Der Soll ist für den 1. 1. 1981, der Ist-Stand ist bezogen auf den 1. 10. 1980. Pragmatische Bedienstete, also Beamte 127, im Ist-Stand sind 81, Vertragsbedienstete 1981 im Soll 588, im Ist 572, Kollektivvertragsarbeiter in beiden Ansätzen 14. Das ergibt eine Summe von Vollbeschäftigten 729 im Soll und im Ist mit 1. 10. 1980 667. Dann haben wir noch 13 nebenberuflich Beschäftigte und 6 teilbeschäftigte Nebenlehrer. 82 weitere Bedienstete in diesem Sektor. Hier entsprechen 59 vollbeschäftigten Vertragsbediensteten. Das heißt, der Sollbestand hat sich gegenüber 1980 um 7 erhöht, während der Ist-Stand gleichgeblieben ist. Die Erhöhung des Sollstandes ist bedingt durch Aufnahme von zusätzlichen Omnibuslenkern (Ausweitung des Linienbetriebes), einer mobilen Krankenschwester und einigen Kindergärtnerinnen durch Herabsetzung der Dienstzeit. In Wegfall kommen die Lehrer der Musik- und Frauenberufsschule, sodaß sich der obige zitierte Stand ergibt. Ich darf weiterfahren zu den ordentlichen Ausgaben und wir kommen zu dem Sachaufwand.

Die Verbrauchsgüter weisen eine Erhöhung von von 2 Millionen auf 23,318.000,--, der Verwaltungs- und Betriebsaufwand um 10 Millionen von 92 auf 82 Millionen. Diese ziffernmäßige Erhöhung, welche im großen und ganzen nur die geldwertmäßige Veränderung ausdrückt, ist durchaus eine Tatsache, die aber keine reale Ausgabensteigerung beim Sachaufwand anzeigt. Man kann sagen, daß die Ansätze dafür sparsam gehalten wurden. Die Transferzahlungen 46 auf 54 Millionen, die Zuschüsse an nettoveranschlagte wirtschaftliche Unternehmungen 5,5 Millionen. Hier sind die Zuschüsse an die städtische Unternehmung zu verstehen. Für den Erwerb von unbeweglichen Vermögen, sprich Grundstücke u. dgl., 8 Millionen. Eine besondere Aufmerksamkeit verdient natürlich die Tilgung, die ich im Betrag auch schon angegeben habe. Sie erfährt eine Steigerung von 2,5 Millionen Schilling und zwar von 6,4 auf 8,9 Millionen. Alles zusammen ergibt eine Summe von 430,204.600,--. Der Zuschußbedarf bei den einzelnen Verwaltungszweigen ist etwas irreführend. Es sind 9 Gruppen zusammengezogen. Z. B. Unterricht, Erziehung, Sport und Wissenschaft oder Soziale Wohlfahrt und Wohnbauförderung. Meine Damen und Herren, daß diese Ansätze dann dem einzelnen nichts sagen ist klar und ich will Ihnen die Verlesung dieser Ansatzposten ersparen. Ich darf aber zur Übersicht ein erforderlichen Zuschüsse in den einzelnen gemeindlichen Anstalten und Einrichtungen geben. Diese ergeben ein etwas verständlicheres Bild des Zuschußbedarfes. Der Gruppengliederung nach steht an der Spitze die Freiwillige Feuerwehr mit einem Zuschußbedarf von 1,431.000,--, das betrifft aber nur den laufenden Betriebsaufwand. Alle Neuanschaffungen sind ja im außerordentlichen Haushalt enthalten. Die Volksschulen, Hauptschulen, Sonderschulen, die Schulen des Polytechn. Lehrganges, die berufsbildenden Pflichtschulen haben zusammen einen Zuschußbedarf von 22 Millionen Schilling. Die berufsbildenden mittleren Schulen noch einen mit 1,322.500,--. Die Kindergärten und Tagesheimstätten inklusive der Schülerhorte verlangen einen Zuschuß in der Höhe von 13,4 Millionen Schilling. Ich darf vielleicht in dem Zusammenhang wieder auf die Diskrepanz hinweisen: Die Landeszuschüsse, die 75 % der Personalkosten betragen sollen ergeben per Saldo 4,3 Millionen und sind etwas mehr wie 29 % der Kosten und auch hier wird sich etwas tun müssen und unser Ruf darf nicht verhallen und wir dürfen nicht verlangen, endlich einmal die Kosten durch das Land ersetzt zu bekommen, und zwar die vollen 75 % der Kosten des Personals. Nicht um uns Geld zu ersparen, sondern diese Zuschüsse, die wir nicht haben, nicht bekommen, würden ja selbstverständlich in Form neuer Tarife an die Bezahlenden, an die Eltern hinausgehen. Die Jugendherbergen und Jugendheime S 59.000,--. Und jetzt kommen die Sportheime und Sportplätze in allen Stadtvierteln. Sie benötigen zur Aufrechterhaltung ihres Zustandes und des Betriebes 1,8 Millionen Schilling. Hier sind natürlich auch keine außertürlichen Zuwendungen keine Subventionen an Vereine beinhaltet. Der Erwachsenenbildung, der immer mehr Bedeutung zukommt, erfordert durch den Betrieb der Volkshochschule und der Volksbüchereien immerhin auch einen Zuschußbedarf von 3 Millionen Schilling und ich darf nur auf den immer größer werdenden Zuschußbe-

darf auf die Volksbücherei hinweisen, die sich ganz nahe schon an der 2 Millionen-Schillinggranze bewegt. Der Bedarf natürlich für die Ausbildung in Musik und darstellender Kunst geht durch die Überantwortung der Musikschule zurück, benötigt aber immer noch voraussichtlich 981.500,-- im nächsten Jahr. Die Einrichtung der darstellenden Kunst, hier ist der Betrieb der beiden Stadttheater zu sehen. ist beziffert mit 1,394.000,--. Aber ich glaube, richtige Ziffern wird man erst geben können, wenn man aus der Erfahrung eines normalen Jahres den Betrieb zweier Häuser abrechnen kann. Ich glaube, erst danach werden reale Ziffern in den Voranschlag kommen können. Das Heimatmuseum S 885.500,--. Und nun ein großes Bukett an Leistungen und auch ein großer Zuschußbedarf ist der soziale Dienst. An der Spitze der Zuschußbedarf zum Altersheim in der Höhe von S 17,747.000,--. Man darf diese Ziffer nicht betrachten nur unter der allgemeinen Kostensteigerung in der Verringerung der Dienstzeit und dadurch notwendig gewordener Personalaufstockung. In dieser Ziffer kommt in erster Linie zum Ausdruck, die - ob wir wollen oder nicht - in sich wachsende Pflegeabteilung, die immer größere Bereiche des Zentralaltersheimes erfaßt und damit auch einen viel personalintensiveren Betrieb verlangt, der sich natürlich auch in den Kosten ausdrückt. Sozialaktionen wie Brennstoffaktion, Säuglingswäschepaket und dergl. erfordern S 400.000,--, Essen auf Rädern, Heimhilfen, die Hauskrankenpflege S 188.000,-- Zuschuß und nicht zuletzt der Seniorenpaß erfordert auch über 1 Million und zwar S 1,055.000,--. Als einzige in diesem Bukett des Zuschußbedarfes darf die Müllbeseitigung ohne Zuschußbedarf im Moment angenommen werden. Die Straßenräumung wurde mit 6,3 Millionen Schilling hier eingesetzt. Bei Schneefällen wie in diesem Jahr, dann ist, glaube ich, dieser Betrag etwas bedürftig. Ein nicht unbeträchtlicher Ansatz ist heute schon die Erhaltung der Park- und Gartenanlagen und der Kinderspielplätze mit 5,6 Millionen und weist immerhin eine Steigerung von sechs zehntel Millionen auf. Die öffentliche Beleuchtung steigt auch in einem Maße, die nicht nur der Tarifregulierung Ausdruck gibt sondern natürlich auch der Netzausweitung in allen Neubauten. Die Wirtschaftshöfe mit 2,562.000,-- und für Wohn- und Geschäftsgebäude S 498.000,--. Es wäre aber die Aufzählung der beträchtlichen Ausgaben, die im ordentlichen Haushalt sind, nicht vollzählig, wenn nicht ein Posten genannt wird, der zwar keinen Zuschuß darstellt, aber der mit 28 Millionen Schilling eine Größenordnung erreicht, über die man natürlich etwas sagen muß, das sind die Kredit-Zinsen. Ich habe schon bei der generellen Ausführung dazu gesagt, daß mit der Tilgung 37 Millionen der Schuldendienst ins Haus steht und eine der eisernen Grundregeln muß es sein, daß die Kreditaufnahme bzw. die -einnahmen so ausfallen, daß wir den Schuldendienst immer gut im ordentlichen Haushalt unterbringen. Der außerordentliche Haushalt, zu dem wir jetzt kommen weist bei den Ausgaben eine Summe von S 75,660.000,-- auf, das ist gegenüber dem Nachtragsvoranschlag 1980 eine Minderung von 35,883.000,-- oder 32 %. Trotz einer Zuführung von 22,2 Millionen Schilling aus dem ordentlichen Haushalt und einer fast ebenso hohen Kreditaufnahme von 22,3 Millionen bleiben, wie bereits ausgeführt, 19,3 Millionen als Abgang übrig und für dessen Bedeckung darf nur auf unvorhergesehene Mehreinnahmen gehofft werden, anderenfalls muß der Weg einer weiteren Kreditaufnahme oder einer Ausgabenkürzung Platz greifen. Eine Teildeckung des außerordentlichen Haushaltes findet auch durch eventuelle Grundverkäufe in der Höhe von 6,3 Millionen und einer Entnahme aus Rücklagen in der Höhe von 5,4 Millionen statt. Nun zu den Ausgaben des außerordentlichen Haushaltes. Von den größeren Ausgabeposten wären zu nennen: 2 Millionen Schilling für diverse Ankäufe für die Feuerwehr. Hier ist auch wieder von einem Fahrzeug eine erste Rate beinhaltet. 9,2 Millionen Schilling für Schulen und Kindergartenbauten. Hier sind 4 Millionen als erste Rate für den Bau der höheren Frauenberufsschule und 4 Millionen für den Kindergarten Resthof auch nur als eine Rate zu sehen. 4,3 Millionen Schilling für Altstadterhaltung und Ortsbildpflege (davon 2 Millionen Schilling für das Alte Stadttheater), 4,4 Millionen Schilling für die allgemeine Wohnbauförderung und ein ganz großer Posten, nämlich 23,9 Millionen Schilling für Straßenbauten (einschließlich Bundes- und Landesstraßen). Ich weiß, Sie

haben sicher die Ansätze des Straßenbaues im außerordentlichen Haushalt gründlich studiert. Ich glaube aber, es sind Ansätze in diesem Straßenbau drinnen die zweifelsohne verdienen, aufgezeigt zu werden. Und zwar der Gemeindestraßenbau in der Eisenstraße steht hier noch mit S 10.000,-- sehr klein zu buche. Hingegen der Straßenbau Aufschließung der gewerblichen Gründe in der Haager Straße mit 1 Million. Der nächste Ansatzposten Abstieg Teufelsbach wird uns in nicht allzu langer Zeit zusammenführen, wo wir uns zuerst einmal entscheiden müssen, welches Projekt ausgeführt wird und dann werden wir wissen, wie hoch die Kosten sind. Es ist natürlich nur ein Vorsorgeansatz hier. Wenn wir diesen Ansatz mit 3 Millionen Schilling für das Jahr 1981 dotiert haben. Fußgängerübergang in der Neuschönau mit 2 Millionen Schilling. Sie wissen, der Fortschritt im Straßenbau "Umfahrung Süd" bringt den Eisenbahnübergang der Marienstraße zum Wegfall und will man dieses Viertel nicht gänzlich abwürgen, ist ein behindertengerechter Übergang mit Verbindung zum Gebiet des Jägerberges nun unumgänglich notwendig. Der Straßenbau in der Waldrandsiedlung erfordert auch noch 3 Millionen, das ist aber ein Ansatzposten, der hauptsächlich in der Abwicklung, in der Abrechnung begründet ist. Ebenfalls der Straßenbau von Zwischenbrücken. Der Straßenbau Zufahrt BMW mit 2 Millionen ist natürlich eine Notwendigkeit und ist auch in der Summe zu sehen, die als Förderung der Gemeinde der Industriegründung BMW-Steyr zukommt. Unterführung Isabellenhof mit 1 Million. Hier ist aufgezeigt, daß die Gemeinde gewillt ist, sich an einem Unterführungswerk unter die Eisenbahn zu beteiligen, die mit Eisenbahnbund und eigenen Mittel erbaut werden soll, um die Abschnürung dort endlich zu beseitigen. Das wären, glaube ich, die größten Brocken, die eine Betrachtung verdienen, wenn man von natürlich jeden eine andere Interessenslage an den Straßenbauten absieht. 4 Millionen stehen auch für die Gewerbeförderung zur Verfügung, da sind die bekannten 3 Millionen, die wir auch im Jahr 1981 vertraglich der Industriegründung BMW-Steyr widmen müssen und 1 Million für die allgemeine Gewerbeförderung. 12,7 Millionen Schilling für Kanalbauten, 3 Millionen Schilling für die Errichtung des Siedlungszentrums im Resthof, 6 Millionen sind auch für allfällige Grundankäufe vorgesehen, 2 Millionen Schilling für die Erschließung neuer Brunnenfelder. Hier ist das nur das ganz kleine Spitzchen eines finanziellen Eisberges. 5 Millionen für die Wasserversorgung des Motorenwerkes. Hier können Sie darunter verstehen, die Rohrbrücke verbunden mit Fußgängersteg Münchenholz-Resthof.

Das ist die Aufzählung der größten Positionen aus dem außerordentlichen Haushalt. Sie stellt einen großen Teil der Investitionen dar. Hier muß aber der Wirtschaftsplan der Stadtwerke noch hereinkommen, der ein Teil des Voranschlages ist und der ja immerhin auch noch große Summen an Investitionen vorsieht. Der Erfolgsplan der Stadtwerke für das Jahr 1981 weist Aufwendungen in der Höhe von S 83,700.000,-- auf. Zur Deckung der Verluste beim Stadtbad und bei der Kunsteisbahn sind Gemeindegzuschüsse in der Höhe von 5,2 Millionen veranschlagt, wobei hier 3,2 Millionen auf das Stadtbad entfallen und auf die Kunsteisbahn S 600.000,--. Ein weiterer Verlust mit 1,4 Millionen betrifft die Verkehrsbetriebe. Im Finanzplan sind Investitionen in der Höhe von 20,3 Millionen Schilling vorgesehen. Hievon entfallen 10,3 Millionen für den Ausbau des Wasserleitungsnetzes und 4,4 Millionen Schilling für den Ausbau und die Erneuerung des Gasrohrnetzes. Des weiteren sind Beiträge für Ankäufe von Geräten, für Instandhaltungs- und Aufforstungsarbeiten vorgesehen, wobei die Aufwendungen für den Bau einer Garage mit 2,8 Millionen Schilling und der Ankauf eines neuen Gelenkzuges mit 2 Millionen Schilling ebenfalls zu erwähnen sind. Die Finanzierung der Investitionen ist buchmäßig mit Eigenleistungen aus Rücklagen und Förderungsmitteln für den Nahverkehr ausgewiesen. Ein Punkt, der in unserem finanziellen und Investitionsgeschehen immer größere Bedeutung erlangt ist der Reinhaltungsverband Steyr und Umgebung mit seinen Investitionsvorhaben. Im Rahmen des Reinhaltungsverbandes sind Aufwendungen in Höhe von 19 Millionen Schilling vorgesehen. Diese Aufwendungen, welche vor-schußweise von der Stadt übernommen werden, bedingen endgültige Beiträge der



Mitgliedsgemeinden in der Höhe von 4,6 Millionen Schilling. Ich darf vielleicht in diesem Zusammenhang darauf hinweisen: Im Jahre 1980 sank der Anteil Steyrs innerhalb des Aufteilungsschlüssels von einem Anteil von 64,11 % auf 61,51 % an den Gesamtkosten. Dies ist geschehen durch die Einbeziehung des Garsteners Dambachtales in den Abwasserbeseitigungsverband.

Meine Damen und Herren! Mit der Besprechung des gesamten Haushaltes und dazugehörigen Wirtschaftsplänen der Stadtwerke und des Reinhaltungsverbandes wurden die Ziele des kommunalpolitischen Wollens ebenso die Vorstellung über deren Finanzierung bzw. über die Grenze dieser Finanzierung aufgezeigt. Meine Ausführungen wären unvollständig ohne die Feststellung, daß die Aufträge der Stadt die Wirtschaft wesentlich zu deren Prosperität beitragen und dadurch auch einen großen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung oder wie es beim Fall BMW-Steyr ist, zur Arbeitsplatzbeschaffung beitragen. Aus dem ordentlichen und außerordentlichen Haushalt die Summe von 92 Millionen den Städtischen Unternehmungen und dem Reinhaltungsverband 25,4 Millionen und nicht außer Betracht zu lassen die Aufträge der GWG Steyr, unserer Wohnungsgenossenschaft, die rund 98 Millionen Schilling investieren wird. Sie ergeben zusammen die Gesamtsumme von 215 Millionen Schilling an Aufträgen durch die Stadt. Diese Tatsache unterstreicht natürlich die Bedeutung der Stadt als Wirtschaftsfaktor ersten Ranges, ganz besonders hier natürlich das Bau- und Baunebengewerbe. Meine Damen und Herren! Bevor ich Ihnen den Antrag betreffend das Budget 1981 zur Verlesung bringe, bringe ich Ihnen den dazugehörigen Ergänzungsantrag bzw. die Motive zu diesem zur Kenntnis.

Im Zuge einer verantwortungsbewußten Budgetpolitik, folgend den Beispielen des Bundes und des Landes, hat sich der Gemeinderat in seiner Budgetsitzung am 17. Dezember 1979 zu einem Ergänzungsantrag entschlossen, der bei allen Ermessensausgaben eine 20%ige Kreditsperre vorsah. Über eine Aufhebung bzw. Reduzierung dieser Kreditsperre sollte aufgrund der Ertragslage im Laufe des Budgetjahres 1980 entschieden werden.

Trotz guter Wirtschaftslage haben sich die Einkünfte der Stadt im abgelaufenen Budgetjahr nicht in dem Maße verbessert wie es unter Umständen erhofft wurde. Auch die Zuschüsse der anderen Gebietskörperschaften, wenn man von einmaligen Subventionen für das Jubiläumsjahr absieht, konnten nur im reduzierten Ausmaße eingenommen werden. Dagegen ist auf der Ausgabenseite durch die natürlichen Preissteigerungen, vor allem jedoch durch die Verteuerung der Kredite, eine unerwartete Steigerung zu verzeichnen. Es muß daher verantwortungsbewußt festgestellt werden, daß sich die gesamte Ertragslage, das ist das Verhältnis zwischen Ausgaben und Einnahmen, nicht verbessert hat. Eine Aufhebung bzw. Reduzierung der Kreditsperre könnte nicht durch Mehreinnahmen sondern nur durch vermehrte Darlehensaufnahme letztlich finanziert werden. Bei der derzeitigen Zinssituation auf dem Kapitalmarkt würde dies eine unverträgliche Belastung des Gesamtbudgets lediglich zugunsten von Ermessenskrediten bedeuten. Die bei den Pflichtausgaben angewandte Sparsamkeit, um die unbedingt notwendige Kreditaufnahme so gering wie möglich zu halten, würde dadurch unterlaufen werden. Es wird daher dringend empfohlen, die Kreditsperre des Jahres 1980 für Ermessenskredite nicht aufzuheben.

Es ist allgemein bekannt, daß auch im Jahre 1981 das Bundes- und Landesbudget von der Tendenz getragen ist, den Abgang so gering wie möglich zu halten, um bei der derzeitigen Zinssituation eine möglichst geringe Mehrverschuldung herbeizuführen. Dabei darf nicht übersehen werden, daß auch bei den früheren Krediten die Zinssätze angehoben wurden, sodaß allein aus dieser Tatsache mit vermehrten Ausgaben zu rechnen ist.

Das Investitionsprogramm 1981 muß jedoch auf jeden Fall finanziert werden. Dies ist einerseits notwendig, um die bestehende mangelnde Infrastruktur etappenweise weiterzubeheben, andererseits, um durch öffentliche Aufträge die Arbeitsmarktsituation und die Wirtschaftslage in der Stadt stabil zu erhalten. Dabei darf nicht übersehen werden, daß durch eine Reihe von Investitionen, so z. B. bei der Wasserversorgung und beim Kanalbau durch die Beiträge der Stadt,

höhere Beiträge des Bundes und des Landes flüssig gemacht werden, die ebenfalls der Steyrer Wirtschaft zugute kommen. Das gleiche gilt auf dem Wohnbausektor, wobei auf jeden Fall die finanzielle Basis geschaffen werden muß, um erhöhte Zuteilung von Förderungsmitteln zu erwirken. Nach wie vor müssen auch Budgetmittel für die sozialen Aufgaben und für die Gewerbeförderung bereitstehen, damit hier kein Rücktritt sondern im Gegenteil eine vernünftige Weiterentwicklung betrieben werden kann.

Es wird daher vorgeschlagen, so wie bereits im Amtsbericht vom 6. 12. 1979 zum Voranschlag 1980 dargestellt wurde, auf alle Ausgaben, die sich im Ermessensbereich ergeben, vorläufig auch für 1981 eine 20%ige Sperre zu verfügen. Dies kann nur dann aufgehoben werden, wenn eine verbesserte Ertragslage im Jahre 1981 dies zuläßt.

Nach dieser Begründung des Ergänzungsantrages, der sinngemäß den Hauptantrag ergänzt, darf ich mit der Verlesung an Sie beginnen.

Der Antrag des Stadtsenates an den Gemeinderat.

### 3) Ha-4960/80

#### Voranschlag 1981

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Der Voranschlag für das Rechnungsjahr 1981 wird im ordentlichen Haushalt in den Einnahmen und Ausgaben ausgeglichen mit je S 409,617.600,--  
der außerordentliche Haushalt bei den Ausgaben mit S 75,660.000,--  
und bei den Einnahmen mit S 56,319.900,--

daher mit einem Abgang von S 19,340.100,--  
festgestellt, im einzelnen mit den Beträgen, die in den vorliegenden Einzelvoranschlägen ausgewiesen sind.

Der außerordentliche Haushalt ist nur in dem Maße durchzuführen, als eine Bedeckung gegeben ist bzw. durch Darlehensaufnahme, Einsparungen oder Mehreinnahmen gefunden wird.

Als gegenseitig deckungsfähig werden die im Sammelnachweis zu verrechnenden Ausgaben erklärt, ferner die Ausgaben des städtischen Wirtschaftshofes in dessen unbeschränkter Anordnungsbefugnis, in gleicher Weise die Ausgaben des Altersheimes und schließlich die Ausgaben für berufsbildende Pflichtschulen. Für die Ausführung des Voranschlages gelten die Bestimmungen der Dienstver-schrift Zl. 5209/1948 in der anliegenden Fassung.

Weiters werden genehmigt:

Der Wirtschaftsplan der Stadtwerke, im Erfolgsplan in den Aufwendungen und Erträgen ausgeglichen mit je S 83,700.000,-- und im Finanzplan in den Erfordernissen und der Bedeckung ausgeglichen mit je S 20,800.000,-- , sowie der Voranschlag der Stiftung und der Dienstpostenplan.

Die ausschließlichen Gemeindeabgaben werden wie folgt erhoben. Die Hebesätze betragen:

Grundsteuer A für land- und forstwirtschaftliche Betriebe	500 v.H.
Grundsteuer B für andere Grundstücke	420 v.H.
Gewerbsteuer nach den Gewerbeertrag und Gewerbekapital	150 v.H.
Lohnsummensteuer	1000 v.H.

Der Ergänzungsantrag dazu lautet:

Der Gemeinderat wolle beschließen:

Die Vollziehung des Budgets 1981 unterliegt bei allen Ermessensausgaben einer 20%igen Kreditsperre nach Maßgabe des vorstehenden Amtsberichtes. Über eine Aufhebung bzw. Reduzierung dieser Kreditsperre ist aufgrund der Ertragslage im Laufe des Budgetjahres zu entscheiden.

Sehr verehrter Herr Bürgermeister! Ich bitte Sie nun über beide Anträge die Diskussion einzuleiten und sehr verehrte Damen und Herren des Gemeinderates, Ihnen danke ich für die Aufmerksamkeit, die Sie meinen Ausführungen entgegengebracht haben.

Applaus!

Herr Gemeinderat Enöckl ist um 15.45 Uhr wieder anwesend.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Der Applaus zeigt, daß Sie die wirklich umfangreiche Vorbereitung dieser Voranschlagsvorlage durch den Finanzreferenten entsprechend gewürdigt haben. Wir danken auch für den ausführlichen Bericht zu dem Voranschlagswerk. Wir werden im Anschluß nach einer kleinen Pause die Diskussion dazu beginnen. In der Zwischenzeit mit dem Klingelzeichen ist die Sitzung unterbrochen.

Pause: von 15.45 Uhr bis 16.00 Uhr

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Bitte, die Plätze wieder einnehmen. Wir schreiten in unserer Sitzung im Sitzungsablauf weiter. Die Budgetrede steht nunmehr zur Diskussion zur Verfügung. Eine erste Wortmeldung. Herr Stadtrat Kinzelhofer.

STADTRAT KONRAD KINZELHOFER:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister! Werte Damen und Herren des Gemeinderates! Der Finanzreferent hat uns vorher das Budget 1981 angedeutet aufgezeigt und wir können dabei feststellen, daß es von Jahr zu Jahr schwieriger wird, einen vertretbaren Ausgleich zwischen den Einnahmen und Ausgaben im Bereich der Stadt Steyr zu finden. Es wäre falsch, die Schwierigkeiten, die vorhanden sind und die nicht nur die Stadt Steyr sondern auch all anderen Gemeinden in Österreich, die Länder und den Bund betreffen, einfach abzuleugnen.

Es hat aber der Steyrer-Gemeinderat es immer so gehalten, diesen Problemen offen gegenüberzutreten, und so verstehe ich auch die Haltung der vier Fraktionen, wie Sie zu dem derzeitigen Budgetvoranschlag 1981 stehen.

Wir sind zweifellos als Gemeinderat am durchschlagkräftigsten und am wirkvollsten, wenn wir gemeinsam uns diesen Schwierigkeiten stellen, wenn der gesamte Gemeinderat zum Wohle unserer Stadt hier zu einem einmütigen Beschluß kommt. Bei der letzten Zusammenkunft der Fraktionsobmänner ist dies auch klar zum Ausdruck gekommen.

Ich glaube, daß die Bevölkerung von Steyr das von uns erwartet, denn sonst wäre es nicht möglich, daß wir praktisch 18 Jahre hindurch gleiche Wahlergebnisse aufweisen. Eine Zusammensetzung des Gemeinderates, die das gemeinsame Vorgehen im Gemeinderat bestätigt.

Es wäre aber sicher falsch, die Mehrheit einzusetzen um Stärke zu demonstrieren. Ebenso falsch ist es aber, Opposition gegen die Mehrheit um jeden Preis zu betreiben. Das hat es in Steyr seit 1945 nicht gegeben und ich hoffe, daß es auch in der Zukunft nicht der Fall ist.

Das Jubiläumsjahr 1980 hat uns so recht zum Bewußtsein gebracht, daß wir eine Gemeinschaft sind. Die Stadtfeste haben eine nie erwartete Zahl von Steyrerinnen und Steyrer versammelt, alle haben mitgemacht, alle wurden motiviert, ihre positive Haltung zur Stadt Steyr wo es nur geht zum Ausdruck zu bringen.

Sicher hat das Jubiläumsjahr auch große finanzielle Ausgaben verlangt, so daß wir nunmehr auch wiederum gemeinsam zum Alltag zurückkehren müssen. Durch die große Beteiligung der Steyrer Bevölkerung war es möglich, die Ausgaben, die wir erwartet haben, durch Einnahmen bei den Feiern ganz entscheidend zu senken, nur so war es möglich, daß das Komitee 1000 Jahre Steyr ohne Defizit abschließen konnte.

Wir haben aber auch dort, wo es vernünftig war, gespart, uns bei den Ermessensausgaben eine 20 % Kreditsperre einvernehmlich eingeführt, da wir glauben, zur Abwicklung unseres Haushaltes diese Zurückhaltung üben zu müssen. Wir haben uns dabei selbstverständlich an den Sparmaßnahmen des Bundes und des Landes orientiert.

Leider müssen wir nun feststellen, daß sich unsere wirtschaftliche Situation zum Jahresende nicht so geändert hat, daß es uns erlauben würde, die Kreditsperre zu mindern oder aufzuheben.

Schweren Herzens mußte auch die sozialistische Fraktion zur Kenntnis nehmen, daß der Finanzreferent, Kollege Fürst, in seiner Verantwortung für die wirtschaftliche Situation unserer Stadt nicht in der Lage ist, vorzuschlagen, die 20 % Kreditsperre zu lockern oder aufzuheben. Wir würden sonst vermehrte Darlehen aufnehmen müssen, was bei den heutigen Zinssätzen kaum vertretbar ist, zumal es sich hier nicht um Pflichtausgaben handelt sondern um freiwillige Leistungen der Stadt.

Wir müssen daher sparen und sehr wirtschaftlich überlegt unsere Ausgaben festlegen. Aber wir leiten eben dann Schritte ein, um hier Abhilfe zu schaffen, und es ist gerade im Jahre 1981 wichtig, hier entsprechende Zusicherungen zu bekommen.

Vom Wasserwirtschaftsfonds liegen sie bereits vor, mit der Wohnbauförderung des Landes wird noch entsprechend verhandelt werden. Aber auch andere Subventionen und Bedarfszuweisungen müssen unbedingt angesprochen werden, damit wie gesagt, diese öffentlichen, für die Arbeitsmarktlage wichtigen Aufträge in unserer Stadt erteilt werden können.

Auch die Maßnahmen, die wir zur Hebung der Einnahmen durchführen, dienen letztlich nur den Zweck, uns genügend Mittel für Investitionen zur Verfügung zu stellen, wobei oft unsere Eigenmittel erst die Voraussetzung sind, von wo anders Geld zu erhalten. Sprechen wir ganz offen darüber, werte Damen und Herren. Gebührenerhöhungen sind niemanden hier im Gemeinderat angenehm und sie belasten, das wissen wir, auch unsere Bevölkerung. Aber auf Sicht gesehen, dienen diese Gebührenerhöhungen doch in erster Linie nur dazu, unsere Arbeitsplätze hier in Steyr, vor allem in der Bauwirtschaft, zu sichern. Eine hochverschuldete Gemeinde kann nicht investieren. Das wissen wir alle mitsammen.

Vor wenigen Wochen haben wir den "Gregor-Goldbacher-Preis" für die neuere Geschichte der Stadt Steyr von DDr. Brandl verliehen, und wenn man hier die Schilderungen der Zwischenkriegszeit zwischen 18 und 38 durchlieft mit den katastrophalen wirtschaftlichen Verhältnissen, dann wird man verstehen, daß heute Bund, Land und Gemeinde vorsorgen, daß sich solche Situationen nicht wiederholen.

Die Stadtgemeinde Steyr mußte damals ihre kommunale Tätigkeit auf ein Minimum reduzieren. Schulen wurden wegen Kohlenmangel gesperrt, Straßenbeleuchtungen abgeschaltet, Straßenneubauten oder überhaupt Investitionen waren undenkbar und gar nicht möglich. Es ist notwendig, sich diese Situation ab und zu in Erinnerung zu bringen, um zu verstehen, daß wir eine vorausschauende Gebühren- oder Einnahmenpolitik betreiben müssen, denn nur diese sichert auch in Zukunft die kommunale Entwicklung, die öffentlichen Aufträge, die wir zur Stabilisierung in Steyr unbedingt benötigen.

Es wird daher sicher immer Aufgabe des Gemeinderates sein, ein gutes Verhältnis zwischen Einnahmen und Ausgaben zu finden, und innerhalb der Einnahmen die Belastungen so zu verteilen, daß sie gegenüber der gesamten Bevölkerung vertretbar sind. Wir werden sicherlich noch harte Diskussionen führen müssen, und es wird noch mancher schwerwiegender Beschluß in diesem Gemeinderat in dieser Beziehung zu fassen sein.

Werte Damen und Herren! Im Voranschlag 1981 finden wir einige bemerkenswerte Posten, die verdienen, doch etwas näher behandelt zu werden. Dabei kommt es gar nicht so auf die Höhe des Betrages an, der oft nur geschätzt werden

konnte, sondern mehr auf die Tatsache, was wir uns vornehmen für das kommende Jahr. Ich möchte nur einige wenige Probleme aufzeigen, z. B. bei der freiwilligen Feuerwehr. Trotz der angespannten Finanzsituation haben wir vor, wiederum ein neues Löschfahrzeug anzuschaffen, um die Sicherheit in unserer Stadt und die Vorsorge für Brandkatastrophen noch weiter zu verbessern als dies bisher der Fall war.

Ein Versprechen gegenüber den Bewohnern des Resthofes wird erfüllt, indem wir einen Kindergarten neu errichten. Das war, der gesamte Gemeinderat ist ja hier informiert, gewiß keine einfache Entscheidung, die hier der Gemeinderat in gemeinsamen Anträgen gefunden hat, denn andere Stadtteile haben offene Plätze in ihren Kindergärten und sind nicht voll ausgelastet. In Münchenholz haben wir sogar einen alten Kindergarten sperren müssen. Angesichts der Schülerfreifahrten und Schülertransporte und Omnibusse wäre es sicher verlockend, hier die Vor- und Nachteile dieses Kindergartenbaues am Resthof zu erwägen. Wirtschaftlich sind sie bestimmt negativ, aber hier geht es um mehr, und daher wurde der Beschluß gefaßt, diesen Kindergarten zusätzlich zu bauen trotz finanzieller Probleme, um der Bevölkerung, vor allem den Müttern in diesem Stadtteil, gerecht zu werden, bei der jungen Generation und bei den Kindern müssen wir das Herz sprechen lassen. Darum wurde auch dieser Beschluß für diesen Bau des Kindergartens gefaßt, obwohl er für die Gesamtsituation eine Belastung ist.

Im Budget nur ein Ansatz, aber es müßte doch möglich sein, unser Sportstättenkonzept 1981 soweit zu erstellen, daß einmal die Grundzüge erkennbar sind, die dann nach Maßgabe unserer finanziellen Mittel verwirklicht werden können. Der Sport spielt in einer Gemeinde, vor allem in Steyr, eine ganz große Rolle und darf nicht vernachlässigt werden.

Sicherlich wird die Denkmalpflege wieder auf das vertretbare Maß zurückgeführt werden. Aber es wäre sicher falsch, hier Versäumnisse eintreten zu lassen, die später nur mit einem ganz großen Geldaufwand wieder in Ordnung gebracht werden können. Einen kleinen Hinweis möchte ich machen, der im Budget drinnen ist, das ist die Sanierung bzw. die Renovierung des Kriegerdenkmales in Steyr.

Hier muß man ganz emotionslos sprechen, es gibt doch noch sehr viele Menschen in Steyr, die sich an das Greulen des Krieges, an die großen Opfer, die gebracht wurden, erinnern können. Ihnen ein gemeinsames würdiges Denkmal zu setzen, ist, glaube ich, auch eine Aufgabe dieser Generation. Wobei ohne weiteres, das ist meine persönliche Meinung, eine Ausgestaltung des bestehenden Kriegerdenkmales des 1. Weltkrieges am Westwerk der Stadtpfarrkirche denkbar ist. Ich glaube, das ist uns allen klar.

Ein großes Kapitel im außerordentlichen Haushalt nehmen die Straßenbauten ein. Es wird aufgrund des Terminkalenders 1981 am 22. Jänner eine Informationssitzung des Gemeinderates stattfinden, bei der auch zwei wichtige Straßenbauvorhaben demonstriert werden sollen. Es handelt sich um Tomitzstraßenabstieg und Rohrbrücke Münchenholz. Wenn ich auf das letztere Projekt hinweisen darf, handelt es sich hier um eine Versorgungspflicht gegenüber dem BMW-Steyr-Motorenwerk, welche wir verbinden mit dem Wunsch, ähnlich wie seinerzeit die Überfuhr Sandmayr, wiederum eine Fußgängerverbindung zwischen Münchenholz und dem linken Ennsufer herzustellen. Das kann aber niemals, und das sei hier festgestellt, die Nordbrücke ersetzen, nämlich eine Straßenverbindung - die im Norden unsere Stadt umfahren wird.

Hier müssen wir versuchen mit Nachdruck, daß der Bund diese Aufgaben wahrnimmt. Wesentlich aufwendiger und wichtiger für den innerstädtischen Verkehr wird jedoch der Tomitzstraßenabstieg sein, ich möchte aber einer Entscheidung des Gemeinderates nicht vorgreifen.

Dieses große Straßenprojekt im Stadttinneren werden wir sehr gut überlegen müssen, den es wird eine Entscheidung sein, die Jahrzehnte Bestand haben wird müssen.

Große Veränderungen werden in diesem Bereich notwendig sein. Wenn ich einen

dritten Punkt in diesem Zusammenhang erwähnen darf, der wahrscheinlich bei dieser Informationstagung zur Sprache kommen wird und soll, so ist das das Problem des Wehrgrabens. Die Basiskultur hat den Fraktionen Bilder zur Verfügung gestellt mit einem Schreiben an die Kollegen des Gemeinderates, sie zu verteilen. Wir haben das getan.

Für meine Fraktion und für mich ist der Wehrgraben nicht nur dieses kleine rinnende Wehrwasser, welches heute keine wirtschaftliche Bedeutung mehr hat. Für uns ist die Frage Wehrgraben ein Stadtteilproblem, und zwar für einen der ältesten Stadtteile unserer Stadt.

Nur ein umfassendes Konzept kann eine Revitalisierung ins Auge fassen. Nicht mit momentan romantischen Vorstellungen, allein ist hier eine Lösung zu finden. Ebenso auch nicht mit rein wirtschaftlichen Überlegungen. Hier muß ein Zusammenwirken gefunden werden, das beide Stadtpunkte einander näher bringt, nicht im Interesse einiger weniger, sondern bitte der dort wohnenden Mitbürger und für die ganze Stadt Steyr. Es wird auch nicht möglich sein, daß alles dort mit öffentlichen Mitteln gemacht wird. Die öffentliche Hand, der Gemeinderat kann nur Anstöße geben. Nach wie vor werden die Grundeigentümer dort, die Hausbesitzer und natürlich auch Gewerbetreibende im Rahmen ihrer Privatinitiative entscheidende Schritte setzen müssen. Es wäre auch zu hoffen, daß sich Interessenten neu im Wehrgraben einkaufen, und um das ist ja bereits einige Male gesprochen worden, und dort echte Revitalisierung durch die Nutzbarmachung von Wohnungen und Häusern durchführen. So wie der Verfall des Wehrgrabens Jahrzehnte gedauert hat, bis die letzten Wasserräder still standen, bis immer mehr Betriebe geschlossen wurden und Häuser leer wurden, wird es auch wieder einen längeren Zeitraum brauchen, bis der Wehrgraben wieder zu einem blühenden Stadtteil wird, wie er das vielleicht vor noch 50 oder 60 Jahren war.

Was aber doch, glaube ich, in absehbarer Zeit entschieden werden müßte, sind die Planungsziele, sind die Absichten der Stadtgemeinde. Es müßte eindeutig klargelegt werden, was im Wehrgraben geschieht, was im Wehrgraben verändert, was im Wehrgraben erhalten werden muß.

Denn nur so kann man dem interessierten Bevölkerungsteil Antwort geben, wenn sie dort ihre Absichten durchführen wollen. Es müßte daher so rasch wie möglich über das künftige Schicksal des Wehrgrabens Klarheit gewonnen werden. In dieser Auffassung treffen sich, so glaube ich, alle Fraktionen im Gemeinderat und zwar ein endgültiges Planungsziel zu beschließen. Die Informationstagung wird, so meine ich, dazu sicherlich beitragen.

Eines möchte ich nicht unerwähnt lassen, und zwar unsere wirtschaftspolitischen Maßnahmen. Wir fördern selbstverständlich den Fremdenverkehr, wir fördern unser Gewerbe und wir haben einen ganz großen Zuschuß noch für das BMW-Steyr-Motorenwerk zu leisten. Hier hoffe ich aber, nach dem der Betrieb des Entwicklungszentrums schon aufgenommen und nächstes Jahr im März die Arbeit richtig aufgenommen wird, daß bald auch die entsprechenden Rückflüsse erfolgen.

Wichtig ist, daß damit doch eine größere Zahl von Arbeitsplätzen hier im Bereich Steyr geschaffen werden, die wir unbedingt benötigen. Besonders erwähnen und zu begrüßen sind die Aktivitäten auf dem Kanalbausektor. Mit den hohen Beträgen des Wasserwirtschaftsfonds, den allfälligen Zuschüssen des Landes und des Bundes, die eingesetzt werden, ergibt sich doch die Chance, auf dem Tiefbausektor eine gute Auftragslage zu sichern. Wenn nun im Zusammenhang mit dem Aufstau Staning vielleicht auch eine Vorverlegung des Kläranlagenbaues möglich ist, wäre dies ein großer Gewinn der Bauwirtschaft. Hier sind also die Aussichten für das Jahr 1981 auf diesem Gebiet nicht schlecht.

Auch bei der Wasserversorgung werden hohe Investitionen nötig sein. Nach wie vor haben wir herrliches einwandfreies Trinkwasser in ausreichender Menge. Aber immer mehr Gemeinden wollen bei uns anschließen und auch in Steyr steigt

der pro Kopf- und Tagverbrauch pro Einwohner. 380 Liter pro Tag werden in Steyr pro Person verbraucht von dem geförderten Wasser. Noch vor wenigen Jahren betrug er 150 l pro Person. Wasser ist kostbares Gut. Es ist auch in dieser Menge, wie wir es zur Verfügung haben, nicht ersetzbar, daher werden wir beim Aufstau des Kraftwerkes Staning alle Vorsichtsmaßnahmen walten lassen, daß es nicht zu einer Verschlechterung der Trinkwasserqualität kommt. Umgekehrt müssen wir doch versuchen, meine Damen und Herren, daß wir neben dem Brunnenfeld Dietach auch noch andere Gebiete aufsuchen bzw. ausforschen bzw. aufschließen müssen.

Wir unterstützen im Rahmen des Wasserverbandes Steyr auch die Erschließung neuer Brunnenfelder, so in Tinsting, und hoffen aber auch, daß unser Brunnenschutzgebiet in Wolfern einmal zur Verwirklichung kommt. Endgültig ist eine Wasserversorgung erst dann gesichert, wenn sie mehrere Ersatzmöglichkeiten aufweist, denn vor Katastrophen und Unfällen, ich denke hier nur an einen Tankwagenunfall und dergleichen, ist niemand gefeit. Wir hatten ja einmal diese Sorge als im Raum Dietach die Tankstelle aufmachte und mit dem tödlichen Diesel das Wasser verschlechterte. Wir haben auch die Aufgabe bei der S 37, die auch unmittelbar an das Brunnenfeld angrenzt, dort alle Vorkehrungsmaßnahmen zu treffen, daß wir durch diesen Straßenbau keine Verschlechterung unserer Qualität erreichen.

Werte Damen und Herren des Gemeinderates! Große Sparsamkeit müssen wir auch weiterhin auf dem Personalsektor anwenden. Ich muß aber hier dem Magistrat Steyr bestätigen, daß ein sehr strenger Maßstab bei Neuaufnahmen angelegt wird, so ist es auch möglich, daß in der eigentlichen Verwaltung seit Jahren ein unveränderter Personalstand herrscht.

Kleinere Zunahmen erfolgen - und das haben wir auch im Bericht des Referenten gehört - in der Regel nur am Dienstleistungssektor, um unsere Betreuung gegenüber älteren Mitbürgern, gegenüber den Kindern und Jugendlichen zu verbessern.

So ist auch unser Personaletat im untersten Rahmen mit allen vergleichbaren Städten, das gleiche gilt auch für die Pensionslast, durch die Zurückhaltung, die hier in den letzten Jahrzehnten gegolten hat.

Es ist nämlich so, meine Damen und Herren. Ein einmal aufgeblähter Personalstand und eine überdimensionale Pensionslast kann, wenn überhaupt, auch wieder nur über längere Zeiträume zurückgeführt werden. Daß das bei uns nicht der Fall ist, muß auch hier im Gemeinderat als positiv bezeichnet und bewertet werden.

Die Mitarbeiter im Magistrat sind keineswegs - soweit man das feststellen kann - schlecht bezahlt, sie entsprechen durchaus dem üblichen Gehaltsschema und die Beförderungsrichtlinien sind als sehr gut zu bezeichnen. Sie leisten dafür aber auch ihren Anteil, denn es wäre sonst nicht möglich, mit geringeren Personaleinsatz als in anderen Städten, die die gleichen Aufgaben leisten. Dies möchte ich mit einem sehr dankbaren Vermerk im Gemeinderat feststellen. Einen kurzen Beitrag möchte ich auch noch aus meinem Referat, nämlich den Stadtwerken leisten. Über Wasser ist schon gesprochen worden. Die Gasversorgung ist leider eine Einrichtung, deren Preisgestaltung von uns nicht beeinflußt werden kann. Wir erzeugen Gas nicht selbst, wir beziehen es von der öö. Ferngasgesellschaft. Auf die Preisentwicklung haben wir keinen Einfluß, sie erfolgt auf alle Fälle außerhalb unserer Stadt, zum Teil sogar außerhalb Österreichs durch die Lieferverträge mit dem Ausland.

Daß die Entwicklung nicht erfreulich ist am Priesektor, soll nicht verschwiegen werden. Daß aber Gas die umweltfreundliche Energie ist, steht auch fest, außerdem ist es bequem und leicht zu bedienen.

In unserem Verkehrsbetrieb gehen wir daran, unsere Linien weiter zu verbessern; durch Einstellen von neuen Omnibussen wird die Benützung dieser erleichtert.

Sicher gibt es noch viele Wünsche, wir werden uns aber immer der Stadtent-

wicklung anpassen. Eine Verdichtung des Verkehrs werden wir dort anstreben, wo eine einigermaßen gesicherte Frequenz von Benützern gegeben ist.

Ein Wort zur GWG der Stadt, wir wissen noch nicht wie die neue Wohnbauförderung aussieht. Daß wir aber unzufrieden sind mit den Förderungsmitteln, die uns in den letzten Jahren zugeteilt wurden, hat unser Bürgermeister schon klar zum Ausdruck gebracht.

Ich hoffe, daß die von Bürgermeister eingeleiteten Schritte, bei Landesrat Neuhauser hier eine Wendung bringen, denn wir dürfen auf dem Sektor Wohnbau nicht stehen bleiben. Steyr hat noch immer einen quantitativen Wohnungsfehlbestand. Über 1511 Wohnungssuchende sind noch vorgemerkt. In den Pensionistenheimen würden wir noch 405 Plätze benötigen. Das bereits eingereichte Pensionistenheim am Bergerweg muß so rasch wie möglich errichtet werden. Wichtig erscheint mir aber noch eines, wir müssen nach wie vor Bauparzellen im Stadtgebiet schaffen und zur Verfügung stellen können. So wie es in der Waldrandsiedlung gelungen ist, dort Parzellen zu schaffen und Bürger unserer Stadt anzuregen, selbst Eigenheime zu bauen, müßte es auch möglich sein, auf der Ennsleite sowie im Bereich von Gleink Gründe zur Verfügung zu stellen, wo bereits die Gemeinde eigene Gründe besitzt. Aber auch alle anderen Bestrebungen, Bauparzellen in Steyr zu schaffen, müssen wir durch die nötigen Aufschließungsmaßnahmen unterstützen. Es ist einmal der Zug zum Eigenheim vorhanden, es wäre falsch, wenn die Stadt Steyr daran vorbeigehen würde und sich lediglich auf den Mietwohnungsbau der GWG verlassen würde.

Auch hier müssen wir alle Möglichkeiten nützen und ich befürworte daher die weitere Zurverfügungstellung von Bauparzellen von Siedlungswilligen. Das gleiche gilt für Gewerbegrundstücke, nur hier muß auch der Preis im Einklang stehen mit den Kosten, die der Stadt selbst erwachsen.

Daß hier zu den günstigen Bedingungen verkauft werden soll, ist eine Selbstverständlichkeit und auch eine Tradition, wie die vielen neuen Gewerbeansiedlungen auf städtischen Grund in Steyr beweisen.

Werte Damen und Herren des Gemeinderates! Zurückhaltung und Sparsamkeit zeichnen diesen Voranschlag, den Stadtrat Fürst uns vorgelegt hat, aus. Wir müssen daher auch seinen Ergänzungsantrag unterstützen, nämlich wiederum auf alle Ermessenskredite eine 20 % Kreditsperre zu verhängen. Ich weiß, daß es nicht einfach ist, aber wenn man bedenkt, daß wie hiezu Darlehen mit Zinsen von mehr als 11 % aufnehmen müßten, um freiwillige Leistungen zu finanzieren, dann ist bei der gleichen Sparmaßnahme auf Landes- und Bundesebene bzw. bei noch höheren Einsparungen bei diesen beiden Gebietskörperschaften, wohl auch diese Zurückhaltung von der Stadt Steyr zu rechtfertigen.

Nun, meine Damen und Herren. Es hieße, die Verschuldung der Stadt über jedes vernünftige Maß hinaus zu vergrößern, wenn man die freiwilligen Leistungen, Subventionen und dergleichen durch Darlehensaufnahmen mit hohen Zinsen sich die nötigen Mittel verschafft. Hier muß eben um Verständnis gerungen werden, denn sonst wäre eine geordnete Haushaltsführung in Zukunft in Frage gestellt.

Aus der Presse konnten wir entnehmen, daß es mit Steyr vergleichbare Städte gibt, die nicht einmal mehr den ordentlichen Haushalt ausgleichen können, sondern gezwungen sind, dafür Darlehen aufzunehmen.

Ich glaube, daß es hier schon ein Geschenk ist, daß die Gemeinde Steyr von dieser Entscheidung, die sie hier treffen müßte, verschont ist.

Wir glauben mit Sicherheit, den ordentlichen Haushalt ausgeglichen budgetieren zu können. Wir hoffen sogar auf einen Überschuß für den außerordentlichen Haushalt und liefern damit den Beweis, daß wir durch Jahrzehnte hindurch eine gesunde, auf den realen Grundlagen basierende Finanzpolitik betrieben



haben, und das ist auch der Grund, warum wir alles daran setzen sollten, in Zukunft diese Grundsätze beizubehalten. Wenn wir sparsamst wirtschaften, wenn wir genau die Ausgaben überlegen, dann wird auch die 20 % Kreditsperre bei Ermessenskrediten zu rechtfertigen sein.

Ich ersuche daher, so wie meine Fraktion, auch alle anderen Fraktionen, hier ihre Zustimmung zu geben, zumal eine Besserung der finanziellen Situation, heuer war sie leider nicht zu verzeichnen, uns ohne weiteres im Jahr 1981 ermöglicht, wenn wir dementsprechende Einnahmen aufweisen können, und es wird dann möglich sein, wenn dies geschieht, hier die Sperre aufzuheben oder zu lockern.

Meine Damen und Herren, ein langes arbeitsreiches, aber für die Stadt Steyr erfolgreiches Jahr, liegt hinter uns. Was niemand geglaubt hat, ist eingetreten. Steyr ist im nationalen aber auch im internationalen Rahmen zu einem Anziehungspunkt im Jahre 1980 geworden. Nicht nur die Hallstattausstellung, sondern auch die Stadt selbst hat den Anlaß dazu geboten, und ich kann nur von lobenden und begeisterten Berichten über unsere Stadt hier erzählen. So wie ich, werden Sie auch alle dieses anerkennende Echo aus allen Bevölkerungsschichten und Besuchergruppen gehört haben. Steyr ist zu einem Begriff geworden nicht nur der Industrie, sondern auch seiner Schönheit und seines Lebenswertes wegen.

Der Steyrer Gemeinderat hat in erprobter Einmütigkeit dieses Jubiläumsjahr beschlossen, durchgeführt und mitgefeiert, beschließen wir auch daher dieses Jubiläumsjahr im gleichen Sinne, indem wir uns einmütig zu diesem Voranschlag 1981 bekennen. Sagen wir damit uneingeschränkt ein Ja zu der künftigen Entwicklung der ewig jungen und doch alten Eisenstadt Steyr. Darf ich am Ende meiner Ausführung dem Finanzreferenten Kollegen Fürst und Rechnungsdirektor Stary für die Erstellung des Voranschlages mit den Vorarbeiten bestans danken.

Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates und Ihren Familien ein frohes Weihnachtsfest und ein glückliches Neujahr 1981.

Im besonderen gilt dieser Gruß aber auch dem Herrn Bürgermeister und seinen beiden Stellvertretern.

Meine Festtagswünsche und die unserer Fraktion gehören aber auch den Mitarbeitern des Magistrates und dessen Nebenbetriebe und Anstalten, ganz gleich, wo sie ihren Dienst versehen. Sie haben im zu Ende gehenden Jahr hervorragendes geleistet, sie haben zur Schönheit unserer Stadt, zur Organisation der Feierlichkeiten und zur Abwicklung aller Veranstaltungen weit über ihre dienstlichen Obliegenheiten hinaus beigetragen. Ich bitte daher, diesen Dank in entsprechender Form den gesamten Beschäftigten im Magistrat zur Kenntnis zu bringen.

Ebenso grüße ich sehr herzlich die Vertreter der Presse, die durch ihre Berichterstattung dafür sorgen, daß das komunale Geschehen in unserer Stadt der gesamten Bevölkerung zur Verfügung gestellt wird.

Ich begrüße Sie und wünsche frohe Festtage und gute Zusammenarbeit im Jahre 1981.

Ich danke für die Aufmerksamkeit!

Applaus!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Nächster Sprecher ist Vizebürgermeister Fritsch.

VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:

Meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates! Gestatten Sie mir, daß ich heute einmal meinen Budgetbeitrag mit Dankesworten beginne. Mit Dankesworten an den Herrn Finanzreferenten für seine frühzeitige und rechtzeitige Einladung, unsere Budgetforderungen ihm darzulegen. Es ist das erstmals so rechtzeitig geschehen. Ich danke ihm aber auch dafür, daß er es er-

möglichst hat, über den Voranschlag verschiedene Gespräche mit ihm zu führen und ich danke ihm auch für die Realisierung, wenn auch nicht aller unserer Forderungen. Aber wir wissen, daß Forderungen und deren Einhaltung immer ein zweierlei Maß ist und daraus eine Kompromißlösung und ich darf für meine Fraktion in Anspruch nehmen, es so zu bezeichnen, auch hier abzeichenbar war. Den Dank an den Herrn Finanzreferenten darf ich auch weitergeben an die mit der Budgeterstellung befaßte Beamtenschaft. Ich danke Ihnen auch dafür für Ihre finanztechnischen Beratungen und für Ihre fachkundigen Ratschläge. Zum vorliegenden Budget des Jahres 1981, das ja allgemein und ist ja bereits mehrmals heute zum Ausdruck gekommen, als Sparbudget zu bezeichnen ist, sehe ich mich doch veranlaßt, einige grundsätzliche Überlegungen zur gesamten Budgetentwicklung Ihnen zu unterbreiten. Und nachdem Budgets jeweils mit Zahlen in Zusammenhang zu bringen sind, muß ich logischer Weise die auch nennen und ich hoffe, daß ich Sie damit nicht zu sehr ermüden werde. Wenn man als erstes die Entwicklung des Voranschlagsvolumens aus den letzten Jahren sich vergegenwärtigt, so ersieht man z. B. daraus, daß im Rechnungsabschluß 1979 - und hier gestatte ich mir, nur jeweils runde Beträge zu nennen - ein insgesamt in beiden Haushalten ausgewiesener Voranschlag von rund 530 Millionen Schilling vorlag. Laut Voranschlag 1980 waren dies rund 461 Millionen, der Nachtragsvoranschlag vor kurzem hier beschlossen, beinhaltet bereits 510 Millionen. Während der heute zur Beschlußfassung heranstehende Voranschlag 1981 einen Gesamtausgabenrahmen von rund 485 Millionen ausmacht. Dies ergibt zwar anscheinend eine deutliche Konsolidierung des Stadthaushaltes, aber die Entwicklung 1980 spricht eigentlich deutlich eine andere Sprache. 1980 war der Unterschied zwischen Voranschlag und Nachtragsvoranschlag rund 48 Millionen, das sind ca. 10 % Differenz zum Voranschlag. Wir wissen, daß das Jubiläumsjahr 1980 logischer Weise diesen zu Ende gehenden Haushalts über Gebühr strapaziert hat, daß logischer Weise dadurch bedingt natürlich nicht alle Positionen vorhersehbar waren. Meine Fraktion hat für diesen - ich müßte fast sagen Ausnahmefall, ein klares Verständnis dafür dargelegt. Es wird aber für die Zukunft der Stadt von fundamentaler Bedeutung sein, ob es gelingt, den ordentlichen Haushalt im Rechnungsjahr 1981 zu stabilisieren. Wenn man sich nämlich die Entwicklung unserer Verschuldung vor Augen hält, so steigen damit leise Bedenken auf. Wir haben zum 1. 1. 1979 einen Schuldenstand von rund 199 Millionen gehabt. Am 31. 12. 1979 264,6 Millionen Schulden, das war nach dem Nachtragsvoranschlag. Im Voranschlag waren es nur rund 252 Millionen. Am Jahresende dieses Jahres weisen wir einen Schuldenstand von rund 303 Millionen auf. Das bedeutet, meine sehr geehrten Damen und Herren, daß die Pro-Kopf-Verschuldung in Steyr auf ca. 7.300,-- angewachsen ist. Es ist dies eine besorgniserregende Geschwindigkeit der Zunahme, wenngleich auch noch innerhalb des Volumens des ordentlichen Haushaltes gelegen. Schulden sind natürlich auch zurückzahlbar. Es ist auch notwendig, sich über den Schuldendienst einige Gedanken zu machen. Für dieses Rechnungsjahr auf 1981 laut Voranschlag bezogen, wird die Tilgung unserer Schulden rund 9,3 Millionen ausmachen, während der Zinsendienst 28 Millionen beträgt, wir mit also rund 37 Millionen im Schuldendienst uns befinden werden. Ich mache aber darauf aufmerksam, daß der Schuldendienst das Budget immer stärker wird belasten, wobei zur Zeit der Zinsendienst deutlich überwiegt und dominiert. Es ist dies derzeit ungefähr das dreifache der Tilgung. Sicherlich wird in den nächsten Jahren der Tilgungsanteil zunehmen, was allerdings aufgrund der bisherigen Zinsentwicklung nicht ganz prognostizierbar ist. Bedenken Sie, unter welchen Aspekten man Darlehen aufnehmen muß. Wenn man nun weiters die Entwicklung der Mittelzufuhr vom ordentlichen in den außerordentlichen Haushalt sich vergegenwärtigt, so darf ich vielleicht hinweisen, daß dies im Jahre 1973 rund 35 Millionen, 1979 2,7 Millionen, 1980 nur 9,6 Millionen laut Nachtragsvoranschlag waren und man für 1981 rund 22 Millionen dafür vorgesehen hat. Aus meiner und aus der Sicht meiner Fraktion erscheint aufgrund der bisherigen

Gegebenheiten und Entwicklungen, dieser Ansatz als nicht sehr realistisch bezeichnerbar zu sein. Wenn Sie nämlich auch den ordentlichen Haushalt einen Vergleich unterziehen, so wird man feststellen, daß der Voranschlag 1980 369 Millionen, der Nachtragsvoranschlag 398, allerdings der für 1981 409 Millionen Schilling aufweist, wenn man aber gleichzeitig bedenkt, daß das Jahr 1980 ja unser Jubiläumsjahr wird oder war. Damit in Zusammenhang steht natürlich immer wieder die Frage im Raum, die man heute wird kaum beantworten können, wie weit sich überhaupt die wirtschaftliche Entwicklung, wie weit sich die finanzmäßige Entwicklung, nicht in unserer Stadt alleine, wir sind aber abhängig, sondern auf bundesweitem Gebiete wird entwickeln können. Die Zeichen dafür stehen nicht sehr gut. Das wissen wir alle miteinander. Wir hoffen aber, daß man durch ein gemeinsames Bemühen innerhalb unserer Stadt noch jene Ausgleiche wird schaffen können, die letztlich unserer Verantwortung unterliegen. Aus dieser Sicht heraus darf ich auch gleich festhalten, daß das "Ja" der ÖVP zum 20%igen Kreditsperrenantrag für Ermessensausgaben gegeben wird. Das "Ja" aus der zwingenden Notwendigkeit heraus. Damit aber dokumentiere ich namens meiner Fraktion die Forderung, daß diese Kreditsperre dem Grundsatzbeschluß entsprechend auch eingehalten wird und nicht wieder wie im ablaufenden Rechnungsjahr geschehen, bei einem SP-Verein aus fadenscheinigen, eben rein parteipolitischen Gründen, ignorieren. Ich freue mich aber insbesondere, daß mein Vorredner, der Fraktionsführer der sozialistischen Partei hier im Gemeinderat, erklärt hat, daß sie die Mehrheit ja nicht einsetzen wollen. Ich habe das sehr gerne gehört und ich werde mich umso mehr freuen, wenn auch tatsächlich davon immer Gebrauch gemacht wird. Für die Entwicklung der Einnahmen unserer Stadt dürfte einiges interessant sein. Wir sind ja doch auf Einnahmen in verschiedener Hinsicht, das wissen wir alle miteinander, angewiesen. Die Finanzkraft der Stadt Steyr ist zum Beispiel auch abhängig vom Zuteilungsschlüssel, der sich wiederum an der Einwohnerzahl mißt. Es wird also für uns von eminenter Bedeutung sein, das Ergebnis der Volkszählung kommenden Jahres abzuwarten. Wobei wir sicherlich nicht die ominöse Zahl 50.000 werden erreichen können, um höhere Mittel aus dem Bundesertragsanteil zu bekommen. Wesentlich ist für uns, glaube ich aus unserer Sicht und aus unserer aller Sicht, daß die Zahl 40.000, die auch als Kriterium zu bezeichnen ist, nicht unterschritten wird. Das heißt also, man hat die Abwanderung aus der Stadt durch gezielte Maßnahmen auch zur Steigerung der Wohnzufriedenheit gesehen hintanzuhalten. Ich darf mich später auf diese paar Worte nocheinmal berufen. Es ist aber nicht nur abhängig, die Finanzkraft unserer Stadt Steyr von der Einwohnerzahl, sondern auch von seiten der in unserer Stadt etablierten Gewerbebetriebe. Typisch war, darf ich ruhig sagen, laut Nachtragsvoranschlag die Mindereinnahmen aus der Gewerbesteuer. Es freut mich, daß der Herr Finanzreferent in seinem Budgetbeitrag gesprochen hat, daß eine Gleichziehung ca. gegeben war durch eine vermutete zusätzliche Einzahlung. Das bedeutet aber gleichzeitig, meine Damen und Herren, daß aus der Sicht der Gewerbesteuer es eigentlich als Spiegelbild für die Ertragssituation der Stadt nicht sehr rosig erscheint, wenn man erst unerwartet von Nachzahlungen hier in Steyr angesiedelter Unternehmungen etwas erfährt. Denn es widerspiegelt sicherlich auch der finanzielle Allgemeinzustand der Stadt sich in den Bereichen des Gewerbes. Welche Maßnahmen nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, wären aus unserer Sicht setzbar und ergreifbar, um dem Gewerbe, damit der Wirtschaft entsprechende Förderung ange-deihen zu lassen. Wir stehen auf dem Standpunkt, daß die Stadt zuerst durch eine gezielte Förderung einen Anreiz schaffen muß, für zusätzliche Gewerbeansiedlung, einen gezielten Anreiz schaffen muß für bereits bestehende Betriebe, um zu investieren, denn dann auf dem Rückflußwege wird es sicherlich möglich sein, aus konsolidierten Betrieben entsprechende Mehreinnahmen zu erzielen. Wenn ich Ihnen ein paar Beiträge, meine sehr geehrten Damen und Herren, liefere, die derzeit auf eine scheinbare Ausgabe hinzielen, so mögen Sie bitte unter dem Gesichtspunkt gesehen werden, daß Vorschläge nicht im Widerspruch

zum Spargedanken stehen, sondern daß die Vorschläge dahingehend zu sehen sind, daß man bekanntlich zuerst investieren muß, um später ernten zu können. Zum Beispiel wurden doch durch mehrere Investitionsförderungen im Jahre 1930 in der Wirtschaft auch Investitionen möglich, die in den kommenden Jahren unserer Gemeinde finanzielle Früchte bringen werden. Sei es jetzt auch in Form von verschiedenen erhöhten Einnahmen auch von unserem Fremdenverkehrsbereich. Allerdings, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß und darf man eines nicht übersehen. Neben unserem, am meisten geförderten Betrieb, dem BMW-Steyr-Motorenwerk, erwähne ich gleich dazu, daß ich mich voll zu dieser Förderung hier beschlossenen bekenne, daß sie gezielt und sicherlich auch richtig eingesetzt wurde. Wir dürfen aber auch keinesfalls vergessen auf unsere Klein- bzw. Mittelbetriebe im Erzeugungs- oder Dienstleistungsgewerbe. Denn gerade diese Kleinbetriebe und Kleingewerbe mit ihren Mitarbeitern und Beschäftigten, die auch in schwierigen Situationen durch ihre Anpassungsfähigkeit fertig geworden sind, bildet sich der Kern unserer Gesellschaft und trägt zu einer Lebensqualität eines freien und selbständigen Menschen und eines Unternehmers bei. Diesen Betrieben, diesen Unternehmungen müßte man in vielerlei Hinsicht entgegenkommen. Zum Beispiel auch durch eine gerechte Gebührenbelastung. Ich ziele da insbesondere hin auf die Einhebung des Kanalanschlußbeitrages für Werkstätten, für Lagerhallen, für Regenwasserabfuhr usw. Die Anschlußbeiträge sind in Steyr doppelt so hoch wie in den vergleichbaren Städten Wels bzw. Linz. Ich darf dazufügen, daß Linz pro Quadratmeter verbauter Fläche S 48,60 und Wels S 45,-- einhebt, wir aber auf der Basis von S 100,-- Kanalanschlußgebühr uns bewegen. Es dreht sich auch noch weiters darum, warum ich das sage, darf ich anschließend gleich noch hinzufügen, genauso wie in anderen Städten und Gemeinden Oberösterreichs auch wegen der Erhaltung des Grundwasserspiegels, die Versickerung des Dachwassers zu genehmigen. Sie verursacht keinerlei Verunreinigung. Es würden sich dadurch die Kosten der Betriebe für diese Regen- und Sickerwässer sicherlich reduzieren. Die Anpassung der Anschlußgebühren an vergleichbare Städte wäre, meine sehr geehrten Damen und Herren, kein Geschenk an die Wirtschaft, kein Geschenk an die Unternehmen sondern lediglich eine gerechte Maßnahme in Bezug auf Leistung und Gegenleistung. Durch eine Änderung auch dieser Gebührenverordnung wäre es sicherlich auch möglich, eine weitere Abwanderung von Betrieben in Nachbargemeinden, die günstigere Tarife neben meist billigen Grundkosten bieten, zu verhindern. Aber auch gleichzeitig ist dadurch die Möglichkeit gegeben, auch dort oder da für Betriebsansiedlungen neuer Art Rechnung tragen zu wollen. Ich möchte aber auch noch auf etwas anderes hinweisen. Ich habe vorhin gesprochen, daß nicht nur gewerbepolitische Maßnahmen sondern auch wohnpolitische Maßnahmen derzeit unseren Bevölkerungsstand, ich möchte nicht sagen dezimieren aber ziemlich stagnieren lassen, es ist das Abwandern in Umlandgemeinden. Es dreht sich doch auch darum, daß wir infolge hoher Darlehensaufnahmen, infolge des dafür verbundenen hohen Zinsendienstes finanziell uns gewisse Schwierigkeiten bereiten. Es gäbe eine Möglichkeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, Geld wiederum zurückfließen zu lassen. Dann, wenn man Mietwohnungen, die sich im Eigentum der GWG befinden, an Bewerber für Eigentumswohnungen verkauft. Damit könnten von seiten der GWG wiederum an die Gemeinde Darlehen rechtzeitig zur Zurückzahlung gebracht werden. Die GWG selbst würde aber auch mehr Mittel für neuen Wohnbau zur Verfügung stellen. Es besteht aber auch weiters die Möglichkeit und ich freue mich insbesondere, daß sich auch der Fraktionssprecher der SPÖ dafür bekannt hat, überhaupt doch einzuplanen, ob es nicht möglich wäre, vom Statut ist es bereits seit Jahren, dem Bau von Eigentumswohnungen vorwiegend in unserem Siedlungsgebiet im Resthof mehr Augenmerk zu schenken. Ich glaube nicht, daß die Tatsache so stimmt wie sie dargestellt wurde, daß kaum Interesse an Eigentumswohnungen besteht. Ich glaube viel mehr, daß man bis dato

noch nicht versucht, echt versucht hat, die Eigentumswohnungswilligen zu erheben. Ich würde aber auch weiters dafür plädieren und es ist zum Ausdruck gebracht worden durch den Fraktionssprecher der SPÖ, daß die Förderung des Eigenheimbaues ein Hauptanliegen von uns allen sein muß. Das sind Maßnahmen, meine Damen und Herren, um erstens unseren Bevölkerungsstand zumindest gleich zu halten oder vielleicht sogar ein bißchen hinaufzuschrauben, das sind Maßnahmen, die uns auf dem verkehrspolitischen Sektor nur entgegenkommen, denn Menschen, die in Steyr arbeiten und in Steyr ansässig sind, werden sicherlich nicht unsere Verkehrsadern durch Einpendeln zusätzlich belasten. Eine weitere Maßnahme, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist sicherlich auch im Zusammenhang zu sehen mit der Entwicklung unseres Fremdenverkehrs. Die 1000-Jahr-Feier unserer Stadt, die uns alle miteinander einte, hat ja das große Interesse nicht nur der Bürger unserer Stadt sondern vorwiegend der zu unseren Feiern Hinzukommenden aus dem nahen aber auch aus dem fernen Lande bewiesen. Dem gesamten Geschehen ist die Hotellerie, ist die Gastronomie, eben unsere Beherbergungsbetriebe sicherlich zu Recht entgegengekommen und mit kleinen Fehlern dort oder da behaftet auch tatsächlich gerecht geworden. Wir haben auch mit unserer Hilfe durch eine gezielte Wirtschaftsförderung auf diesem Sektor verschiedene Betriebe veranlassen können, auszubauen. Wir können darauf stolz sein, daß das 1000-Jahr-Feiern so gut abgeführt wurde. Aber eines, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist unbedingt von Nöten. Nur der historische Teil unsrer Stadt als Hauptanziehungspunkt, vorwiegend auch unser Schloß, wird die Gäste nicht mehr von sich aus alleine herbringen. Wir haben nachzustoßen nicht nur im umliegenden Bereich sondern wir haben nachzustoßen in allen jenen Ländern, und da kann man ruhig sagen fast in ganz Europa, wo die Besucher zu uns gekommen sind, um sie zum Wiederkommen zu bewegen, denn bedenken Sie auch, daß gerade die Einnahmen aus den Fremdenverkehr auch zusätzliche Einnahmen für uns in der Stadt bedeuten. Das Nachstoßen, meine sehr geehrten Damen und Herren, muß durch eine gezielte, durch eine großräumige, nicht durch eine Kleinwerbung betrieben werden. Wobei sicherlich die Werbung Geld kostet, das in späterer Folge, wenn die Werbung gezielt eingesetzt wird, wiederum zurückfließt. Wir haben aber noch einen Hauptattraktionspunkt für den Fremdenverkehr in unserer Stadt. Es ist dies die Steyrtalbahn. Alle, meine sehr geehrten Damen und Herren, die sich mit diesem Problem befassen, sind der Meinung, daß sie erhalten werden muß. Für uns als Stadt weniger als wirtschaftlicher Faktor aber als ein mitbestimmender Faktor im Fremdenverkehr. Zur Erhaltung der Steyrtalbahn, liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, haben sich alle Bürgermeister der Steyrtalgemeinden bekannt, genau so das Land Oberösterreich tritt für deren Erhaltung ein. Es ist auch, glaube ich, einmal von Nöten, daß die Stadt Steyr eine klare Stellungnahme zur Angelegenheit Steyrtalbahn bezieht. Es ist dies unumgänglich von Nöten, deswegen auch, weil wir uns wohl äußern müssen, wie weit uns deren Erhaltung, vorwiegend als Fremdenverkehrsattraktion, am Herzen liegt oder ob wir mehr oder minder diesbezüglich Vogel-Strauß-Politik betrieben.

Ich weiß schon, und damit ziele ich zu einem anderen Beitrag hin, daß die Steyrtalbahn, deren Trassenführung im Zusammenhang steht mit dem Abstieg Teufelsbach. Mit der Schließung des innerstädtischen Verkehrsrings, den wir alle miteinander fordern, der ja budgetmäßig bereits in Mitteln ausgedrückt, eingeplant ist. Es kann aber nicht unbedingt die einzige Aufgabe unserer Stadt sein, in diesem kleinen Bereich selbstsüchtig zu denken, sondern man muß damit im Zusammenhang sicherlich auch sehen, wie weit überhaupt eine Trassenführung ohne Behinderung, ohne Einstellen der Steyrtalbahn wird notwendig sein. Der innerstädtische Verkehrsring und seine Schließung ist eine langjährige Forderung aller hier im Gemeinderat vertretenen Parteien, hat damit im Zusammenhang mit den finanziellen Möglichkeiten sicherlich zu stellen, auch deswegen, weil jeder Meter Straße dort von uns alleine wird zu finanzieren sein. Ich bin nun froh darüber, daß wir in der

Informationssitzung nächsten Jahres darüber beraten und befinden werden. Wenn ich aber nun, meine sehr geehrten Damen und Herren, beim Verkehr bin, darf ich doch einige Worte zu einem verkehrsmäßig gesehenen sehr aktuellen Thema verlieren. Es ist dies die Angelegenheit Blümelhuberberg. Der Kollege Kinzelhofer hat es ja bereits leise vor sich gesagt, er errät also meine Gedanken. Es ist aber mithin für mich ein Beweis, daß wir uns alle miteinander mit dieser Problematik zu beschäftigen haben. Daß dort Abhilfe geschaffen werden muß, meine sehr geehrten Damen und Herren und liebe Kolleginnen und Kollegen des Gemeinderates, bedenken Sie bitte, daß seit der Aufbringung dieses Belages 14 Unfälle sich ereignet haben, wobei ein tödlicher Ausgang vor kurzem vor einigen Tagen zu verzeichnen war. Das kann man, glaube ich, nicht mehr damit abtun, daß es am Fehlverhalten des Kraftfahrers liegt, das kann man nicht damit abtun, daß früher dort auch Unfälle passiert sind. Es stimmt, aber wesentlich weniger als wie in der letzten Zeit durch die Aufbringung dieses Belages. Derzeitige Maßnahmen wie Gefahrenschilder, wie Geschwindigkeitsbeschränkungen, bedeuten zwar eine scheinbare Hilfe aber keinesfalls keine endgültige Abhilfe. Daß dort etwas geschehen muß, daß alle verantwortlichen Stellen dafür so schnell wie nur möglich interessiert werden müssen, glaube ich, ist unsere gemeinsame Vorstellung. Und ich gehe gar so weit in meinen Forderungen, daß ich sagen muß, daß die Sicherheit Vorrang hat vor finanziellen oder vor Garantieüberlegungen. Es würde jeder Bürger unserer Stadt, jeder Besucher unserer Stadt, kein Verständnis dafür haben wenn wir uns auf verschiedene technische Gegebenheiten ausreden und nichts in die Wege leiten würden. Denn diese Stelle innerhalb unseres Verkehrsgeschehens ist derzeit die unfallträchtigste Stelle. Und es sind routinierte Fahrer, denen es passiert. Ich sage es ja offen, wenn man von dem letzten Fahrer, dem Holländer, behauptet und sicherlich auch beweist, daß er mit 60 kmh gefahren ist, daß die Bremse seines Anhängers nicht in Ordnung war, so darf ich das sicherlich nicht als einzig ausschlaggebendes Unfallmotiv sehen. Es kann nur mit Ursache gewesen sein aber keinesfalls die Hauptsache, denn es ist ja auch anderen, deren Fahrzeuge, deren technische Einrichtung in Ordnung waren, genau so passiert. Ich bitte Sie also darum, darüber und insbesondere dem Verkehrsreferenten, Kollegen Wippersberger, Sie mit dieser Materie, ich weiß, daß sie es tut, noch intensiv zu beschäftigen. Es wäre nun verlockend, meine Damen und Herren, über Verkehrsprobleme in unserer Stadt sich lange zu unterhalten und auseinanderzusetzen. Wir haben ein Sparbudget beschlossen und im Interesse des Sparbudgets ist ja auch eine Rednerzahl und eine Rednerzeit sparend beschlossen worden, daher darf ich Ihnen Streifzüge doch zum Ausdruck bringen. Negativ ist sicherlich - und verzeihen Sie es mir, daß ich es tue, zu vermerken betreffend die Fußgängerunterführung am Ennsknoten - daß für die Fußgängerunterführung Blümelhuberstraße 1930 i 1/2 Millionen eingeplant waren und kein Baubeginn erfolgte, für 1981 nur S 500.000,-- diesbezüglich zur Verfügung stehen. Die Sanierung des Wieserfeldplatzes läßt auch zu wünschen übrig. Ein weiteres Problem wäre sicherlich, meine Damen und Herren, immer wieder - ich darf es Ihnen im Detail ersparen, vorzutragen, die Sanierung verschiedener Straßenzüge - die entsprechende Asphaltierung verschiedener Straßenzüge. Ich darf Ihnen weiters ein Problem doch auch unser aller Interesse bekunden mit ans Herz legen. Es ist dies die derzeitige Regelung am Stadtplatz und vorwiegend die Angelegenheit der Parkverbote im Bereiche des Hotels Mader und der Tabak-Hauptfabrik in Zusammenhang stehen. Die Probezeit ist schon längst abgelaufen, die einmal darüber befunden wurde. Einen kleinen Teil hat man abgeändert. Es ist dies der Teil im Bereiche der Sparkasse. Ich glaube, daß es auch notwendig wäre, wohlwollend zu prüfen, ob es nicht doch denkbar und durchführbar wäre, von Seiten des Verkehrsausschusses vorberatend, dort oder da in diesem von mir angezogenen Bereich auch die Abänderung herbeizuführen. Es würden dies Ihnen sehr sehr viele danken. Eine

Überlegung wäre es sicherlich wert und da bin ich vielleicht sehr ketzerisch. Sie alle wissen, daß die Parkplätze im innerstädtischen Bereich zwar dem Papier nach als genügend zu bezeichnen sind, nur die einen werden angenommen und die anderen nicht. Als Beweis zum Beispiel nur da drüben auf unserem sogenannten Hotelbaugrund. Es ist aber in dem Zusammenhang und da beziehe ich mich auf das Wort ketzerisch, doch auch wert zu überlegen, ob nicht jener Parkplatz, der im Bereiche Preuenhueberstraße - Konvikt Vogelsang geschaffen wurde, vielleicht - ich glaube, man müßte Vorverhandlungen darüber diesbezüglich pflegen, - als Dauerparkplatz erhalten werden könnte. Er ist während der Ausstellungszeit nicht angenommen worden aus den Gründen, weil er sich als bezahlter Parkplatz ausgewiesen hat. Daß er aber für diesen Bereich innerstädtisch gesehen Parkplätze vonnöten wäre, ist sicherlich auch verzeihenbar und ich glaube auch, daß die Sicht zum Schloß Vogelsang durch diese asphaltierten ehemaligen Grünstreifen nicht weiß Gott wie beeinträchtigt werden würde und daß auch eine Lösung sich diesbezüglich abzeichnen könnte. Es wäre für mich sicherlich sehr erfreulich und verlockend, auf diese ganze Problematik, wie es dazu gekommen ist in früherer Zeit, nochmals hinzuweisen. Ich möchte heute nichts mehr aufrühren. Ich möchte nicht **Wunden** aufreißen oder **Gräben reißen**. Aber einer Überlegung im Interesse einer gedeihlichen Verkehrsentwicklung auch im ruhenden Verkehr wäre es sicherlich wert. Wenn ich nun etwas sprunghaft zu etwas Stellung beziehen darf, so tue ich das aus der Sicht heraus, daß ich glaube, auch aus unserer Fraktionsauffassung etwas zum Ausdruck bringen zu müssen. Es ist dies die Angelegenheit Wehrgraben. Meine sehr geehrten Damen und Herren, es besteht ein einstimmiger Beschluß dieses Gemeinderates aus dem Jahre 1972, der voll aufrecht ist. Der Inhalt dieses Beschlusses ist Ihnen ja bekannt. Allerdings denkt kein Ernstzunehmender mehr an eine beschlußmäßige vollständige Realisierung dieses damaligen Antrages. Gesetzmäßig gesehen, ist es sicherlich notwendig gewesen, die wasserrechtliche Genehmigung der damit in Zusammenhang stehenden Maßnahmen auf weitere fünf Jahre auszuweiten. Es wäre also verlockend, zu sagen, wenn keiner von uns hier herinnen im Gemeinderat, wer daran denkt, den Beschluß zu vollziehen, dann heben wir den Beschluß einfach auf und tun so, als ob er nicht gefaßt worden wäre. Ich habe auch diese Überlegungen mit meinen Freunden durch-exerziert, sind allerdings dann zur Erkenntnis aufgrund verschiedenster Informationen gekommen, daß die formelle Aufhebung dieses Beschlusses finanzielle Nachteile für unsere Stadt in einem eminenten Größenausmaß erbringen würde, daß alle Rechtsfragen, die damit im Zusammenhang stehen, neu aufgerollt werden müssen. Daher also existiert der Beschluß zumindest am Papier. Aber wesentlich erscheint uns, daß die Stadt Steyr und das sind ja letztlich wir selbst, über die entsprechenden Planungsvorhaben sich schlüssig wird, sich bald schlüssig wird, daß sie aber auch für einen breiten Konsens für die interessierte Bevölkerung bereit ist, zu schaffen. Ein Anstoß und ein Anlaß, ich möchte es sicherlich nicht sagen, der endgültige Zeitpunkt wird die Informationssitzung am 22. Jänner 1981 dafür sein. Jedoch - und da glaube ich, sind wir uns alle einig - kann die Gemeinde nur die grundsätzlichen Planungen beschließen, keinesfalls aber mit ihren Mitteln eine langfristige Revitalisierung - so wie gefordert - zur Gänze finanzieren. Beihilfen, Subventionen im Rahmen aller gesetzlichen Möglichkeiten können gegeben werden, aber es ist auch Angelegenheit der Hauseigentümer, der Grundeigentümer aber insbesondere der Steyr-Merke, ihr ideelles und ihr finanzielles Interesse an der Wiederbelebung des Wehrgrabens zu bekunden. Für eine großzügige und für eine weitreichende Lösung sind alle positiv und realistisch eingestellten Kräfte eingeladen mitzuwirken. Die ÖVP bekennt sich zum Wehrgraben und seiner Erhaltung im Rahmen des Möglichen, kann sich aber jedoch mit einer geäußerten utopischen Forderung, das alles die öffentliche Hand zu finanzieren hätte,

nicht identifizieren. Ein kleiner Beitrag zur Erhaltung des Gerinnes im oberen Bereich wurde von der ÖVP vor längerer Zeit bereits geleistet. Wir haben uns an den Generaldirektor der OKA, Dr. Erwin Wenzl, gewandt, ob es möglich wäre, im Rahmen der OKA dort Kleinkraftwerke entweder zu errichten oder aber wieder in Betrieb zu nehmen. Es ist dies geschehen im Mai dieses Jahres. Die Untersuchung hat ergeben, daß zwei Kleinkraftwerke dort zu errichten sind. Es ist dies ein Beitrag einerseits zur Energiegewinnung zusätzlicher Art andererseits aber auch ein Beitrag für die Erhaltung des Gerinnes. Daß der Streit vielleicht aufbrechen könnte zwischen den zwei Energieträgern OKA oder EKW glaube ich nicht unbedingt, nachdem die Ennskraftwerke dort ihr Desinteresse bekundet haben. Wie weit das natürlich mit den Absichten der Ennskraftwerken im Bereiche der Steyr als Oberlieger in Verbindung zu bringen ist, entzieht sich meiner Kenntnis. Ich glaube aber, daß die Notwendigkeit, dort Energie zusätzlich zu gewinnen, verzeihenbar ist. Eines drängt aber auch, meine Damen und Herren, das ist die Kanalisation im Mehrgraben. Wir haben uns ja alle miteinander überzeugen können, wie "Schön" es zu diesem Zeitpunkt der Trockenlegung des Gerinnes ausgesehen hat. Es ist damit im Zusammenhang ein weiterer forcierter Ausbau des Kanalnetzes zu erledigen. Es ist aber auch gleichzeitig, und hier komme ich auf etwas noch zu sprechen, der rasche Bau unserer Großkläranlage von Nöten. Es wäre ein Schildbürgerstreich ersten Ranges, Kanalstränge zu bauen, so wie es derzeit geschieht, aber die Kläranlage, die sicherlich als Verbandskläranlage erscheint, noch lange nicht in Betrieb gehen zu lassen. Und hier sage ich ein sehr offenes Wort. Derzeit, meine sehr geehrten Damen und Herren, fließen und rinnen alle unsere Abwässer der Stadt und auch die der oberliegenden Gemeinden ungeklärt in unsere Flüsse. Deren biologische Belastungsgrenze und der Wasser in ihnen ist erreicht. Es ist das nicht unsere Schuld, das gebe ich ohne weiteres zu, aber nicht unbedingt zum Vorteil unserer Stadt gereicht, die Flüsse, so wie sie vor Jahrhunderten es ausreichend tun konnten, heute noch als Abwasserabfuhr und alles was damit im Zusammenhang steht, zu gebrauchen. Damit im Zusammenhang, glaube ich, ist es auch von Nöten, nämlich auch etwas dagegen zu tun, daß immer wieder Ölverschmutzungen größten Ausmaßes in unsere Flüsse gelangen. Es ist und muß möglich sein, bei einem gezielten Einsatz, bei einer gezielten Kontrolle, den Verursacher zu finden und den Verursacher zumindest zu einer Schadenersatzgutmachung heranzuziehen. Wenn er schon nicht in der Lage ist, aus rein umweltfreundlichen Überlegungen heraus, von diesen seinen Tätigkeiten Abstand zu nehmen, so ist er eben aufgrund legislativen Maßnahmen zur Einsicht zu bekehren. Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich könnte sicherlich über einzelne Budgetkapitel, über einzelne Positionen in unserem Budget des langen und des breiten auslassen. Ich glaube, es ist aber nicht im Sinne der gemeinsamen Überlegungen, heute das Budget zu zerreden. Es gäbe für jede Ansatzpost ein Für und es gäbe ein Wider. Meine grundsätzlichen Überlegungen zu budgetären Problemen aber auch darüber hinausreichend, ohne auf Details einzugehen, waren doch geprägt davon. Weder für den einen oder den anderen Ansatzposten Vaterschaftsprozesse anzustrengen, waren auch bestrebt davon, das Gemeinsame, damit kann ich ruhig sagen das Zukunftsentwickelnde, in unseren Gedanken im Bezug auf unsere Stadt zu dokumentieren. Nachdem sich der Voranschlag in den meisten Grundzügen mit den Vorstellungen der ÖVP deckt, einzelne Positionen werden sicherlich zur gegebenen Zeit, nämlich bei der Beschlußfassung, kritisiert und auch vielleicht sogar nicht gut geheißen werden, aber gleichzeitig die positiven Aspekte des Präliminars stark überwiegen, auch dank der Konsensbereitschaft des Finanzreferenten, sehen wir uns in dem Falle, kann ich sagen, gerne veranlaßt, im Interesse



unserer Stadt und im Hinblick auf eine gedeihliche Zusammenarbeit aller politischen Kräfte hier im Gemeinderat, dem Voranschlag 1981 die Zustimmung zu geben. Möge durch unser gemeinsames Streben und Denken unser Steyr wiederum ein Stück liebens- aber auch lebenswerter. Und nachdem heute die letzte Arbeitssitzung dieses Jahres hier ist, erlauben Sie mir, daß ich auch Ihnen allen, meine sehr geehrten Damen und Herren des Gemeinderates, kooperativ eingeschlossen Ihren Familienangehörigen, ein frohes, ein besinnliches Weihnachtsfest wünsche, ein paar Tage fern von jeder Hektik. Ich darf Ihnen aber auch für das Jahr 1981 all das wünschen, was man sich persönlich denkt, in erster Linie Arbeits-, Schaffenskraft, Freude an der Arbeit und Gesundheit. Ich bitte aber auch, diese Wünsche von meiner Fraktion und auch von mir persönlich an alle Angestellten, an alle Bediensteten des Hauses zum Ausdruck zu bringen und zu übermitteln und ich bitte aber auch die Herren der Presse in die Wünsche sich eingeschlossen zu sehen. Möge das Jahr 1981 uns allen miteinander etwas bringen, das wir uns alle miteinander im Interesse der Stadt wünschen. Dankeschön.

Applaus!

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke. Für den nächsten Beitrag hat sich gemeldet Herr Gemeinderat Mausz.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Sehr geehrte Damen und Herren des Gemeinderates!

Erstmals ist es mir gestattet, zu einem Budget Stellung zu nehmen, zum Voranschlag 1981 seitens der Freiheitlichen Gemeinderatsfraktion Stellung zu beziehen.

Wie ich aus den Protokollen der Vorjahre ersehen habe, hat sich der Gemeinderat der Stadt Steyr in den letzten Jahren - mit einer Ausnahme - durch Einstimmigkeit und Kompromißbereitschaft dann ausgezeichnet, wenn es um die Abstimmung über den Voranschlag ging.

Obwohl nur ein kleiner Teil unserer schriftlich an den Finanzreferenten geäußerten Vorschläge erfüllt wurde, sind wir bereit, diesem Voranschlag, der einen Ausgaben-Gesamtrahmen von rund 485 Millionen Schilling aufweist und der - was den außerordentlichen Haushalt betrifft - mit 19,3 Millionen, d. s. 4 %, ungedeckt ist, zuzustimmen.

Das Budget 1981 tritt uns mit einer gewissen Sparsamkeit entgegen, die der Herr Finanzreferent zwar beim Budget 1980 bereits ankündigte, die aber nicht eingehalten wurde.

Das beweist der kürzlich beschlossene Nachtragsvoranschlag, der mit 510 Millionen Schilling um fast 50 Millionen gegenüber dem Beschluß des Vorjahres überschritten wurde.

1979 und zuvor hat man demnach mit vollen Händen unter die Wähler gestreut. Sicherlich ist Bemerkenswertes geleistet worden, aber auch die Schulden der Stadt haben die Grenze von 300 Millionen überschritten. Jetzt soll man den Gürtel wieder enger schnallen, denn der Wähler hat seine Schuldigkeit getan und der Herr Bürgermeister denkt - laut Zeitungsberichten - an ruhigere Zeiten.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER WEISS:

Schicken Sie mich schon in Pension?

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Das haben Sie ja selbst angekündigt, Herr Bürgermeister.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:  
Deswegen müssen sie nicht ruhiger sein.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Für 1980 wurden laut Nachtragsvoranschlag 510 Millionen Ausgaben beschlossen; heute sollen wir für 1981 ein Gesamtbudget von nur 485,3 Millionen beschließen, wobei auffällig ist, daß der außerordentliche Haushalt mit 75,6 Millionen Ausgaben eine niedrige Summe wie selten zuvor erreicht. Außerordentliche Projekte und damit eine echte urbane Wirtschaftsförderung werden sohin natürlich reduziert.

Diesmal soll sich die Hoffnung erfüllen, daß wir diesen heute zu beschließenden Abgang im außerordentlichen Haushalt von nahezu 20 Millionen doch durch vermehrte Zuführungsmitteln aus dem ordentlichen Haushalt ausfinanzieren werden können. Denn eine zusätzliche Darlehensaufnahme - 20 Millionen sind präliminiert - würde die in den letzten Jahren ohnehin vehement angestiegene Schuldenlast von derzeit 303,5 Millionen Schilling noch weiter erhöhen - und das wäre mit mehr "als nur Bedenken" zu registrieren. Denn erstens ist die Pro-Kopf-Verschuldung der Stadt mit 31. 12. 1980 bereits auf 7.479,-- Schilling angestiegen und ist damit fast 3mal so hoch wie vor 4 Jahren- und zweitens reicht die veranschlagte Darlehensaufnahme von 20 Millionen bei weitem nicht mehr aus, um die zu bezahlenden Zinsen von 28 Millionen Schilling und die Tilgung von 9,3 Millionen Schilling, zusammen also 37,3 Millionen, zu bezahlen. Bei einer solchen Relation müssen wir ernste Bedenken anmelden und zum Sparen appellieren. Im Vorjahr betrug der Schuldendienst 26,2 Millionen, heuer wie gesagt um 11 Millionen mehr.

Das war auch unser Motiv, um unsere Forderungen an dieses Budget nicht zu hoch zu schrauben. Außerdem finden unsere Vorstellungen eine Bedeckung in Form von Einsparungsvorschlägen bei den Repräsentationsausgaben und bei den Verfügungsmitteln, die für 1980 bereits eine unerfreuliche Voranschlagshöhe von 1,620.000,-- erreichten. Doch diese Ausgabenhöhe wird - so lesen wir das diesem Voranschlag ab - nun für 1981 auf S 855.000,-- reduziert (da sind Repräsentation und Verfügungsmittel eingeschlossen).

Auch dieser Betrag ist uns, angesichts des Auslaufens der 1000-Jahr-Feier zu hoch angesetzt. Hier könnte man noch sparen. Erfreulich hingegen ist die Verankerung unserer Forderung im Budget, für Rad- und Wanderwege im Jahr 1981 S 400.000,-- statt S 200.000,-- unter besonderer Anordnungsbeschränkung bereitzuhalten, wobei wir uns die Hälfte dieses Betrages für die Anlegung von Radwegen vorstellen. Auch die von uns geforderte Schüleraufsicht in der unterrichtsfreien Zeit findet mit S 30.000,-- in diesem Voranschlag ihren Niederschlag.

Nichts zu sehen ist jedoch von unseren Wünschen "Wohnstarthilfe", Lärmschutzmaßnahmen, Ausbau der Hauskrankenpflege - ich habe zwar gehört, da gibt es schon eine mobile Krankenschwester

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER WEISS:  
zwei gibt es

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

zwei schon, ich habe gehört eine.  
und andere Forderungen für ältere Mitbürger (Schneeräumung, Haus- und Gehsteigreinigung).

Wir hoffen jedoch, daß wir im Verlaufe der künftigen angestrebten Zusammenarbeit mit allen Fraktionen die eine oder andere Forderung gemeinsam verwirklichen werden können.

Auffällig, meine Damen und Herren, ist der allgemeine Anstieg des ordentlichen Haushaltes als Gesamtes gesehen. Denn die Steigerung von 369,1 auf 409,6 Millionen - das ist ein Sprung von 11 % Mehraufwand - ist nicht nur allein auf die sicherlich angestiegenen Personalkosten zurückzuführen, die samt Pensionen bereits 173,5 Millionen Schilling verschlingen, das sind bereits 42,4 % des ordentlichen Haushaltes. Diese Steigerung von 11 % ist auch nicht auf den angehobenen Mehraufwand für die Gemeindefunktionäre zurückzuführen, der sicherlich - ohne unser Zutun, von 6,7 auf 7,4 Millionen Schilling ansteigen soll, wobei die Bezüge der Organe von 5 auf 5,5 Millionen steigen.

Diese Ausweitung des ordentlichen Haushaltes um gleich 40,5 Millionen ist das Produkt vor allem des Anstieges bei der Finanzwirtschaft (+ 17,1 Millionen) der "Allgemeinen Verwaltung" (+ 6,1 Millionen) - natürlich der Personalkosten, die gegenüber dem Vorjahr um 16,1 Millionen, das ist eine Zunahme von 10,2 %, steigen werden. Dies möchte ich ohne jede Emotion zu erzeugen, rechnerisch feststellen. Die Pflichtausgaben binden immer mehr Budgetmittel, daher können wir über nur immer kleiner werdende Teile des Haushaltes verfügen.

Es muß daher bei gewissen Dingen mehr gespart werden. Aber einzelne Budgetpositionen zeigen das Gegenteil an: So z. B. soll die Pressestelle mit S 2.570.000,-- und S 235.000,-- mehr Mitteln kosten, als im Jubiläumsjahr 1980. Es ist mir unklar warum, aber es könnte wieder auch im Zusammenhang mit dem Abtritt unseres Bürgermeisters in die verdiente Pension sein, das vielleicht ein extra Jubelblatt mit 100 Seiten herauskommt.

ZWISCHENRUF BÜRGERMEISTER WEISS:  
Eine kriegen Sie dann.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Weiters ist für das Wahlamt veranschlagt S 422.000,--, obwohl 1981 keine Wahl stattfindet. Ich wollte diese Frage dazu in den Raum stellen, daß das unter Umständen mit der Volkszählung im Zusammenhang stehen könnte. Für den Schulgesundheitsdienst sollen S 650.000,-- (im Vorjahr S 297.000,--) ausgegeben werden. Zu diesem sicherlich zu bejahendem Vorhaben wäre es aber angebracht, vom Lande wenigstens 50 % dieser Ausgabe zurückzufordern, weil die Gesundheit der Schuljugend nicht nur ein erstrebenswertes Anliegen einer Gemeinde allein, sondern auch des Landes und Bundes sein sollte. Auf der Einnahmenseite ist unter diesem Titel eine "Null" ausgewiesen. Eine geschlossene Aktion des gesamten Gemeinderates könnte zumindest die Aufmerksamkeit der Landesregierung erwecken.

Eine weitere gemeinsame Gemeinderatsaktion gegenüber dem Land wäre, eine Reduzierung der Landesumlage zu erwirken.

18 Millionen zahlte Steyr im Vorjahr unter diesem Titel - nun werden der Stadt Steyr gar 23 Millionen vorgeschrieben. Sollten die verschuldeten Gemeinden vielleicht gar die versprochenen Wahlgeschenke des Jahres 1979, sprich der "staatstragenden" Landesparteien finanzieren helfen? Ist etwa dieser Betrag von 23 Millionen Schilling ein Beitrag zur versprochenen und vom Land ÖB. - allein nicht mehr finanzierbaren Fernpendlerbeihilfe, die laut Herrn Landeshauptmann Dr. Josef Ratzenböck 40 Mio. S - laut Dr. Hartl 70 Mio. S - und laut Abgeordneten Schender 100 Millionen im Jahr 1981 verschlingen soll!

ZWISCHENRUF VIZEBÜRGERMEISTER KARL FRITSCH:  
Die ist schon unrealistisch, diese Zahl.

GEMEINDERAT WINFRIED MAUSZ:

Wird sich weisen.

Jedenfalls sollten die Parteien ihre Abgeordneten zum Landtag zur Mäßigung bei derartigen Vorschreibungen von Landesumlagen auffordern, andererseits werden die Förderungen des Landes gegenüber den Gemeinden deutlich vermindert. Schon für das Jahr 1980 wurden die Förderungen um 37 % gekürzt; für 1981 steht eine weitere Kürzung um 30 % bevor. Dies wird dem Landtag am 17. Dezember vorgelegt. Zum Handkuß kommen die Gemeinden. Die Wahlgeschenke machen sich budgetär, zum Nachteil der Gemeinden bemerkbar.

Nun erlaube ich mir ein Thema anzuführen, das in der Steyrer Bevölkerung, bei Gewerbetreibenden, bei Arbeitnehmern, bei Wohnungssuchenden u. a. Bevölkerungsteilen stets beklagt wird und mir selbst persönlich oft vortragen wurde. Das ist nämlich die Unsitte der Parteibuchwirtschaft. Immer wieder begegnet einem der Vorwurf, daß zur Erlangung eines Auftrages, zur Erlangung einer Wohnung, beim beruflichen Weiterkommen am Arbeitsplatz, das "richtige Parteibuch" eine besondere Rolle spiele. Mancher, der einer Partei beitrifft, erhofft sich hier über Vorteile, unter Umständen auf Kosten des anderen.

Wir meinen aber: Diese Parteibuchwirtschaft widerspricht der persönlichen Würde, der Demokratie und den Freiheitsrechten des Menschen.

Schließlich meint der Philosoph Lichtenberg wörtlich: "Man soll den Druck einer guten Regierung ebenso wenig spüren, wie den Druck der Luft." Ich möchte das vielleicht an einem kleinen Beispiel erläutern, wie kurios dann solche Sachen ausgehen können. Es betrifft hier eine Partei aber es ist da keine der Großparteien ausgenommen. In einer Schule in Oberösterreich wurde ein Schulwart gesucht, der zur besonderen Verwendung für die Turnhalle eingesetzt werden sollte. Er hatte alle Anstellungserfordernisse, noch dazu die besondere Ausbildung eines Sportlehrers. Als er sich um diese Stelle bewarb und man seine Unterlagen sah, wurde er mit der Begründung abgewiesen, er sei zu intelligent für diesen Posten. Er war sozialistisches Mitglied. Plötzlich ging er zur ÖVP, dann dürfte wahrscheinlich seine Intelligenz so weit herabgesunken sein, denn er bekam den Posten dann. Nur bitte schön, das ist wahr.

Gelächter!

Bitte, ich habe eingangs deutlich gesagt, daß es so kurios ist. Aber ich möchte weitere Beispiele außerhalb Steyrs anführen. Man sieht ja das am Land, den Druck, den Landespolitiker ausüben, spürt man sehr wohl, entweder im Gemeindebereich, Magistrat, OKA. Der Niederschlag findet sich auch bei den Personalvertretungswahlen in den einzelnen Bereichen, sei es der linken Reichshälfte zugehörig, sei es der rechten Reichshälfte zugehörig. Es sind überall Ergebnisse, die man nur mit Blick nach Osten registrieren kann, nämlich Wahlergebnisse von 90 und mehr Prozent.

Es sind das aber nicht nur wir als Freiheitliche, sondern auch andere. Damit meine ich gar nicht jene Sozialisten und Mitglieder der Volkspartei, die immer nur auf den Balken im Auge des anderen starren, wenn es um Dinge geht. Ich spreche vom Sozialisten Prof. Dr. Norbert Leser. Er meint: "In Österreich braucht man das Parteibuch schon in solchem Maße, um größere oder kleinere Vorteile zu erlangen, daß sich damit die Politik von selber ad absurdum führt."

Für uns Freiheitliche gilt daher nach wie vor: Die Objektivierung muß sich in allen Bereichen, nicht nur als Anfang bei den Lehrern in Oberösterreich, durchsetzen.

Darum sollte man doch daran gehen, Auftragssuchenden, Wohnungssuchenden, Arbeitssuchenden u. a. mehr danach auszusuchen und unterstützen, nach dem Prinzip, was sie können und leisten und welche dringenden Bedürfnisse

vorhanden sind. Man sollte nicht danach vorgehen, ob der- oder diejenige das "richtige" Parteibuch vorzeigen können.

Schließlich haben das alle drei Landtagsspitzenkandidaten 1979 versprochen, als sie vor den Fernsehern diskutierten. Das können, glaube ich, alle bezeugen.

Inzwischen stellt man sich - leider - schwerhörig. Beginnen wir in Steyr neue Maßstäbe in dieser Richtung zu setzen, um die Menschen unserer Stadt vor dem Griff der Parteien und des Parteibuches etwas zu befreien. Die in der sozialistischen Presse kürzlich bekanntgewordenen Mitgliederziffern, in der Steyr den höchsten Organisationsgrad, sprich die Relation zwischen Wählern und Mitgliedern aufweist, läßt an dieser Deutlichkeit kaum etwas zu rütteln.

Arbeitsplätze und sonstige Vorteile an ein Parteibuch zu binden, führt dazu, daß sich mancher den größtmöglichen Vorteil auf Kosten anderer sichern möchte.

Wer ohnedies ein "weites Gewissen" hat, nimmt selbstverständlich auch ein ungeliebtes Parteibuch in Kauf.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Wir werden künftig wirksame Kontrolle noch mehr brauchen als jetzt. Wir werden eine sparsame Gebarung immer dringender benötigen. Schließlich schätzt man auch die Oberösterreicher beim Finanzausgleich nicht so sehr, wie zum Beispiel die Wiener. 1976 etwa entfielen auf einen Oberösterreicher als Gemeinde- und Landesbürger S 16.020,--, die aus dem Finanzausgleich für sie zurückkamen. Für jeden Wiener aber hatte man S 25.000,-- bereit.

Man nimmt halt daher an: die Wiener brauchen mehr Geld, um für ihre Bürger zu sorgen. Seit wir wissen, wie die Gelder beim AKH geflossen sind, verstehen wir dies auch. Beim Finanzausgleich sind uns die Wiener zwar lieb geworden, aber teuer gekommen.

Wir meinen daher: der Finanzausgleich zwischen den Wienern und den Übrigen Österreichern als Landes- und als Gemeindebürger ist ein wenig aus dem Lot geraten.

In Steyr sind die Sozialisten an fast allen maßgeblichen Stellen führend; im Bund haben die Sozialisten noch eine Mehrheit. Es wäre daher erstrebenswert, wenn die Steyrer Sozialisten ihre Bundessozialisten - ein Steyrer sitzt sogar im Parlament - einmal deutlich auf diesen ungerechten Finanzausgleich aufmerksam zu machen. Denn eine gerechte Verteilung würde Steyr um ca. 25 Millionen Schilling mehr Ertragsanteile sichern, womit wir uns z. B. die gesamte und teure Darlehensaufnahme ersparen könnten.

Unser Wunsch für das Jahr 1981 ist: alle von den einzelnen Parteirednern getroffenen Anregungen zu prüfen - und nicht mit einer Handbewegung deshalb abzutun, weil sie aus dem Munde politisch Andersdenkender stammen. Die Kommunalpolitik eignet sich nicht für Parteipolitik und Parteidominanz; dafür ist sie zu heikel und zu sehr bevölkerungsnahe.

Das wäre ein erster und ernster Beitrag zur Zusammenarbeit, die nicht allein Lippenbekenntnis sein soll.

Wir haben unsere Wünsche für und an dieses Budget schriftlich in 10 Punkten geäußert. Wir wissen, daß nicht alles auf einmal erfüllt werden kann. Wir hoffen aber, daß in der nächsten Zeit aufgrund unserer Bereitschaft zur kommunalen Zusammenarbeit die Mehrheitsfraktion auch auf unsere und andere Wünsche und Forderungen, die der Steyrer Bevölkerung und unserer Stadt dienlich sein werden, besser und näher als bisher eingeht. Vor allem sollte vor Ausdruck dieser Budgetunterlage eine Antwort erfolgen und ein Gespräch geführt werden können. Dann kann man nämlich noch leichter zu gemeinsamen Anträgen und Beschlüssen kommen.

Auch ich wünsche allen Damen und Herren des Gemeinderates ein frohes Fest und vor allem ein gesundes "Neues Jahr" auch den Angehörigen und natürlich den Bediensteten des Magistrates ein schönes Fest.

BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke zu diesem Beitrag.

Eine weitere Wortmeldung? Kollege Treml.

GEMEINDERAT OTTO TREML:

Sehr geehrter Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren des Gemeinderates! Der Voranschlag für das Jahr 1981 zeigt erneut, daß trotz des Fleißes und der enormen Leistungen der Arbeiter und Angestellten der Stadt Steyr, die Finanzsituation der Stadt äußerst angespannt ist.

Aber nicht dadurch, daß man bereit wäre, soziale, kommunale Gebühren-Tarife zu gewähren, sondern weil die Stadt gezwungen wird, dort und da Aufgaben zu übernehmen, die eigentlich Aufgaben des Landes und des Bundes wären. Dazu kommt, daß sich in den letzten Jahrzehnten ein großer Wandel, möchte ich sagen, in der Aufgabenstellung der Gemeinde vollzogen hat. Erhöhte infrastrukturelle Maßnahmen, Straßenbauten - z. B. Abstieg Tomitzstraße zur Schwimmschulstraße - wird allein Kosten meiner Schätzung nach in der Höhe von 50 bis 80 Millionen Schilling erfordern. Dazu kommt die Wasserversorgung, die Beseitigung der Abwässer durch Kanalbaumaßnahmen. Die Errichtung einer Kläranlage wird allein rund 125 Millionen Schilling kosten, sowie die Beseitigung des Mülls sind zweifellos Elementarerfordernisse unserer Zeit.

Sie kosten der Gemeinde, der Bevölkerung viel Geld und übersteigt die finanzielle Leistungskraft. Der Schuldenstand ist laut Nachtragsvoranschlag mit über 300 Millionen Schilling, meiner Meinung nach am Plafond angelangt.

Das heißt gleichzeitig, daß der derzeitige Finanzausgleich, der noch bis 1984 in Kraft ist und von SPÖ, ÖVP aber auch Kollege Mausz von der FPÖ gemeinsam im Parlament beschlossen wurde, keine Lösung und Verbesserung der finanziellen Lage für unsere Stadt brachte.

Aufgrund dieser Entwicklung wird seitens der Mehrheit des Gemeinderates immer wieder versucht, die fehlenden finanziellen Mittel durch Erhöhung der kommunalen Gebühren und Tarife, das heißt durch zusätzliche Belastungen der eigenen Bevölkerung auszubringen.

Diese Kommunalpolitik lehnt die KP-Fraktion entschieden ab, da sie gleichzeitig zur Einschränkung der Gemeindeautonomie führt.

Die KP verlangt eine Neuregelung des Finanzausgleiches zur Stärkung der Finanzkraft der Gemeinde, nicht nur vom Standpunkt der vielfältigen sozialen Aufgaben und der zunehmenden Verschuldung, sondern auch vom Gesichtspunkt der Gemeindeautonomie und der Gemeindedemokratie.

Die demokratische Entscheidung und Mitbestimmung der Bevölkerung in Gemeindeangelegenheiten ist für die Lebensqualität, für wichtige Versorgungsfragen, Freizeitgestaltung und viele andere Fragen, die auf uns zukommen, entscheidend.

Aber gegenwärtig werden die Möglichkeiten der Gemeinde durch ihre zunehmende finanzielle Abhängigkeit vom Land und Bund sowie durch ungenügende verfassungsrechtliche Berücksichtigung der zunehmenden Aufgaben der Gemeinde immer stärker eingeschränkt. Daher tritt die KP für eine demokratische Wendung in der Kommunalpolitik im Interesse der arbeitenden Bevölkerung ein.

Die KP verlangt die ersatzlose Streichung der Landesumlage (die Stadt muß bereits im kommenden Jahr 23 Millionen Schilling an Landesumlage entrichten) und wird auch nach wie vor dafür eintreten, daß mit dem Druck auf die Gemeinden Schluß gemacht wird, Höchstsätze bei Abgaben und Tarifen, wie z. B. Kanal-Wassertarif von S 14,-- pro Kubikmeter, einzuführen - nur um ihnen zustehende Steueranteile und Bedarfszuweisungen sowie Förderungen auch wirklich zu bekommen.

Weiters ist notwendig - die Aufstockung und Dynamisierung der Zweckzuschüsse und Förderungsmittel des Bundes, insbesondere für den Bau von Schulen, Wasser-, Kanalisation- und Kläranlagen, sowie für andere Projekte des Umweltschutzes und zur Bewältigung der zunehmenden Verkehrsprobleme.

Nun, man wird mir sicherlich entgegenhalten, du kannst leicht verlangen, aber von wo soll das Geld hergenommen werden, vom lieben Gott kann es nicht kommen, hieß es kürzlich in diesem Raum.

Dazu erlaube ich mir einige grundsätzliche Feststellungen zu machen, denn der Vorschlag unserer Stadt für das Jahr 1981 kann und darf nicht isoliert von der ökonomischen und finanziellen Gesamtsituation in Österreich betrachtet werden.

Im Bundesbudget 1981 wird der unsoziale Charakter bei der Aufbringung und Verwendung der Steuermittel weiter verstärkt. Von den Gesamtsteuereinnahmen in der Höhe von 262 Milliarden Schilling entfallen auf alle 12 Kapital- und Vermögenssteuern zusammen bloß 53 Milliarden Schilling, während aber die Massensteuern, die Lohn- und Mehrwertsteuer 209 Milliarden Schilling, also viermal soviel einbringen werden.

Dazu kommt eine Reihe von Belastungen, wie die Erhöhung der Bahn- und Posttarife im Gesamtausmaß von 4,7 Milliarden Schilling und anderes mehr. Die Hauptursache für die Budgetmisere des Staates und der Gemeinden ist die Umverteilungspolitik zugunsten einer dünnen Schicht von Superreichen, der großen in- und ausländischen Konzernen. Daß eine solche Umverteilungspolitik betrieben wird, ist keine Erfindung von mir, ist keine kommunistische Erfindung, sondern wird in einem Artikel im Organ der SPÖ "Zukunft" vom Vormonat bestätigt. Dort heißt es wörtlich: "Die Manager der Großunternehmer fühlen sich wohl, weil die erzielten Profite nicht so sehr von der Staatsmacht beschnitten werden. Das allgemeine Volkseinkommen ist gewachsen, die ungerechte Verteilung hat sich aber nicht geändert, sie ist sogar noch ungerechter geworden als sie es war."

Meine Damen und Herren des Gemeinderates. Dies zeigen auch die in letzter Zeit bekannt gewordenen Skandale und Korruptionsfälle der ganz Großen in der sogenannten Wirtschaft in Österreich. Ja, die Großunternehmer haben sogar so viel Geld, daß sie viele Millionenbeträge im schwarzen Koffer spazieren tragen und als Almosen an die bürgerlichen Parteien weitergeben können. Ober nehmen wir ein anderes Beispiel. Die Organisation der Großindustriellen, den Industriellenverband, der ebenfalls Millionenbeträge, die aus der Wirtschaft stammen, jenen Parteien zukommen lassen oder schmieren, deren Ziele sich mit den Auffassungen dieses Verbandes decken, nämlich der ÖVP und, Kollege Mausz, auch der FPÖ. Und wenn man so ein bisserl in Steyr und Umgebung schaut, zeigt sich auch, daß die heimischen Unternehmer reichlich mit Geld eingedeckt sind. Dies zeigt ihr Luxuskonsum, sie verfügen über Prachtvillen mit eigenem Hallenbad, Luxusjachten und anderem sogar im Ausland.

Das sind Mitursachen, warum für die Arbeiter und Angestellten sowie auch für die Gemeinde zu wenig Geld vorhanden ist.

Und dazu, meine Damen und Herren des Gemeinderates, war eine SP-Regierung notwendig für so eine Entwicklung?

Geld wäre vorhanden, man muß nur Schluß machen mit der Umverteilungspolitik zugunsten der Reichen. Es ist eine grundlegende andere Art der Verteilungspolitik notwendig.

Der von den Arbeitern und Angestellten, von den arbeitenden Menschen geschaffene Reichtum muß weitaus mehr als bisher, über die Besteuerung der Reichen und Großunternehmer sowie ihres Luxuskonsumes abgeschöpft werden.

Das Einkommen und Vermögen muß wesentlich höher besteuert werden, insbesondere durch Abschaffung vorzeitiger Abschreibung und sonstiger Unternehmersteuerbegünstigungen sowie durch Eintreibung der Steuerschulden - man weiß von 14 Milliarden Schilling - und durch Verhinderung der Steuerhinterziehung.

Dazu gehört auch die Streichung der steuerlichen und anderen Privilegien der Spitzenverdiener, Manager, Direktoren und Spitzenpolitiker, vor allem durch Abschaffung ihrer hohen Mehrfachbezüge.

Eine solche soziale Budgetpolitik auf Kosten des Kapitaless sichert das Geld, sichert auch die Voraussetzung zur Hebung der Finanzkraft der Gemeinden, sowie einer sozialen Lohnsteuerreform für die Arbeiter und Angestellten.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Das heute von uns zu beschließende Budget ist mit großer Zurückhaltung erstellt. Man könnte daraus den Schluß ziehen, unsere Großbetriebe wie GFM, Steyr-Werke und andere Steyrer Betriebe stecken in großen wirtschaftlichen Schwierigkeiten. Dem ist aber nicht so, es ist ja auch Ihnen bekannt, daß die Auftragslage in der GFM eine gute ist. Es ist weiters allgemein bekannt, daß der Konzerngewinn der Steyr-Werke allein im Vorjahr 144 Millionen Schilling betrug.

Und der Generaldirektor Malzacher, der kürzlich die wirtschaftliche Lage der Steyr-Daimler-Puch AG als zufriedenstellend bezeichnete und sogar mit einer Umsatzsteigerung von 14 auf 16 Milliarden Schilling im heurigen Jahr rechnet. In den nächsten Jahren soll der Umsatz weiter ansteigen und bis 1985 auf 23 Milliarden Schilling anwachsen.

Auch andere Steyrer Betriebe expandieren! In großer Aufmachung brachte die Steyrer-Zeitung vom 13. November einen Bericht über die Eröffnung eines neuen Betriebes der Kachelherstellerfirma Sommerhuber. Breiten Raum widmete man der Rede des Firmenchefs, der die Neugründung als einen wesentlichen Beitrag zur Arbeitsplatzsicherung im Raume Steyr bezeichnete. Hört man sich die Reden der Unternehmerseite in letzter Zeit an, könnte man den Eindruck gewinnen, ihr Hauptmotiv bei Neuinvestitionen sei die Schaffung von Arbeitsplätzen und nicht die Erzielung größerer Gewinne. Keiner der Eröffnungsredner erwähnte auch, woher denn diese Mittel stammen, aus denen das neue Werk finanziert wurde. Ein Blick auf die Geschäftsentwicklung der Firma Sommerhuber in den letzten Jahren gibt die Antwort: die gesteigerte Leistung der Arbeiter und Angestellten und das daraus erzielte Mehrprodukt, das der Unternehmer für sich vereinnahmte, bildet den Kapitalstock, mit dem das Unternehmen weiter expandiert. Bei genauer Betrachtung der Dinge zeigt sich, die Arbeiter und Angestellten finanzieren sich im Ergebnis ihre Arbeitsplätze selbst, darüber bestimmt dann der Unternehmer.

Die Unternehmer verwenden aber bestenfalls nur einen Teil des von den Arbeitern und Angestellten geschaffenen Mehrprodukts zu Investitionen zur Schaffung neuer Arbeitsplätze; ein immer größerer Teil ist darauf gerichtet, immer höhere Leistungen aus dem Beschäftigten herauszuholen. Firmenchef Sommerhuber hat mit der Gründung des neuen Betriebes auch auf diesem Gebiet einiges vor: wurde im alten Werk im Jahr 1979 von 140 Beschäftigten ein Umsatz von 86 Millionen Schilling erarbeitet, so soll nach dem Bericht der Steyrer-Zeitung, von den Beschäftigten des neuen Werkes ein Umsatz von 200 Millionen Schilling erzielt werden. Gedacht ist aber lediglich auch eine Neuaufnahme von zusätzlich nur 100 Beschäftigten für das neue Werk.

Nun, eines ist mir auch klar, daß neben dieser Wirtschaftssituation in der Stadt Steyr auch andere Faktoren maßgebend sind, bei der Budgeterstellung.



So zum Beispiel hat unsere Stadt Verpflichtungen gegenüber dem Motorenwerk BMW-Steyr übernommen, die den Stadthaushalt allein im kommenden Jahr schwerstens belasten.

So sind vorgesehen für den Straßenbau, also Zufahrt zum BMW-Werk 2 Mio. S, der Förderungsbetrag, der nicht hier hineinkommen soll als Gewerbeförderung, es handelt sich hier um einen großen Konzern, beträgt 3 Millionen Schilling. Ich glaube, das ist jetzt schon zum dritten Mal. Wir müssen insgesamt siebenmal diesen Betrag zahlen, also noch viermal vor uns und da gibt es ja noch einige steuerliche Erleichterungen. Der Kanalbau im Münichholz zum BMW-Werk erfordert im kommenden Jahr 3 Millionen Schilling, für die Wasserversorgung des BMW-Werks einschließlich des Fußgängersteiges über die Enns 5 Millionen Schilling. Das sind, meine Damen und Herren, alleine 14 Millionen Schilling, die unsere verschuldete Gemeinde für den reichen Superkonzern auf dem teuren Kreditmarkt aufnehmen muß.

Aber das reicht noch nicht aus. Dazu kommt, daß die GWG der Stadt Steyr 22 Millionen Schilling für 40 BMW-Wohnungen vorfinanziert, da erst mit Ende 1981 mit Förderungsmitteln vom Land zu rechnen ist. Auch hier müssen ja wir wieder die Zinsenlast tragen.

Im Vergleich dazu, wird nur 1 Million Schilling für die Förderung der heimischen Gewerbebetriebe bereitgestellt.

Die KP-Fraktion hat eine Reihe von Anregungen und Vorschlägen zur Budgeterstellung eingebracht, die auch teilweise Berücksichtigung fanden. Vorausschicken möchte ich, daß im allgemeinen Einigkeit darüber herrscht und auch von mir unterstützt wird, daß im Voranschlag die sozialen Leistungen nicht geschmälert wurden und ein Zuschußbedarf für das Altersheim bereits über 17 Millionen Schilling gewährt wird. Ober die Ausgaben für den Seniorenpaß, die von S 692.000,-- auf 1,1 Millionen Schilling vorgesehen sind.

Weiters besteht Einigkeit darüber, daß für die Errichtung der Kindergärtnerinnenschule 4 Millionen Schilling und für den Bau des notwendigen Kindergartens im Resthof ebenfalls 4 Millionen Schilling vorgesehen sind. Auch darüber, daß für den notwendigen Ausbau der Straßen 23 Millionen Schilling und für den Kanalbau und die Wasserversorgung über 17 Mio. S aufgewendet werden.

Nicht einverstanden bin ich, meine Damen und Herren, mit der Verringerung des Förderungsbetrages der Stadt für den Wohnbau von 6 Mio. S auf nur mehr 4 Mio. S. Nicht einverstanden ist die KP-Fraktion auch damit, daß für die Fassadenaktion und Denkmalpflege nur je 1 Million Schilling vorgesehen sind und daher für die Fassadenrenovierung, sprich Enttarnung der WAG-Häuser im Münichholz, kein einziger Schilling im Budget aufscheint. Und ich glaube, mit Recht konnte ich, es war gestern schon, im Tagblatt ist über unsere Budgetäußerungen alles gestanden und ich konnte auch lesen, daß die Stadt große Anstrengungen gemacht hat in den letzten 2 Jahren und Mittel ausgegeben hat für die Fassadenaktion. Hier wurde deutlich festgestellt, die Stadt Steyr hat in den letzten 2 Jahren 11 Millionen Schilling dafür bereitgestellt. Aber auch das Tagblatt, so wie ich es jetzt unterstreichen muß, schreibt, daß diese 11 Millionen vorwiegend oder ausschließlich den Privathausbesitzern zugute gekommen ist. Und ich frage Sie, meine Damen und Herren des Gemeinderates, ganz gleich, welcher Fraktion Sie angehören, warum sind Sie dann nicht bereit, zumindestens einen höheren Zuschuß zu leisten für die Fassadenaktion im Münichholz, wo Sie wissen, daß alleine nur diese sogenannte "Enttarnung" über 30 Mio., nämlich den Arbeitern und Angestellten, kosten wird, wenn das Verfahren bei Gericht abgeschlossen ist.

Im Hinblick auf den angespannten Finanzrahmen und auf die Kürzungen im Haushaltsplan für 1981 schlägt meine Fraktion vor, auch bei den Funk-

tionsbezügen Zurückhaltung zu üben und von einer neuerlichen Erhöhung von 6,2 %, das macht jetzt rund S 500.000,-- aus, Abstand zu nehmen. Dabei möchte ich noch nicht die Zahl nennen, die wahrscheinlich notwendig sein wird, aufgrund der Änderung, die im Bezügensgesetz im Parlament beschlossen wurde. Ich glaube, ich gehe nicht fehl, daß hier eine enorme Summe auf uns zukommt und ich glaube, jede Fraktion hat das bekommen, wo man mitteilt, daß auch die Bürgermeister und Stadtsenatsmitglieder aufgrund dieser gesetzlichen Änderung lohnsteuerpflichtig werden. Ich möchte auch nicht verhehlen, daß diese Augenauswischerei, die von der Bundesregierung im Parlament vorgenommen wird, der Stadt ja diese zusätzlichen Kosten erwachsen werden, denn es ist ja so, daß nämlich aufgrund dieser Versteuerung dementsprechend die Bezüge angehoben werden und sich faktisch wiederum der Bund gesund stößt auf Kosten der Gemeinden. Ich glaube kaum, daß dies unter 1 Mio. S sein wird. Aber darüber werden wir ja noch in der nächsten Zeit sprechen.

Die KP-Fraktion ist ferner der Auffassung, daß die Förderung in- und ausländischer Großunternehmungen unter Berücksichtigung des Finanznotstandes der Stadt in Zukunft unterbleiben soll. Statt dessen sollen die heimischen Klein- und Mittelbetriebe und Initiativen gefördert werden in Richtung neuer Arbeitsplätze für die geburtenstarken Jahrgänge der achtziger Jahre. Ein jahrelanger Wunsch im Interesse der Jugend und der Sportler ist die Oberdachung der gut frequentierten Kunsteisbahn und der Umbau des Umkleidetракtes am Sportplatz Rennbahn. Im außerordentlichen Haushalt sind für die Planung des Kabinentraktes S 250.000,-- eingesetzt. Die Oberdachung ist ein Wunsch, der von uns geäußert wurde, und noch in weiter Ferne.

Für die Instandhaltungs- und Renovierungsarbeiten in den gemeindeeigenen Wohnhäusern, z. B. in der Schweigerstraße, verlangten wir einen Zuschuß, dafür sind im Budget 1,1 Millionen Schilling vorgesehen.

Die KD-Fraktion tritt seit Jahren für den Vorrang des nicht motorisierten Individualverkehrs ein. Daher soll für die Planung und Errichtung von Rad- und Wanderwegen finanzielle Mittel bereitgestellt werden. Dafür werden im ordentlichen und im außerordentlichen Haushalt insgesamt S 600.000,-- bereitgestellt.

Einen Mißstand möchte ich auch noch aufzeigen. Daß der Wehrgraben allgemein zu jenem Gebiet der Stadt gehört, der am meisten vernachlässigt ist. Böse Zungen behaupten sogar, es sei das Glasscherbenviertel und es gibt noch eine andere Bezeichnung und dort braucht man offensichtlich keine Beleuchtung.

Z. B. gibt es in der Fabrikstraße nur einige Lichtpunkte. Man kann sich selbst überzeugen. Es waren ja einige Gemeinderäte mit mir bei einem Diskussionsgespräch, wo dies heftigst kritisiert wurde und ich verlange daher im Interesse der dort lebenden Bewohner eine ausreichende Straßenbeleuchtung.

Die anfallenden Kosten dafür werden das Budget unserer Stadt Steyr sicherlich nicht in Unordnung bringen.

Und nun zum Komplex Wehrgraben selbst. Der Revitalisierung des gesamten Wehrgrabens, der Verrohrung des Kanales, wird sich, wie auch schon meine Vorredner angekündigt haben und auch in unserem Terminplan verankert ist, der Gemeinderat eingehend in der nächsten Zeit beschäftigen müssen. Dabei ist meine Auffassung, und sie ist ja nicht unbekannt in diesem Kreis, daß ein stärkeres Mitspracherecht der dort lebenden Bevölkerung auf jeden Fall zu sichern ist. Denn wir wissen auch, wie der Beschluß aus dem Jahre 1972 zu Stande gekommen ist. Unsere Überlegungen gehen auch davon aus, hauptsächlich auch aus wirtschaftlichen Gründen dieses Projekt vorzuschlagen. Aber ich glaube, daß aufgrund der Umstände doch auch ein bestimmtes Umdenken auch bei uns erfolgen soll. Aber darüber werden wir ja uns in Kürze beschäftigen.

Nun, meine Damen und Herren!

Seit Jahren bemühe ich mich schon, die Mehrheit - ich sage immer Mehrheit, da meine ich natürlich nicht nur den Gemeinderat an und für sich, sondern die sozialistische Fraktion in erster Linie, aber auch an der Spitze unseren Herrn Bürgermeister und Präsidenten des Roten Kreuzes von Steyr, davon zu überzeugen, daß auch für Steyr mit seinem Schwerpunktkrankenhaus ein Notarztwagen unbedingt notwendig ist.

Die Städte Linz, Wels, Amstetten verfügen seit Jahren über einen Notarztwagen. In Graz gibt es einen in der Stadt - und zusätzlich seit Juli 1980 sogar im Puchwerk einen Notarztwagen. Also der Kollege Leithenmayr kann mir ja ungefähr sagen, wie viel im Puchwerk beschäftigt sind. Ich glaube nicht einmal an die 4.000 oder 6.000. Ja, auch dort gibt es sogar 2 solche Notarztwagen. Ich bin der Meinung, ein Notarztwagen hilft Menschenleben retten. Und Sie, meine Damen und Herren, wissen selbst, daß die Rettung bei schweren Unfällen, bei einem Herzinfarkt oder ähnlichen Erkrankungen, weitgehend davon abhängt, wie schnell ein Arzt mit den notwendigen medizinischen Geräten zur Stelle ist.

Aufgrund der Erfahrung in den von mir bereits angeführten Städten ist der Notarztwagen bei der Intensivstation des Krankenhauses stationiert und der Arzteinsatz mit den diensthabenden Ärzten koordiniert. Daher würden auf dem Personalsektor keine wesentlichen Mehrkosten entstehen. Für die Stadt fallen nur die Anschaffungskosten des Wagens und der medizinischen Ausstattung an.

Nachdem unsere Stadt im kommenden Jahr bereits 11 Mio. S als Sprengelbeitrag nach den Krankenanstaltengesetz an das Land zahlt, müßte eine Teilfinanzierung für diese sicherlich lebensrettende Einrichtung auch von Land erreichbar sein.

Ich könnte mir auch vorstellen, daß die Steyr-Werksdirektion dazu einen Beitrag leistet. Es müßte eben nur einmal vom gesamten Gemeinderat eine Initiative gesetzt werden. Und hier glaube ich, wäre es zumindestens eine Aufgabenstellung unserer Betriebsratsobmänner oder Stellvertreter, daß sie in dieser Richtung auch vom Arbeiter- und Angestelltenbetriebsrat an die Werksdirektion herantritt.

Für meine Person kann ich Ihnen heute versichern, ich werde mit meiner Partei so lange weiter kämpfen bis es auch in Steyr einen lebensrettenden Notarztwagen gibt.

Meine Damen und Herren des Gemeinderates!

Ein Bereich, dessen Entwicklung in der nächsten Zeit erhöhte Aufmerksamkeit von uns allen erfordern wird, ist der Wohnungsneubau in unserer Stadt. Es besteht weiterhin ein großer Bedarf nach Neubauwohnungen, vor allem angesichts der hohen Anzahl von 2.000 Wohnungsbewerbern bei der GWG der Stadt. Es besteht weiterhin, glaube ich, und das müssen wir auch sehen, daß durch diesen Wohnungsfehlbestand und dadurch, daß eine massive Verteuerung der Neubauwohnungen in den letzten Jahren immer wieder dazu führt, und die Gemeinderäte des Wohnungsausschusses können dies bestätigen, daß sich diejenigen Familien mit Kindern, die am dringendsten diese Wohnungen benötigen, diese oft nicht mehr leisten können.

Der Quadratmeterzins für eine Neubauwohnung der GWG der Stadt Steyr stieg von S 19,70 im Jahre 1973 auf S 36,-- bis S 44,-- im Jahre 1980. Damit erhöhten sich die Wohnkosten in den letzten 7 Jahren um S 16,30 bis S 24,-- pro Quadratmeter.

Und im kommenden Jahr, meine Damen und Herren, kommt es durch die Erhöhung der Darlehenszinsen, der Heizungskosten - und ich möchte sagen, hier kommt es zu einer Explosion auch bei der GWG. Man wird ja wahrscheinlich in der nächsten Zeit bekannt geben, in welchem Ausmaß sie erfolgen. Ich sage Ihnen nur, daß die Heizungskosten auch bei den

GWG-Wohnungen im kommenden Jahr bei einer 100 m<sup>2</sup> großen Wohnung um rund S 3.500,-- ansteigen werden. Das ist immer relativ, ob das viel oder wenig ist. Jedenfalls, diese enormen Erhöhungen sowie auch die von Ihnen beschlossene Kanal- und Wassergebühr wird natürlich die Mietzinse gigantisch in die Höhe treiben.

Kürzlich, wie Sie sicherlich auch wissen, wurden 24 Wohnungen von den 100 WRG-Wohnungen in der Sebekstraße bezogen. Die Wohnkosten für eine 4-Raum-Wohnung dort betragen S 5.500,-- monatlich und es mußte ein Baukostenzuschuß bezahlt werden von S 47.000,-- , und für den Abschluß des Mietvertrages S 3000,-- , also zusammen S 50.000,-- entrichtet werden. Nach meinen Informationen sind mehr als 75 % der eingewiesenen Familien nicht in der Lage, diese astronomische Miete zu bezahlen und müssen um eine Wohnbeihilfe beim Land ansuchen.

Und hier schließt sich der Teufelskreis der Wohnbaupolitik auf der Basis der Wohnbauförderung 1968.

Wohnbeihilfe erhalten nämlich jene Familien, die sich die sündteuren Neubauwohnungen mit ihrem "Normalgehalt" nicht leisten können.

Weil aber die Zahl der Bezieher von Wohnbeihilfen in Oberösterreich in den letzten 10 Jahren sprunghaft angestiegen ist, werden immer mehr Wohnbauförderungsmittel für die Beihilfe verwendet, die dem direkten Wohnungsneubau fehlen. Im Vorjahr mußten bereits an 15.000 ö. Familien S 200 Millionen an Wohnbeihilfe gezahlt werden. Damit hätte man etwa 400 Neubauwohnungen errichten können. In Erkenntnis dieser Tatsachen verlangt die KP-Fraktion seit Jahren eine grundlegende Reform auf dem Gebiet des Wohnungsneubaues.

Die Wohnbaukredite sind heute die "teuersten" wie wir wissen und je mehr das BAnkkapital durch das Wohnbauförderungsgesetz, das die ÖVP beschloß und das von der SPÖ im wesentlichen nicht abgeändert wurde, ins Wohnungsgeschäft eingestiegen ist, desto höher wurden seine Gewinne allein aus den Zinsen.

Die KP ist nach wie vor der Auffassung, man müßte vom Bund und Land, die Wiederaufnahme des sozialen Wohnbaues verlangen. Unter sozialem Wohnbau verstehe ich die Errichtung von Gemeindewohnungen mit sogenannten "verlorenen Baukapital", daher ist auf eine Rückzahlung der bereits aus Steuergeldern bezahlten Baukosten zu verzichten.

Es müßte von der Bundesregierung verlangt werden, daß zur Erhöhung der Mittel für den Wohnungsbau, jährlich auch Steuergelder aus dem ordentlichen Bundesbudget in der Höhe der Wohnbauförderungsmittel zugeschos- sen werden. Zum Beispiel: Die Stadt Steyr liegt beim Wohnungsneubau weit unter der vergleichbaren Stadt Wels. Seit der Gründung der GWG der Stadt Steyr im Jahre 1952 - das sind nun 28 Jahre - wurden insgesamt 4.000 Wohnungen gebaut, im Durchschnitt kann man sagen pro Jahr 140. Bei der Fortsetzung im gleichen Ausmaß wird der letzte von den derzeitigen Wohnungswerbern im Jahre 1994 eine GWG-Wohnung erhalten.

Auch bei der Zuteilung von Wohnbauförderungsmitteln liegt, laut Bericht unseres Bürgermeisters Franz Weiss, Steyr an vorletzter Stelle in Oberösterreich und es wäre daher hoch an der Zeit, daß der gesamte Gemeinderat endlich ernsthafte Initiativen setzt.

Weiters müßte man auch die Forderung erheben, daß die gewährten Wohnbeihilfen nicht aus den Mitteln für den Wohnungsneubau entnommen werden, sondern aus allgemeinen Budgetmitteln des Bundes und der Länder zu bezahlen sind.

Das wären, meine Damen und Herren, nur einige bescheidene Anregungen, wie man die Wohnungsnot im allgemeinen und in unserer Stadt schneller und wirksamer mildern könnte.

Sowie in den vergangenen Jahren werde ich als Vertreter der Steyrer Kommunisten auch im Jahre 1981 ausschließlich im Interesse der arbeitenden Menschen und Pensionisten wirken.

Das heißt, gegen einseitige Belastungen sowie gegen alle unsozialen Gebühren- und Tarifierhöhungen auftreten. Gleichzeitig bin ich felsenfest davon überzeugt, daß auch im Voranschlag 1981 es die Möglichkeit gibt, weitere Vorschläge und berechtigte Wünsche der arbeitenden Bevölkerung unserer Stadt zu erfüllen.

In diesem Sinne werde ich dem Budget 1981, einbezogen meine kritischen Feststellungen dazu und die Ablehnung der überhöhten Politiker- und Pensionsbezüge, die Zustimmung geben.

Zu den bevorstehenden Feiertagen wünsche ich Ihnen, meine Damen und Herren des Gemeinderates und auch Ihren Familien alles Gute und vor allem ein friedliches Jahr 1981.

BORGERMEISTER FRANZ WEISS:

Danke für diesen Beitrag. Wünscht noch jemand das Wort? Ich sehe, daß das nicht der Fall ist. Der Referent zum Schlußwort bitte.

STADTRAT RUDOLF FORST:

Hochgeschätzte Damen und Herren!

Es wäre verlockend, auf viele Wünsche, Einwendungen, Kritiken, jetzt im Detail einzugehen. Aber es würde den Rahmen der Aufnahmefähigkeit des einzelnen glaube ich, sprengen. Die Möglichkeit, Problemen eine konzentrierte Aufmerksamkeit zu widmen, hat auch eine Grenze. Aber ein paar große Probleme gestatten Sie mir doch vielleicht nicht zu beantworten aber doch Auskunft darüber zu geben. Es ist sicher notwendig, daß die Stadt Steyr in der nächsten Zeit ein Sportkonzept erstellt und ich bin der festen Überzeugung, wenn ein taugliches Projekt ausgearbeitet ist für den Sport, so werden auch die Beratungen dazu einen gangbaren Weg für eine Zeit finden, in der ein solches Projekt selbstverständlich nur in Etappen verwirklicht werden kann. Die Notwendigkeit ist aber vollkommen unbestritten.

Ein anderes Problem, welches hier mit den verschiedensten Zahlen und nicht immer mit den richtigen versehen worden ist, das ist die Verschuldung der Stadt. Die Verschuldung der Stadt hat am 1. 10. dieses Jahres 284 Millionen betragen und die falsche Behauptung, sie würde Ende dieses Jahres 303 Millionen betragen, wissen die meisten, die ein Budget zu lesen verstehen. Das Budget für 1981 gibt ja auch die Werte für 1981 bekannt. Es ist natürlich klar, daß mancher Gemeinderat, der noch nicht die Zeit hier absolviert hat und manches noch nicht so zu lesen weiß, wird mit der Zeit vielleicht auch darauf kommen und wird feststellen, daß er manche Aussage gemacht hat, die er in seinem eigenen Interesse eigentlich besser unterlassen hätte.

Sehr wesentlich erscheint mir die Aussage, daß bei der zu beschließenden 20%igen Kürzung die Ansätze für die Sozialleistungen, also die Leistungen für die schwächsten, wirtschaftlich schwächsten in der Bevölkerung, keiner Kürzung unterliegen.

Mit diesen drei Aussagen möchte ich es im Detail belassen. Meine Damen und Herren, ich habe mich, wie schon erwähnt, bei der Erstellung des Voranschlages 1981 bemüht, Ihren Anregungen und Wünschen gerecht zu werden. Ich weiß natürlich, daß meine Bemühungen aber keine vollständige Zufriedenheit bei Ihnen, alle Fraktionen inbegriffen, auslösen konnten. Der Bogen Ihrer bestimmt erfüllenswerten Wünschen und Anregungen geht weit über die finanzielle Möglichkeit einer momentanen Realisierung hinaus. Nur für Investitionen, die absolut notwendig erscheinen. Der Nutzen, der aber noch mehreren Generationen zu Gute kommt, lassen Kreditaufnahmen vertretbar erscheinen. Sie müssen ja auch von mehr als einer Generation zurückbezahlt bzw. getragen werden.

Daß Sie, geschätzte Damen und Herren, durch die Erklärung Ihrer Fraktionssprecher die Zustimmung zum Voranschlag 1981 zum Ausdruck brachten,

nehme ich erfreut zur Kenntnis und betrachte das gemeinsame Ja zum Voranschlag 1981 als Ausdruck eines gemeinsamen Bemühens zum Wohl unserer Heimatstadt Steyr. In einer Zeit der politischen Konfrontation oft um jeden Preis kann dieser Akt eines politischen Konsens eine Voraussetzung für die Arbeit des Gemeinderates auch im Jahr 1981 für die Bürger Steyrs sein.

Ich jedenfalls danke Ihnen dafür sehr. Ich bitte nun Herrn Bürgermeister, die Abstimmung über die Anträge vorzunehmen.

**BÜRGERMEISTER FRANZ WEISS:**

Sie haben die Anträge des Finanzreferenten gehört. Alles in allem bezieht sich der Voranschlag für 1981 auf den ordentlichen und außerordentlichen Haushalt mit den angeschlossenen Budgetierungen, Personalkostenplan, die Stiftungen etc mehr, so wie Sie das im Vortrag gehört haben.

Wir schreiten nunmehr zur Abstimmung. Wer für den gestellten Antrag in einem ist, den bitte ich, ein Zeichen mit der Hand zu geben? Danke. Gegenprobe? Enthaltungen? Ich stelle die Einstimmigkeit zum Budget, zum Voranschlag 1981, für die Stadt Steyr fest. Dafür danke ich Ihnen, aber auch dem Finanzreferenten für die vorzügliche Aufbereitung. Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Wir kommen zum nächsten Punkt, die "Aktuelle Stunde" betreffend. Ich frage, ob hier jemand einen Beitrag zu liefern hat? SPÖ? ÖVP? FPÖ? KPÖ? Es wird von keiner Fraktion ein Beitrag gewünscht, somit kann auch dieser Punkt abgeschlossen werden.

Ich bitte Sie aber noch um einige Minuten Geduld, damit wir die Sitzung, dem Anlaß entsprechend, abschließen können.

Meine Damen und Herren!

Es wurde schon mehrmals gesagt, die wichtigste Sitzung im Jahr für eine Gemeindeorganisation, für eine Stadtverwaltung, ist auf jeden Fall die Beschlußfassung über die Voranschläge, die im kommenden Jahr ausgeführt werden sollen. Die heutige Stimmung durch die Einmütigkeit zu diesem Voranschlag 1981 ermutigt mich zu einer Aussage, daß ich hier wohl auch im Rückblick feststellen kann, daß wir in insgesamt 64 Sitzungen des Gemeinderates, des Stadtsenates, der verschiedenen Ausschüsse, zwar nicht immer einstimmige Beschlüsse zusammenbrachten, aber immerhin mehr wie sonst der Konsens festzustellen ist. Wenn ich mir eine persönliche Bemerkung erlauben darf, ich kann hier nur den Wunsch als Vater des Gedankens in den Vordergrund vermuten, wenn mich die FPÖ schon in Pension schicken möchte. Sie werden verstehen, daß ich Äußerungen dieser Art offiziell noch nicht abgegeben habe, ich bin aber gerne bereit, losgelöst von Äußerungen von anderen Politikern meiner Fraktion auf Landesebene, die Entscheidung persönlich zu treffen, wann es so weit ist.

Herr Gemeinderat Mausz, ich sage das deswegen, wenn Sie mich schon in Pension schicken möchten, damit nicht jemand allzu früh eine verkrampte Haltung im Startloch einnimmt, und dadurch kaum in der Lage sein wird, gelöst meine Funktion oder die folgenden Funktionen weiter zu übernehmen. Diese Verkrampfung möchte ich vermeiden. Ich kann aber trotzdem heute offiziell versichern, daß ich meine Funktion als Bürgermeister nicht bis zum Ende dieser Legislaturperiode ausüben werde. Ich bitte Sie, das als eine persönliche Erklärung von mir entgegen nehmen zu wollen, den Zeitpunkt müssen Sie bitte mir überlassen. Er wird sicher nicht von Ihnen bestimmt werden.

Zur heutigen Abschlußsitzung wurde oftmals das Jubiläumsbudget als etwas überzogen dargestellt. Ich kann Ihnen nur versichern, wenn wir einige Daten zu Hilfe nehmen, scheint das nicht mehr so. Denn 324.000 Besucher bei der Hallstattausstellung, rund 900 Stadtführungen - im Vergleich zu sonst 340, - zeigen allein schon, wie stark unsere Stadt besucht wurde. Ca. 8000 Autobusse brachten mehrere hunderttausend Besucher nach Steyr. Die Nächtigungen stiegen um 29 % bei dem bekannt bescheidenen Angebot an Betten in unserer Stadt. Ich glaube aber, daß wir eines richtig gemacht haben. Die für dieses Jubiläum erforderlichen Investitionen zeitgerecht eingeleitet und entschieden zu haben, sie wurden mit einer Ausnahme auch zeitgerecht erledigt und der Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

Wir möchten auch im kommenden Jahr weiterhin versuchen, diese sehr intensiven Bemühungen im Dienste einer guten Stadtentwicklung fortzusetzen. Steyr ist international bekannt geworden, das ist uns allen bewußt. Es freut mich, hier dem Gemeinderat sagen zu können, - das ist vielleicht schon wieder in Vergessenheit geraten - daß die Stadt bei einer österreichweiten Erhebung durch den österreichischen Gemeindebund als vorbildlich im Sinne der Stadtbildpflege anerkannt wurde und dazu auch eine Urkunde und eine Erinnerungstafel als öffentliche Auszeichnung erhalten hat. Ich bitte Herrn Oberamtsrat Radmoser, diese Tafel herzuzeigen. Sie wird an einem passenden Ort angebracht als bleibende Erinnerung für die Leistungen des Gemeinderates und der Steyrer Bürger anläßlich des Jubiläums.

Es ist eine weitere Ehrung bereits vom österreichischen Städtebund angekündigt und auch hier steht Steyr wiederum im Mittelpunkt einer Ehrung. Ich glaube also, wenn man hier das zusammenzieht, die vielen Publikationen über Steyr - es waren durchwegs nur positive Publikationen - im Verein mit der Festschrift und dem Molden-Buch, die beide bereits ausverkauft und nicht mehr erhältlich sind. Das ist ein Beweis, daß die Tätigkeit hier in Steyr zweifelsohne weit über unseren Rahmen hinaus Anerkennung gefunden hat.

Das Jubiläum hat auch noch eines bewirkt, es wurden Maßnahmen, Investitionen beschleunigt im Hinblick auf diese Jubiläumszeit, die wir sicherlich einmal setzen hätten müssen, die aber gerade auf Grund dieses Zeitpunktes vorgezogen wurden und früher als sonst der Öffentlichkeit nunmehr zur Verfügung stehen. Diese Investitionen haben auch dazu geführt, in erhöhtem Ausmaß, daß unsere Wege nicht umsonst gingen bei der Hereinbringung von Zuschüssen und Subventionen und dadurch auch die Schuldenlast in einem erträglichen Maß gehalten werden konnte .

Letzten Endes darf nicht vergessen werden, daß durch diese vielen Maßnahmen auf der Umwegrentabilität viele Rückflüsse gekommen sind, vor allem kommen werden, wenn ich an die späteren Rückflüsse aus der Lohnsummensteuer durch die Gründung des BMW-STEYR-Motorenwerkes denke. Man muß hier solche Ent-

scheidungen nicht vom Augenblick her sehen, sondern von der Langfristigkeit ihrer Wirkung her betrachten.

Meine Damen und Herren, für 1981 glaube ich ist unser gemeinsames Bemühen – das zeigt sich in den Budgetansätzen – die Fortsetzung einer ständigen Ausweitung unserer Struktur in der Stadt. Wir werden in diesem kommenden Jahr – das wurde schon gesagt – eine Volkszählung durchführen müssen und ich hoffe sehr, daß es nicht dazu kommt, daß wir im Ergebnis eine rückläufige Entwicklung der Bevölkerungsstatistik in der Zahl der Steyrer Bürger feststellen müssen. Es wäre dies ein betrüblicher Ausgang unserer wirklich mehrjährigen intensiven Bemühungen zum Ausbau unserer städtischen Struktur. Es geht dabei vor allem um eines, wir haben genügend Grundkäufe getätigt, so weit sie sich angeboten haben, wir müssen das weiterhin tun. Wir haben versucht, den Abwanderungen in das Umland entgegen zu wirken durch die Bereitstellung von Eigenheimgründen – wenn man die Waldrandsiedlung betrachtet, nicht ganz ohne Erfolg, ähnlich auch die Hammergründe und andere mehr. Wir sind allerdings hier – das gestehe ich ohne weiteres, nicht zufrieden mit der gesamten Wohnbaupolitik, die nicht auf Grund unserer Schuld hier nicht so gelaufen ist, wie wir es wollten, sondern weil sich die gesamte Wohnbauförderungspolitik in Österreich vielleicht in eine Entwicklung drängen hat lassen, die dem Bedarf und den Bedürfnissen der Stadt und der Steyrer in keiner Weise entspricht. Ich möchte mich hier nicht in Details einlassen. Die Tatsache allein, daß hier vielleicht der Maßstab bei anderen Städten angelegt wurde, der absolut nicht für Steyr stimmt, wir aber dabei die Leidtragenden geworden sind. Es ist geradezu unverständlich, wenn sich hier ein Mißverhältnis ergibt, daß wir einerseits Gewerbetreibende bereithalten zur Ausweitung und Verbesserung der Gewerbestruktur, wenn in den Handelsbereichen Kaufhäuser errichtet werden, die eine breite Käuferschicht auch aus der Umlandregion anziehen und wir einen Betrieb, der heute mehrmals zitiert wurde, mit namhaften Millionenbeträgen fördern, in seiner Gründung bzw. Ausweitung, wenn gleichzeitig eine Rückentwicklung in der Bevölkerungsziffer zu verzeichnen ist. Was bedeutet denn das? Das bedeutet doch nichts anderes, daß wir mit mehr Pendleraufkommen auf unseren Straßen rechnen müssen und der Verkehr damit noch mehr belastet wird. Das kann doch nicht der Sinn und Zweck unserer ganzen Bemühungen sein. Daher muß gerade dem Wohnbau, der Wohnraumbeschaffung, näher zu den Arbeitsstätten, auch im Interesse der Menschen, die in den Betrieben arbeiten und hier ihrem Verdienst nachgehen, mehr Augenmerk zugewendet werden. Ich werde Gelegenheit nehmen, – ich habe für das neue Jahr bereits eine Zusicherung – ein Gespräch zu führen auf Landesebene, wie wir mit diesen Problemen fertig werden können, mit welchem Erfolg, das kann ich noch nicht vorausschicken. Ich habe aber schon angekündigt, daß ich als Bürgermeister mit den Obmännern der im Gemeinderat vertretenen Parteien bei Landesrat Neuhauser als dem zuständigen Referenten vorsprechen werde.

Meine Damen und Herren, es wurde heute auch mehrmals der Gewerbesteuerückgang angezogen. Ich muß das sagen, obwohl ich mir als Schlußwortredner für das Finanzreferat vorkomme, aber ich muß das einfach sagen. Wir sehen auf der Einnahmenseite, daß eine enorme Steigerung der Lohnsummensteuer eingetreten ist und im Gewerbesteueraufkommen hier immer wieder die Bremse. Das hat zwei Gründe, das muß man offen sagen. Das erste ist, die Ursache kann sein schlechterer Umsatz, schlechtere Erträge in den Unternehmungen. Das ist aber kaum anzunehmen bei der Beschäftigung, die wir im Raume Steyr aufzuweisen haben. Ich nehme mehr an, daß die Ursachen bei den Investitionen liegen, denn dadurch, weil die Betriebe investieren können und investieren, haben sie mehr Möglichkeiten der steuerlichen Abschreibung und das wirkt sich natürlich auch im Gewerbesteueraufkommen, jedenfalls teilweise, aus. Ich sehe das nicht als eine negative Wirkung, als eine Dauererscheinung, sondern das ist sporadisch je nachdem Investitionsaufkommen vorlagen oder nicht, verschieden hoch. Eines dürfen wir in Steyr aber sagen und das soll uns auch eine gewisse Mahnung sein, wir haben hier in Steyr keine Vorfälle wie wir sie bundesweit bei zwei Betrieben betrachten können. Durch eine überhöhte Entnahme privater Mittel aus den Erträgnissen der Unternehmungen, sind zwei namhafte Firmen in den Konkurs gegangen, und zwar – das kann ich hier ruhig sagen – die Fa. Fein/Schartner Bombe, wo man genau weiß, daß es nicht die Schuld des Marktes ist, sondern das hat andere Ursachen und die Firma Kneissl, auch bei dieser Firma sind es nicht Marktursachen, sondern wiederum die zu großen Entnahmen. Das sind natürlich betrübliche Ereignisse, die Gott sei Dank in Steyr bis heute, zumindest nicht in diesem Ausmaß, vermieden wurden.



Das muß man auch hervorkehren, daß solche Möglichkeiten bestehen.

Die Lohnsummensteuer ist aber auch ein Spiegelbild der Leistung der Sozialpartnerschaft, der Betriebsräte und Gewerkschaftsorganisation. Denn diese Lohnsummensteuern werden einerseits in ihrer Höhe beeinflußt von der Vollbeschäftigung, die wir Gott sei Dank haben – Sie haben das aus dem einleitenden Bericht heute gehört – und zweitens durch die Einkommenssteigerungen, die gerade bei den Arbeitnehmern auftreten und auf diesem Weg über die Lohnsummensteuer auch bei uns wirksam werden.

Die Tarif- und Gebührenerhöhungen kommen meist aus Gründen, die vom Gemeinderat nicht beeinflußt werden können, Kollege Treml, das muß ich schon sagen. Den Erdgaspreis haben wir erst um 37 % im Juli erhöhen müssen, aber nicht aus eigenem Willen, sondern weil es uns aufgezwungen wurde von den Lieferanten. Und in dieser Richtung Treibstoffpreise haben wir gehört, daß die Erdölpreise angeblich um 100 % in den nächsten Zeiten angehoben werden sollen. Wie weit sich das auf unsere Energiewirtschaft auswirkt, das kann man noch gar nicht sagen. Auch die Stromtarife usw., das sind lauter Dinge, die uns hier schwer beeinträchtigen in unserer Entscheidungsfreiheit, denn wir müssen nachziehen. Wo wirkt sich das aus? In den Wohnungen, bei den öffentlichen Verkehrsbetrieben, beim Betrieb der Sporteinrichtungen, wie Bäder und Kunsteisbahn usw. Wir sind gezwungen, die Wasser- und Kanalgebühren entsprechend den Vorschriften in den Sätzen anzuheben und verschiedenes mehr.

Die Beschlüsse im Parlament durch den österreichischen Nationalrat und im öö. Landtag wirken sich auch in der Gemeinde durch erhöhten Verwaltungsaufwand aus. Das muß man auch bei diesen Dingen sehen. Ich kann nur sagen, unsere Entscheidungsfreiheiten sind gar nicht so groß wie wir glauben, wir sind nur Erfüllungsgehilfen von Entscheidungsträgern, die woanders sind. Die Demokratisierung im Wege der Bürgerinitiative und ähnlichem mehr hat schon weitgehend Fuß gefaßt, aber ich möchte Ihnen doch sagen, daß wir als Gemeinderat der Stadt Steyr von keiner dieser Demokratisierungserneuerungen, Bürgerinitiativen und ähnlichem von den Eigenentscheidungen entbunden werden. Wir hier im Gemeinderat sind zu diesem Zweck gewählt worden und entsendet worden. Wir haben zu befinden, zu entscheiden, was geschehen soll, was geschehen muß und was nicht geschehen darf. Das sollte immer wieder in unserer Überlegung sich eingraben, denn allzu viele sind heute dabei, sich berufen zu fühlen, mitzureden, mitzuwirken bei Entscheidungen oder Vorentscheidungen oder Vorentscheidungen, die der Gemeinderat dann manches mal aus Rücksichten, die den Einzelnen betreffen, übernimmt, obwohl in diesen Kreisen überhaupt keine Kompetenzen von der Öffentlichkeit bestehen, sie liegen ausschließlich hier und hier sind sie auch zu verantworten. Woanders wird nicht verantwortet in solchen Fragen. Also keine Gefälligkeitsentscheidungen würde ich auch weiterhin empfehlen. Hier beziehe ich mich doch auch auf die Entscheidung von 1972 hinsichtlich Wehrgraben. Sobald hier die nötigen Planungsabsichten in einer Informationssitzung vorgelegt werden, werden wir im Anschluß daran auch öffentlich unsere Meinung äußern. Ein Wunsch, der heute mehrmals laut wurde.

Es ist jedenfalls hier auch in Betracht zu ziehen. Hätte Josef Werndl mit diesen heutigen Situationen rechnen müssen, ich bin im Zweifel, ob die damalige Waffenfabriksgesellschaft in ihrer neuen industriellen Entwicklung, revolutionären Entwicklung muß man sagen, entstanden wäre, oder ob sie unter Umständen verhindert worden wäre.

Die Ziele unserer Arbeit, wie gesagt, sind immer wieder die gleichen, bessere Lebensbedingungen in der Stadt für die Steyrer zu schaffen und hier heißt das aber, das Bewußtsein unserer eigenen Verantwortung zu bekräftigen.

Die Kommunalpolitik als Funktionsinhalt ist kein Selbstzweck, das wissen wir alle. Sie darf aber auch nicht den gewählten Mandatar finanziell degradieren. Eine negative Auslese könnte die Folge sein und würde sicher auf Sicht Nachteile für eine expansive Weiterentwicklung in unserem Einwirkungsbereich bringen. Ich glaube also, daß die Entscheidungen, die auf Nationalratsebene, auf Landtagebene getroffen werden, auch nicht halt machen können vor den Gremien der Gemeinden und ich würde, wenn das geschehen würde, das betrachten als ein Selbstbekenntnis einer Unterleistung. Das, glaube ich, haben wir als Gemeinderat der Stadt Steyr bei den sichtbaren Beweisen der Bereitschaft zu verantworten, Maßnahmen zu setzen, zu verbessern, nicht nötig. Jahrzehntelange Vorteile, die andere genossen haben, können nicht der Grund sein, nunmehr eine im Gesetz vorgesehene

Gleichheit im Gemeinderat der Stadt Steyr zu beheben. Ich glaube, es ist hier bekannt, es ist zwar von den Herren der Presse niemand mehr da und das ist vielleicht gut, daß Steyr Mandatäre im Gemeinderat hat, die mit vergleichbaren Städten gemessen, die geringsten Bezugsansätze besitzen. Hier, glaube ich, wird die erbrachte Leistung in dieser Situation nicht als Anerkennung gegenübergestellt.

Wir in Österreich, das muß ich abschließend auch noch sagen, bevor ich zu meinen Wünschen komme, erleben eine Situation, die äußerst unerfreulich ist. Gott sei Dank kann ich hier im Gemeinderat feststellen, - ausgenommen sind einige Sitzungen, aber so etwas gehört eben zum Leben in einer Demokratie in der Gemeinde wie der unseren dazu - daß es doch überwiegend Einmütigkeit gibt im Vorgehen bei gewissen Maßnahmen. Daß es nicht immer die gleichen Auffassungen gibt, das ist eben in der Demokratie ein Zustand, der vorhanden ist und der gut ist, aber was heute auf Bundesebene geschieht und hier nehme ich keine einzige Partei aus, ist die Herabsetzung der Politik als solche und die Herabsetzung der Politiker als Person in einem Maß, das es dem Staatsbürger und dem Wähler immer schwerer machen, den Gang zur Wahlurne noch zu finden. Wenn wir im Gemeinderat der Stadt Steyr der Auffassung sind, daß dieser Weg, der uns auf Bundesebene gezeigt wird, falsch ist, dann sollten wir uns auch beizeiten dazu bekennen, daß das ein unrichtiger Weg ist. Das ist ja gerade **Masochismus** was uns hier immer wieder im Fernsehen, in der Presse und im Rundfunk entgegengebracht wird.

Ich glaube also, das Wählerverhalten und wir alle müßten interessiert sein, egal welcher Partei wir angehören. Das Wählerverhalten kann von uns nur so gesehen werden, daß wir womöglich viele Menschen dazu bewegen können, durch unsere Leistungen, durch unsere Arbeit, auch mitzuentcheiden, wer weiterhin die Verantwortungen in den Gemeinderatsgremien tragen soll, denn sonst kommt es dazu, daß immer weniger Menschen für immer mehr die Entscheidungen übernehmen. Ob das Demokratie ist, das muß ich auch bezweifeln. Wenn ich am Rande Zwentendorf und andere Dinge hernehme, ist manche Entscheidung in meinen Augen falsch getroffen worden, und zwar nicht vom Wähler her, sondern von jenen, die sie eingeleitet haben. Unsere Sorgen sind in dieser Richtung gegeben. Meine Damen und Herren, sind es die Sorgen, die uns wirklich ein sorgenvolles Leben bereiten, im Vergleich zu jenen Ereignissen, die sich überall in der Dritten Welt ergeben, wo wir täglich von Berichten hören, daß hunderte und tausende Babys, Kinder und alte Menschen sterben, unversorgt, unterentwickelt, unterernährt? Und wie viele Millionen es gibt, die Hunger leiden, das möchte ich gar nicht erwähnen. Wenn wir vor der großen Naturkatastrophe, die Italien betroffen hat, uns auch vor diesem Ereignis beugen in einer gewissen Trauer um die Opfer, dann müssen wir auch bekennen, daß Zustände im Staatsapparat dieses Landes in Österreich undenkbar wären, denn sonst wäre dort nicht die ganze Welt zu Hilfe gekommen. Dieser Staatsapparat war nicht fähig, war nicht in der Lage, jenen diese Hilfe weiter zu geben, die diese dringendst gebraucht haben und sie heute noch benötigen. Hier können wir in einem Land leben, wo solche Ereignisse meiner Ansicht nach nicht zutreffen. Das ist immerhin ein guter österreichischer Weg, der von allen Parteien zu tragen sein wird.

Für heute darf ich Ihnen herzliche Weihnachtswünsche **übermitteln**. Ihnen, soweit Sie anwesend sind, den Fraktionsobleuten für ihre Tätigkeit in diesem Jahr möchte ich auch danken. Den Bediensteten wurde schon von den Fraktionen der Dank ausgesprochen für ihre Tätigkeit. Ich möchte stellvertretend dem Magistratsdirektor als ersten Beamten diesen Wunsch auch meinerseits weitergeben. Ihm auch danken als persönlichen Mitarbeiter von mir für die erbrachte Zusammenarbeit im Jahr 1980. Ich kann hier auch für das Protokoll das sagen. Der Steyrer Bevölkerung wünschen wir gemeinsam alles Gute für dieses schöne Familienfest im Jahr. Wir hoffen, daß uns das Jahr 1981 die Möglichkeit gibt, bei voller Gesundheit, bei voller Schaffenskraft, mit all den Möglichkeiten, die uns zur Verfügung stehen, zum gemeinsamen Wohl und zur guten Lösung für die Stadt, für die Steyrer Bürger zu kommen. Damit darf ich die heutige Budgetsitzung abschließen. Ich danke Ihnen.

Ende der Sitzung: 18.55 Uhr

DER VORSITZENDE:

Franz Weiss e.h.

DIE PROTOKOLLFÜHRER:

OAR. Walter Radmoser e.h.

VB. Gugenberger Gerda e. h.

DIE PROTOKOLLPROFER:

Herbert Lang e.h.

Winfried Mausz e.h.

